



Österreichisches Institut für Familienforschung
Austrian Institute for Family Studies



universität
wien

Folgen globaler Krisen für Familien

Auswirkungen globaler Krisen auf die erwartete Entwicklung des Lebensstandards und auf den Kinderwunsch

Norbert Neuwirth ■ Sonja Dörfler-Bolt ■ Markus Kaindl

ÖIF Working Paper 106 | 2025

www.oif.ac.at

Österreichisches Institut für Familienforschung
an der Universität Wien
Grillparzerstraße 7/9 | 1010 Wien
Tel +43 1 4277 48901 | info@oif.ac.at

Folgen globaler Krisen für Familien

Auswirkungen globaler Krisen auf die erwartete Entwicklung des Lebensstandards und auf den Kinderwunsch

Norbert Neuwirth ▪ Sonja-Dörfler-Bolt ▪ Markus Kaindl

ÖIF Working Paper 106 | September 2025

Die Erstellung dieses Berichtes wurde gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für Frauen, Wissenschaft und Forschung.



Das Generations and Gender Programme (GGP) ist ein internationales Erhebungsprogramm zur Erfassung der Hintergründe des demografischen Wandels in Europa. Die diesem Bericht zugrundeliegende Erhebungswelle des Generations and Gender Programme Austria 2023 wurde mit Mitteln des Bundesministeriums für Frauen, Wissenschaft und Forschung sowie des Bundeskanzleramtes, Sektion Familie und Jugend, gefördert.

DOI: [10.25365/phaidra.714](https://doi.org/10.25365/phaidra.714)

Dieses Werk ist mit [CC BY-ND 4.0 International](https://creativecommons.org/licenses/by-nd/4.0/) lizenziert.



Das Österreichische Institut für Familienforschung an der Universität Wien (ÖIF) führt als unabhängiges wissenschaftliches Institut anwendungsorientierte Studien und Grundlagenforschung zur Struktur und Dynamik von Familien, Generationen, Geschlechtern und Partnerschaften durch. Alle Angaben in diesem Bericht erfolgen ohne Gewähr und die Haftung der Mitwirkenden oder des ÖIF ist ausgeschlossen. Der Inhalt dieses Berichts gibt die Meinungen der Autor:innen wieder, welche die alleinige Verantwortung dafür tragen.

© 2025 Universität Wien, Österreichisches Institut für Familienforschung (ÖIF)
Medieninhaber: Universität Wien, Österreichisches Institut für Familienforschung (ÖIF)
Herausgeber: Univ.-Prof. Dr. Wolfgang Mazal
Tel +43 1 4277 48901 | info@oif.ac.at | www.oif.ac.at | Wien

Inhaltsverzeichnis

1	Executive Summary	6
2	Einleitung.....	7
3	Bisherige Forschungsarbeiten zu diesem Thema	9
3.1	Fertilität und Kinderwunsch in Krisenzeiten	9
3.1.1	Covid-19 Pandemie	9
3.1.2	Ökonomische Krisen.....	11
3.1.2.1	Wohnen	14
3.1.2.2	Inflation	16
3.2	Work-Family-Arrangements in der Krise.....	16
4	Deskriptive Darstellungen	18
4.1	Datenbasis.....	18
4.2	Betroffenheit durch globale Krisen	21
4.3	Erwartete Änderung des Lebensstandards	27
4.4	Veränderung des Kinderwunsches.....	34
4.4.1	Generelle Änderung des Kinderwunsches	34
4.4.2	Änderung der Anzahl gewünschter Kinder	36
4.4.3	Änderung des Zeitpunktes der Geburten	56
4.4.4	Sicherheit der planmäßigen Umsetzung des Kinderwunsches	60
5	Multivariate Modellierung	67
5.1	Erwartung zur Entwicklung des Lebensstandards	67
5.2	Die wahrnehmbaren Änderungen im Kinderwunsch.....	71
6	Zusammenfassung.....	76
7	Literaturverzeichnis	80

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Eckdaten der Erhebung in Österreich	19
Tabelle 2:	Stichprobenbeschreibung Österreich-Modul	20
Tabelle 3:	Ideale und erwartete, endgültige Kinderzahl	39
Tabelle 4:	"Mein Lebensstandard wird sich über die nächsten drei Jahre verschlechtern"	68
Tabelle 5:	Aufgrund der Krisenerfahrungen weniger Kinder gewünscht	72
Tabelle 6:	Aufgrund der Krisenerfahrungen Verschiebung der gewünschten Geburt	73

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Analysemodell der Einflüsse auf die Veränderungen des Kinderwunsches	7
Abbildung 2:	Belastung durch globale Krisen	22
Abbildung 3:	Belastung durch globale Krisen nach Alter	23
Abbildung 4:	Belastung durch globale Krisen nach Geschlecht	24
Abbildung 5:	Belastung durch globale Krisen nach Bildung	25
Abbildung 6:	Belastung durch globale Krisen nach Haushaltsform	26
Abbildung 7:	Belastung durch globale Krisen nach Anzahl vorhandener Kinder	27
Abbildung 8:	Erwartete Änderung des Lebensstandards	28
Abbildung 9:	Erwartete Änderung des Lebensstandards nach Alter	28
Abbildung 10:	Erwartete Änderung des Lebensstandards nach Geschlecht	29
Abbildung 11:	Erwartete Änderung des Lebensstandards nach Bildung	29
Abbildung 12:	Erwartete Änderung des Lebensstandards nach Haushaltsform	30
Abbildung 13:	Erwartete Änderung des Lebensstandards nach Lebenszufriedenheit	31
Abbildung 14:	Erwartete Änderung des Lebensstandards nach Wohnzufriedenheit	31
Abbildung 15:	Erwartete Änderung des Lebensstandards nach Gesundheitszustand	32
Abbildung 16:	Erwartete Änderung des Lebensstandards nach finanziellem Stress	32
Abbildung 17:	Erwartete Änderung des Lebensstandards nach Belastung durch Krisen	33
Abbildung 18:	Änderung des Kinderwunsches	35
Abbildung 19:	Änderung des Kinderwunsches nach Alter	36
Abbildung 20:	Änderung gewünschte Zahl weiterer Kinder	37
Abbildung 21:	Gewünschte Zahl weiterer Kinder	38
Abbildung 22:	Gewünschte Zahl weiterer Kinder nach Änderung des Wunsches	38
Abbildung 23:	Änderung gewünschte Zahl weiterer Kinder nach Anzahl vorhandener Kinder	41
Abbildung 24:	Gewünschte Zahl weiterer Kinder nach Anzahl vorhandener Kinder	41
Abbildung 25:	Änderung gewünschte Zahl weiterer Kinder nach Alter	42
Abbildung 26:	Gewünschte Zahl weiterer Kinder nach Alter	42
Abbildung 27:	Erwartete endgültige Kinderzahl nach Alter	42
Abbildung 28:	Änderung gewünschte Zahl weiterer Kinder nach Geschlecht	43
Abbildung 29:	Gewünschte Zahl weiterer Kinder nach Geschlecht	43
Abbildung 30:	Erwartete endgültige Kinderzahl nach Geschlecht	43
Abbildung 31:	Änderung gewünschte Zahl weiterer Kinder nach Bildung	44
Abbildung 32:	Gewünschte Zahl weiterer Kinder nach Bildung	44
Abbildung 33:	Erwartete endgültige Kinderzahl nach Bildung	44
Abbildung 34:	Änderung gewünschte Zahl weiterer Kinder nach Haushaltsform	45
Abbildung 35:	Gewünschte Zahl weiterer Kinder nach Haushaltsform	45
Abbildung 36:	Erwartete endgültige Kinderzahl nach Haushaltsform	46
Abbildung 37:	Änderung gewünschte Zahl weiterer Kinder nach Wohnungsgröße	47
Abbildung 38:	Gewünschte Zahl weiterer Kinder nach Wohnungsgröße	47
Abbildung 39:	Erwartete endgültige Kinderzahl nach Wohnungsgröße	48
Abbildung 40:	Änderung gewünschte Zahl weiterer Kinder nach rechtlicher Wohnform	48
Abbildung 41:	Gewünschte Zahl weiterer Kinder nach rechtlicher Wohnform	49
Abbildung 42:	Erwartete endgültige Kinderzahl nach rechtlicher Wohnform	49

Abbildung 43: Änderung gewünschte Zahl weiterer Kinder nach Gesundheitszustand.....	49
Abbildung 44: Gewünschte Zahl weiterer Kinder nach Gesundheitszustand	50
Abbildung 45: Erwartete endgültige Kinderzahl nach Gesundheitszustand.....	50
Abbildung 46: Änderung gewünschte Zahl weiterer Kinder nach erwarteter Änderung des Lebensstandards.....	51
Abbildung 47: Gewünschte Zahl weiterer Kinder n. erwarteter Änderung des Lebensstandards	51
Abbildung 48: Erwartete endgültige Kinderzahl nach erwarteter Änderung des Lebensstandards	52
Abbildung 49: Änderung gewünschte Zahl weiterer Kinder nach Stressbelastung.....	53
Abbildung 50: Gewünschte Zahl weiterer Kinder nach Stressbelastung	53
Abbildung 51: Erwartete endgültige Kinderzahl nach Stressbelastung.....	54
Abbildung 52: Änderung gewünschte Zahl weiterer Kinder nach Belastung durch die Krisen.....	55
Abbildung 53: Gewünschte Zahl weiterer Kinder nach Belastung durch Krisen	55
Abbildung 54: Erwartete endgültige Kinderzahl nach Belastung durch Krisen	56
Abbildung 55: Zeitpunkt des nächsten Kindes.....	57
Abbildung 56: Zeitpunkt des nächsten Kindes nach Alter.....	57
Abbildung 57: Zeitpunkt des nächsten Kindes n. Änderung d. gewünschten Zahl weiterer Kinder	58
Abbildung 58: Zeitpunkt des nächsten Kindes nach erwarteter Änderung des Lebensstandards	58
Abbildung 59: Zeitpunkt des nächsten Kindes nach Stressbelastung	59
Abbildung 60: Zeitpunkt des nächsten Kindes nach Belastung durch Krisen	60
Abbildung 61: Sicherheit Kinderwunsch umzusetzen	61
Abbildung 62: Sicherheit Kinderwunsch umzusetzen nach Änderung des Kinderwunsches	62
Abbildung 63: Sicherheit Kinderwunsch umzusetzen nach Alter	63
Abbildung 64: Sicherheit Kinderwunsch umzusetzen nach gewünschter Zahl weiterer Kinder	63
Abbildung 65: Sicherheit Kinderwunsch umzusetzen nach erwarteter Änderung des Lebensstandards.....	64
Abbildung 66: Sicherheit Kinderwunsch umzusetzen nach Stressbelastung.....	65
Abbildung 67: Sicherheit Kinderwunsch umzusetzen nach Belastung durch Krisen	66

1 Executive Summary

Der Kinderwunsch, dessen Realisierungserwartung sowie das Timing der Geburten der gewünschten Kinder sind von zahlreichen Faktoren abhängig. Diese Arbeit geht der Fragestellung nach, inwiefern die krisenbedingt erwartete Reduktion im persönlichen Lebensstandard den Kinderwunsch sowie das erwartete Timing der – sofern diese überhaupt noch gewünscht sind – nächst anstehenden Geburten beeinflussen kann.

Vorerst wird die bisherige Erkenntnislage ausgewählter Studien dargelegt. Ein Gutteil der angeführten Studien basiert hierbei auf Makromodellierungen, die zwar weitergehende Zeiträume abdecken, funktionale Abhängigkeiten der Fertilität von beobachtbaren individualbezogenen Merkmalen jedoch nur beschränkt zulassen. Genau dafür bedarf es eingehender Erhebungen spezifizierter Individualdaten, wie sie im Generations and Gender Programme (GGP) vorgenommen werden. Anhand dieses Datenkörpers können die Erkenntnisse aus den makrobasierten Modellen zusätzlich spezifiziert und diese damit auch weiter fundiert werden.

Dafür werden die fraglichen Erhebungselemente und deren wichtigsten Bestimmungsgrößen vorerst in einer umfangreichen deskriptiven Analyse veranschaulicht. Anschließend werden in analytischen multivariaten Modellen der erwartete Lebensstandard, der krisenbedingt veränderte Kinderwunsch sowie die Planung des Zeitpunkts der noch gewünschten Geburten kondensiert in Relation zu den identifizierten bestimmenden Einflüssen dargestellt.

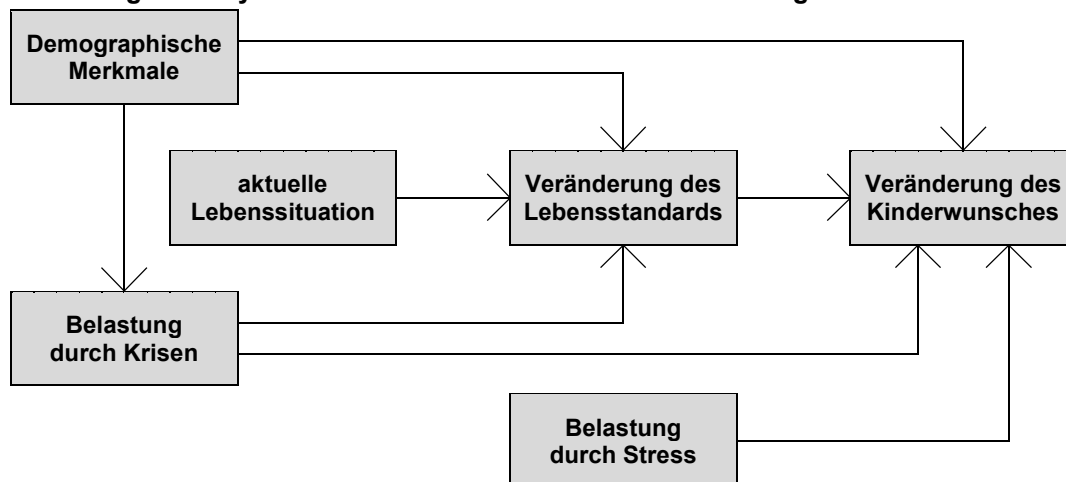
2 Einleitung

Die vergangenen Jahre waren in Österreich und weltweit von zahlreichen Krisen geprägt. Der Beginn der Covid-Pandemie im Jahr 2020 stellte einen nicht vorhersehbaren gesellschaftlichen und persönlichen Einschnitt ins Leben dar. Zu Beginn und zum Höhepunkt der Covid-Pandemie war das Leben von Unsicherheit und großen Einschränkungen geprägt. Die Pandemie stellt somit eine der größten globalen Krisen der letzten Jahre dar.

Der Ausbruch des Ukraine-Kriegs im Februar 2022 hatte ebenfalls Auswirkungen auf das Sicherheitsgefühl in Europa. Neben den unmittelbar betroffenen Vertriebenen aus der Ukraine wirkte sich der Krieg auch auf das Alltagsleben in Österreich und in anderen Staaten aus, beispielsweise bei den Energiekosten. Die generellen Preissteigerungen führten zu finanziellen Belastungen im Alltagsleben. So stiegen beispielsweise die Kosten für Grundbedürfnisse wie das Wohnen und für Lebensmittel deutlich an.

Im Rahmen der vorliegenden Studie werden die persönliche Betroffenheit durch die Covid-Pandemie, den Ukraine-Krieg und die Preissteigerungen untersucht und deren Auswirkungen auf den künftig erwarteten Lebensstandard und die Kinderplanung analysiert. Es wird der Frage nachgegangen, inwieweit die drei Krisen, andere Stressbelastungen, die aktuelle Lebenssituation und demographische Faktoren die Erwartungen hinsichtlich der Entwicklung des persönlichen Lebensstandards und die Kinderplanung beeinflussen.

Abbildung 1: Analysemodell der Einflüsse auf die Veränderungen des Kinderwunsches



Einleitend (Kapitel 3) wird anhand einer Literaturanalyse der Zusammenhang von krisenbehafteten Perioden und Änderungen im Fertilitätsverhalten untersucht. Dabei werden die Covid-Pandemie und ökonomische Krisen behandelt. Der Effekt der Wohnkosten sowie allgemeine Teuerungsschübe werden dabei explizit abgehandelt. Abschließend wird auf Work-Family-Arrangements und deren Effekt auf die Fertilität eingegangen.

Für die Analyse der Situation in Österreich werden die Ergebnisse der aktuellen Welle des Generations and Gender Programme (GGP) aus den Jahren 2022 und 2023 herangezogen. Das österreichische Sondermodul dieser Erhebung beschäftigte sich schwerpunktmäßig mit diesen drei Krisen und den Auswirkungen auf den Lebensstandard und auf die Kinderplanung.

Als Hintergrund wird in Kapitel 5 zunächst mittels univariater Auswertungen aufgezeigt, welche Personengruppen aktuell von den Krisen wie stark belastet sind. Ausgehend von diesen aktuellen Belastungen werden die Zukunftsperspektiven der Befragten betrachtet. Die Fragestellungen hierzu lauteten: Wie wird sich der persönliche Lebensstandard verändern? Verändern die Krisen die weitere Kinderplanung und wenn ja, in welche Richtung? Wie viele weitere Kinder möchte man bekommen, wie viele insgesamt? Hat sich die Zeitplanung bei der Umsetzung des Kinderwunsches wegen der Krisen verändert? Wie sicher ist man sich, diese Pläne realisieren zu können? Alle diese zukunftsorientierten Fragestellungen beziehen sich auf die Pläne, nicht aber auf die tatsächliche Umsetzung. Diese lässt sich erst in einer Folgewelle des GGP überprüfen.

Aufbauend auf diesen univariaten Auswertungen werden in Kapitel 5 die kriseninduzierte Reduktion des Kinderwunsches sowie die Verschiebung nach wie vor gewünschter Geburten anhand multivariater Modelle analysiert. Hierbei kommt der Befürchtung von Teilen der Bevölkerung, dass innerhalb der nahen Zukunft der persönliche Lebensstandard sinken könnte, besondere Bedeutung zu. Es zeigt sich, dass diese Befürchtungen in ähnlichem Zusammenhang zu den in den Modellen gewählten Kovariaten stehen, wie die kriseninduzierte Reduktion des Kinderwunsches selbst oder die Verschiebung der nach wie vor gewünschten Geburten.

3 Bisherige Forschungsarbeiten zu diesem Thema

In den letzten Jahren ist die Bevölkerung weltweit mehrfach mit einschneidenden Krisen konfrontiert worden. Die Covid-Pandemie, der Ukrainekrieg und die damit einhergehende Teuerung belasten auch viele Menschen in Österreich.

Bereits erste Berechnungen auf Basis der österreichischen GGP-Daten zeigten, dass sich die Bevölkerung hierzulande im Erhebungszeitraum 2022/23 am stärksten von der Teuerungswelle betroffen sahen, die Auswirkungen der Covid-Pandemie sowie des Ukraine-Kriegs wurden aber ebenfalls deutlich wahrgenommen (Dörfler-Bolt et al., 2023). Dies ist in mehreren Ebenen zu differenzieren: Entsprechend der geschlechtsspezifischen Einkommensschere sowie der Zuständigkeiten für tägliche Einkäufe nehmen Frauen die Preissteigerungen deutlicher wahr. Noch erkennbarer sind die Unterschiede nach Bildungsgrad: Personen mit höheren Bildungsabschlüssen sehen sich von den Krisenauswirkungen durchwegs weniger betroffen. Bei den Auswirkungen der Covid-Pandemie sowie des Ukraine-Kriegs fühlen sich Frauen ebenfalls etwas stärker betroffen. Hier sind ähnlich verlaufende Differentiale nach Bildungsabschluss ausmachbar. Dies scheint auf den ersten Blick nicht schlüssig zu sein, da alle Österreicher:innen der Covid-Pandemie sowie dem Ukraine-Krieg grundsätzlich ausgesetzt sind. Die Unterschiede lassen sich aber über die Erwerbsverläufe der letzten drei Jahre erfassen. Die negativen erwerbsbezogenen Auswirkungen der aktuellen Krisen auf die Erwerbstätigkeit waren Kündigung, Kurzarbeit, der Zwang zur Annahme einer weiteren Erwerbstätigkeit sowie erhöhte Arbeitsbelastung. Es zeigt sich, dass diese umso häufiger auftreten, je geringer das erreichte Bildungslevel ist. Insgesamt fühlen sich Frauen und Personen mit niedrigeren Bildungsabschlüssen stärker von negativen Auswirkungen der multiplen Krisen betroffen als andere Personen.

Im Rahmen der Literaturanalyse in diesem Abschnitt sollen die Auswirkungen der jüngsten Krisen auf Kinderwunsch und Fertilitätsverhalten, die wahrgenommene Verschiebung in Elementen des Lebensstandards sowie der Work-Life-Balance von Eltern näher beleuchtet werden. Basis dafür sind internationale sozialwissenschaftliche Studien der letzten Jahre.

3.1 Fertilität und Kinderwunsch in Krisenzeiten

Vorerst die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie sowie die Effekte ökonomischer Krisen auf Kinderwunsch und Fertilitätsverhalten.

3.1.1 Covid-19 Pandemie

Ländervergleichsstudien zu direkten Auswirkungen der Covid 19-Pandemie auf die Fertilitätsentwicklung gibt es einige; kaum welche fokussieren dabei aber auf Kausalzusammenhänge.

In einer Reihe von Studien werden die Auswirkungen der Pandemie auf die Fertilität durch sozioökonomische Faktoren erklärt. Masuda & Matsuura (2023) untersuchten in ihrem Working Paper den Einfluss der Covid19-Pandemie auf die Fertilitätsraten in einigen wirtschaftsstarken Ländern, die in mehrere Regionen unterteilt wurden: Japan und Südkorea, Süd-, West,

Nord-, und Mitteleuropa sowie die Vereinigten Staaten. Während in Mittel- und Nordeuropa ein starker Anstieg der Fertilität zu Beginn der Pandemie zu erkennen war, gefolgt von einem deutlichen Rückgang, war es in Süd- und Westeuropa, den Vereinigten Staaten, Japan und Südkorea genau umgekehrt. Kontrolliert nach makroökonomischen Faktoren, wie der Inflation und der Arbeitslosenrate zeigt sich, dass steigende Arbeitslosigkeit unabhängig von der Region einen negativen Effekt auf die Fertilitätsrate hatte, während hohe Inflation vor allem in Süd- Mittel- und Westeuropa sowie in den Vereinigten Staaten, Japan und Südkorea einen stark negativen Effekt, aber in Nordeuropa einen geringeren Einfluss auf die Fertilität hatte. Unabhängig von Arbeitslosigkeit und Inflation hatte die Covid-Pandemie in Japan und Südkorea einen signifikant negativeren Effekt auf die Fertilitätsraten als in den übrigen Ländern. Die Ursachen dafür, konnten mit den von Masuda & Matsuura (2023) untersuchten Variablen nicht hinreichend erklärt werden und bleiben somit unklar.

Vasić (2021) analysierte ganz zu Beginn mögliche pandemiebedingte Auswirkung auf die Zahl der Lebendgeburten in Serbien im Jahr 2021. Es zeigte sich – wie auch in Österreich (Kaindl & Schipfer 2024) – ein Rückgang der Eheschließungen von über 30 % unmittelbar im Jahr 2020, der einen Geburtenrückgang zwischen 3,6 % und 8,7 % erwarten ließ, was sich 2021 bereits abzuzeichnen begann.

Die auf den aktuellsten GGP-Daten basierende Studie von Buber-Ennser et al. (2023) befasst sich mit dem Fertilitätsplänen der Österreicher:innen. Es zeigt sich, dass nur wenige (4,3 %) der Personen im hauptsächlichen Reproduktionsalter ihre Familienpläne aufgrund der Pandemie in Österreich geändert haben. Dies betrifft freilich nur den Zeitpunkt der Erhebung, die Adaptierung des Kinderwunschs ist ein länger dauernder Prozess. Dieser Anteil steigt allerdings auf 7,6 %, wenn man die Stichprobe auf diejenigen beschränkt, die vor der Pandemie (weitere) Kinder geplant hatten. Veränderungen im Zeitpunkt der Familienplanung waren häufiger als Veränderungen im Umfang. Meist handelte es sich um die Verschiebung zuvor geplanter Geburten. Dies beeinflusste tatsächlich die Geburtenraten in Österreich negativ (Kaindl & Schipfer 2024), da manche weniger Kinder planten und diejenigen, die die Familiengründung aufschoben, möglicherweise gar keine weiteren Kinder bekommen haben. Die Auswirkungen der Pandemie waren nicht gleichmäßig über alle demografischen Gruppen verteilt, sondern es änderten bestimmte Gruppen ihre Familienplanung eher als andere. Dies betrifft insbesondere Frauen und Personen, die schon Kinder haben, möglicherweise weil diese durch Homeschooling und Kindergartenschließung den Erfahrungen der Doppelbelastung in Pandemiezeiten eher ausgesetzt waren. Zudem verringerten eher ältere Personen ihre Kinderwunschzahlen als jüngere, was wiederum auf die Auswirkungen der Negativerfahrungen durch Doppelbelastung bereits bestehender Kinder hindeutet.

Cozzani et al. (2024) untersuchten die Fertilitätsentwicklung während der Pandemie in Spanien. Die Fertilität ging im Zuge der ersten Welle der COVID-19-Pandemie zurück, während sich die Geburtsausgänge im November 2020 – also acht Monate nach dem Ausbruch der ersten COVID-19-Welle in Spanien – verbesserten. Darauf folgte ein Rückgang der Fertilitätsrate, beginnend im November 2020, wobei der stärkste Rückgang im Dezember zu verzeichnen war. Der Rückgang betraf hier vor allem Erstgeburten, Frauen ohne tertiäre Bildung und – im Gegensatz zu Österreich – Frauen an beiden Rändern des reproduktiven Alters. Die COVID-19-Pandemie scheint einen selektiven Einfluss auf die Fertilität gehabt und somit die Zusammensetzung der Lebendgeburten im November und Dezember verändert zu haben. Was

die selektive Natur dieser Fertilitätsreaktion betrifft, zeigt sich an drei Frauengruppen, die diese Argumentation stützen: Erstens ist der starke Rückgang bei Erstgeburten sowie bei Geburten von relativ jungen und gering gebildeten Müttern vereinbar mit der Annahme eines Rückgangs der Fertilität infolge zunehmender Unsicherheit über die Zukunft. Zweitens wurde gleichzeitig ein Rückgang der Geburten bei älteren, hochgebildeten Frauen beobachtet. MAR-Konzeptionen (also Schwangerschaften mithilfe medizinisch assistierter Reproduktion) kommen häufiger bei kinderlosen, hochgebildeten, älteren Frauen vor und führen öfter zu Mehrlingsgeburten und sind außerdem häufiger mit Frühgeburten und allgemein ungünstigen Geburtsausgängen verbunden. Drittens konnte ein gleichzeitiger Rückgang von Geburten bei (sehr) jungen Frauen und bei Erstgeburten im November und Dezember 2020 festgestellt werden. Dies deutet auf einen Rückgang ungewollter Schwangerschaften hin, die ein erhöhtes Risiko für schlechte Geburtsausgänge mit sich bringen, und zwar unmittelbar nach Einführung der Ausgangsbeschränkungen im März 2020. Die selektive Reaktion der Fertilität auf die erste Pandemiewelle erzeugte damit eine Welle von „fehlenden Kindern“, die einem höheren Risiko gesundheitlicher Schwächen ausgesetzt gewesen wären.

3.1.2 Ökonomische Krisen

Der ökonomische Ansatz zur Modellierung der Entscheidung, ein Kind zu bekommen, basiert auf der bahnbrechenden Arbeit von Becker (1960). Demnach entscheiden sich Menschen eher dafür, Eltern zu werden, wenn sie mehr verfügbares Einkommen haben, um die damit verbundenen Kosten der Elternschaft zu decken. Einkommenssteigerungen führen bei sonst konstanten Faktoren zu einem erhöhten Kinderwunsch, während steigende Kosten für die Kindererziehung die Nachfrage nach weiteren Kindern verringern. In einem dynamischeren Kontext entscheiden Menschen nicht nur über die Anzahl der Kinder, sondern auch über den Zeitpunkt innerhalb ihres Lebenszyklus, zu dem sie Kinder bekommen. In einem Standard-Ökonomiemodell ohne Kreditbeschränkungen würden Arbeitsplatzverluste und vorübergehende Einkommensveränderungen keinen Einfluss auf den Zeitpunkt der Familiengründung haben. In der Realität sind jedoch viele Menschen kreditbeschränkt, und empirische Belege zeigen, dass Geburten (genauer gesagt, Empfängnisse, die zu Lebendgeburten führen) zunehmen, wenn die Wirtschaft stark ist, und abnehmen, wenn sie schwach ist (Kerney & Levine 2022).

Wie die Geburtenentwicklung in den USA zeigt, kam es zu einem deutlichen Rückgang der Geburtenraten nach den Rezessionen der frühen 1980er Jahre und der Rezession von 1990-1991 sowie nach der Rezession von 2007. Wie Kerney & Levine (2022) in ihrer Analyse zu den Ursachen des Geburtenrückgangs in den USA ausführen, trugen die wirtschaftlichen Belastungen der rezenten Rezession zweifellos zum abrupten Rückgang der Geburtenraten nach 2007 bei. Obwohl die Rezession eindeutig zu diesem Rückgang beitrug, müssen auch andere Faktoren eine Rolle gespielt haben. Das Ausbleiben eines Wiederanstiegs der Geburten und ihr weiterer Rückgang nach dem Ende der Rezession deuten demnach auf weitere Einflussfaktoren hin. Dafür führten Kerney & Levine (2022) eine ökonometrische Untersuchung zu den Auswirkungen verschiedener wirtschaftlicher und politischer Faktoren auf die Geburtenraten auf Bundesstaatenebene in den USA zwischen 2001 und 2019 durch. Die Methoden berücksichtigten Veränderungen der Geburtenrate, die nicht spezifisch für einzelne Bundesstaaten waren (jahrfeste Effekte), sowie persistente Unterschiede in den durchschnittlichen Geburtenraten der Bundesstaaten (staatfeste Effekte). Hier zeigten sich kaum Zusammenhänge mit den jüngsten Geburtenrückgängen. Dabei wurde eine Reihe unterschiedlicher Faktoren u.a. auch

steigende Mietkosten und höhere Löhne sowie Frauenerwerbstätigkeit miteinbezogen. Diese Faktoren konnten die jüngsten Rückgänge der Geburtenrate bis 2019 nicht erklären.

Neben der steigenden (Langzeit-)Arbeitslosigkeit während der Rezession sieht sich in vielen Ländern eine wachsende Zahl von Menschen – die aufkommende Klasse des „Prekariats“ – einem unsicheren Leben gegenüber, in dem sie zwischen schlecht bezahlten Übergangsjobs hin- und herwechseln. Seltzer (2019) belegte für die USA, dass diese Gruppe maßgeblich zu dem unerwarteten und rätselhaften Fortbestand des Geburtenrückgangs während der Phase der Erholung nach der Rezession von 2014 bis 2018 beitrug. Dies könnte auch in vielen europäischen Ländern, einschließlich der nordischen Länder und dem größten Teil Westeuropas, mit Ausnahme von Österreich, Deutschland und der Schweiz (VID 2018) der Fall sein. Denn der Fertilitätsrückgang setzte sich trotz sinkender Arbeitslosigkeit und soliden Wirtschaftswachstums fort (Matysiak et al. 2021).

In der Studie von Matysiak et al. (2021) wurden die Auswirkungen der großen Rezession im Zeitraum von 2008 bis 2013 auf die Fertilitätsentwicklung in 28 EU-Ländern untersucht. Die langfristigen Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf die Fertilität in Form von einer Vielzahl wirtschaftlicher und arbeitsmarktbezogener Indikatoren standen im Fokus, wobei für die Unterschiede in den wirtschaftlichen Bedingungen zwischen den Regionen innerhalb jedes Landes und zwischen den Ländern kontrolliert wurde. Dabei waren drei allgemeine Erkenntnisse über verschiedene Ländergruppen hinweg konsistent und stimmen auch mit früheren Studien überein: Erstens sind wirtschaftliche Abschwung-Phasen mit negativen Fertilitätsdynamiken in den analysierten Ländern und Regionen verbunden. Zweitens dominiert die Rolle der Arbeitslosigkeit und Langzeitarbeitslosigkeit deutlich gegenüber den anderen untersuchten wirtschaftlichen Indikatoren. Dies legt nahe, dass sich wirtschaftliche Krisen hauptsächlich über den sich verschlechternden Arbeitsmarkt auf die Fertilität auswirken. Insbesondere zeigte die Veränderung der Arbeitslosenquote den stärksten Zusammenhang mit der Fertilitätsentwicklung über alle Altersgruppen hinweg. Ein Anstieg der Arbeitslosenquote um 10 Prozentpunkte war im Durchschnitt mit einem Rückgang der Gesamtfertilitätsrate um fast 0,04 in absoluten Zahlen verbunden. In Südeuropa und Lettland war neben der steigenden Arbeitslosigkeit auch der Rückgang des Bruttoinlandsprodukts (BIP) eng mit dem Rückgang der Fertilität verknüpft. Als drittes zeigte sich in allen Ländern, dass die Fertilitätsraten über alle gebärfähigen Altersgruppen hinweg negativ mit verschlechterten wirtschaftlichen Bedingungen verbunden waren, einschließlich der späteren reproduktiven Jahre. Das bedeutet, dass Frauen, die eine Familiengründung aufschieben, ihre Kinderwünsche möglicherweise später nicht mehr verwirklichen können. Dieses letzte Ergebnis deutet darauf hin, dass die Wirtschaftskrise in Europa nicht nur den Zeitpunkt der Geburten, sondern auch bereits deren Anzahl beeinflusst haben könnte. Die Ergebnisse von Matysiak et al. (2021) deuten zudem darauf hin, dass der nationale Kontext eine entscheidende Rolle bei den rückläufigen Fertilitätsraten während der Rezession spielte, da die Veränderungen der Fertilität stark zwischen den Ländern variierten, während die regionale Variation innerhalb der meisten Länder gering war. Dies stimmt mit den großen länderspezifischen Unterschieden in der Schwere der Wirtschaftskrise und den politischen Reaktionen darauf, überein. In Mittel- und Nordeuropa war die Fertilitätsrate nicht so eng mit den Rezessionsindikatoren verbunden wie in den anderen übrigen europäischen Ländern, das legt nahe, dass die untersuchten Indikatoren bestimmte Faktoren nicht erfassen konnten, die während der Rezession an Bedeutung gewannen. Dazu gehören zunehmende Armut und wirt-

schaftliche Not, geringere Einkommen sowie strukturelle Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt, die durch sinkende Chancen für Arbeitnehmer:innen mit mittlerem Einkommen und die Ausbreitung prekärer Beschäftigung gekennzeichnet sind. Auch wirtschaftliche Unsicherheit, die sich in ganz Europa ausbreitete, verstärkt durch negative Erwartungen und ein sinkendes Vertrauen in die Zukunft, können eine Rolle beim Fertilitätsrückgang spielen (Sobotka et al. 2011).

Inwieweit ökonomische Krisen bzw. daraus resultierende Zukunftssorgen auf Bevölkerungsebene in Norwegen einen Einfluss auf die verschiedenen Komponenten des Kinderwunsches haben, untersuchte auch Herbst (2024) auf Basis von GGP-Daten. Hier zeigt sich ein Einfluss von ökonomischen Sorgen auf die ideale Kinderzahl. Dies ist besonders deutlich bei Personen mit geringer Bildung und ausgeprägteren finanziellen Engpässen. Bei Männern mit ökonomischen Sorgen zeigt sich zudem auch ein negativer Effekt auf den unmittelbaren Kinderwunsch. Wenn also vulnerable Personengruppen ihre materielle Sicherheit als bedroht wahrnehmen, erhöht sich die Wahrscheinlichkeit, dass sie ihren Kinderwunsch kurz- oder langfristig verringern.

In sich entwickelnden Ländern ist die Situation etwas anders: In Kolumbien zeigt sich, dass die Fertilität in armen Regionen während ökonomischer Krisen abnimmt, während sie in wohlhabenden Regionen eher zunimmt (Davalos & Morales 2017). Ergebnisse einer Studie zur Fertilitätsentwicklung in ökonomischen Krisen in einem anderen sich entwickelnden Land von Khattak (2019) zeigt für Pakistan, dass die Fertilitätsrate mit steigenden Realeinkommen grundsätzlich sinkt, da Menschen sich dem Luxus zuwenden und die Opportunitätskosten für Kinder sehr hoch werden. In Zeiten ökonomischer Unsicherheit (steigende Arbeitslosigkeit, steigende Inflation) nimmt die Fertilität generell ab, hier wurde in der Studie zu Pakistan kein Unterschied zwischen verschiedenen sozialen Gruppen identifiziert. Allerdings steigt auch die Fertilität mit steigender Kindersterblichkeitsrate und Frauenerwerbsquote. Der Zusammenhang von Kindersterblichkeit und Fertilität nimmt der zunehmenden ökonomischen Entwicklung eines Landes und dem Rückgang der Mortalität allerdings ab bzw. verschwindet gänzlich, wie die Studie von Lai et al. (2021) zur Fertilitätsdeterminanten in sechs pazifischen Staaten aufzeigt.

In der Untersuchung auf Makroebene von Ainsaar (2019) zur Wechselwirkung von Familienpolitik und Fertilität in ökonomischen Krisenzeiten in den drei Baltischen Staaten, konnte zwar kein direkter Einfluss der Politik auf die Fertilität während der Krisenjahre 2009 bis 2014 nachgewiesen werden, allerdings wurde indirekt, über die Reduktion von Armut und steigende ökonomische Sicherheit für Familien, die Fertilität während der ökonomischen Krise positiv beeinflusst.

In Island wurde zur Jahrtausendwende die Familienpolitik fundamental reformiert, auch um die sinkenden Fertilitätsraten wieder zu steigern. Diese Reformen waren in dieser Hinsicht erfolgreich durch einen Ausbau der Kinderbetreuung und anderen Maßnahmen zur Förderung des Doppelverdiener-Familienmodells im Rahmen der Karenzregelungen. Insbesondere die Wahrscheinlichkeit ein zweites oder drittes Kind zu bekommen, stieg unmittelbar nach den Reformen an. Zeitgleich gab es allerdings auch einen Aufschwung der isländischen Wirtschaft. Die Einflüsse dieser verschiedenen Effekte konnten im Rahmen der Studie von Jonsson (2018)

nicht unterschieden werden. Allerdings dürfte der Einfluss der wirtschaftlichen Lage eine bedeutende Rolle spielen, da mit etwas Verzögerung nach Einsetzen des Abschwungs 2010 auch die steigende Fertilität wieder zurückging. Der Rückgang zeigte sich wiederum insbesondere bei den dritten Geburten, aber auch bei Erst- und Zweitgeburten.

3.1.2.1 Wohnen

Ergebnis oder Auslöser von ökonomischen Krisen können gestiegene Wohnkosten in Form von steigenden Mieten oder Immobilienpreisen sein. Die Analyse von Yi & Zhang (2010) bezüglich der Auswirkung steigender Immobilienpreise in Hong Kong auf Basis von Daten von 1971 bis 2005 zeigt im Modell, dass ein Anstieg von Immobilienpreisen um 1 % ein Absinken der Gesamtfruchtbarkeitsrate um 0,45 % für einen durchschnittlichen Haushalt mit sich bringt. Damit seien gestiegene Immobilienpreise für rund 65 % des Absinkens der Gesamtfruchtbarkeitsrate in Hong Kong verantwortlich. Die steigenden Immobilienpreise gehen mit einem negativen Einkommenseffekt auf den Kinderwunsch einher, wie die ökonomische Standardtheorie zur Fertilität von Becker (1960) darlegt. Immobilienpreise sind demnach Teil der Opportunitätskosten für Kinder.

Die Literaturstudie von Degner (2019) untermauert diese Effekte: Hohe Inflation, die sich in stark steigenden Wohnkosten, aber auch Bildungskosten äußert, wirkt sich negativ auf die Anzahl von (Erst-)Eheschließungen aus und geht mit einem Anstieg des Heiratsalters einher. Dieses Phänomen ist nicht auf westliche Demokratien beschränkt, sondern zeigt sich auch in islamisch-theokratischen sowie hochentwickelten ostasiatischen Gesellschaften. Zudem zeigt sich überall auf der Welt, dass mit einem Verlust der Kaufkraft Instabilität von Partnerschaften einhergeht. All dies wirkt sich in weiterer Folge negativ auf die Kinderzahl aus.

Auch die Studie von van Wijk (2024) liefert empirische Belege dafür, dass der Anstieg der Immobilienpreise nach 2010 tatsächlich zum Rückgang der Geburtenrate beigetragen hat. Es wurde festgestellt, dass in den Niederlanden jene Regionen, in denen die Immobilienpreise stärker gestiegen sind, auch stärkere Rückgänge der Geburtenrate verzeichneten. Dieser Effekt ist relativ stark – insbesondere bei der Schätzung eines Modells mit einer längeren Zeitverzögerung oder eines Modells auf einer höheren geografischen Ebene –, was darauf hindeutet, dass die Wohnkrise tatsächlich einen erheblichen Teil des Geburtenrückgangs nach 2010 erklären könnte. Gleichzeitig ist die negative Beziehung zwischen Immobilienpreisen und Geburtenrate nicht so konsistent, wie oft angenommen wird. Zwischen 1995 und 2010 hatten steigende Immobilienpreise innerhalb der Regionen in den Niederlanden tatsächlich einen positiven Effekt auf die Geburtenrate, auch wenn dieser Effekt gering war. Diese Ergebnisse werfen die Frage auf, was die Richtung und Stärke des Effekts von Immobilienpreisen auf die Geburtenrate bestimmt. Insbesondere stellt sich die Frage, warum sich der Effekt steigender Immobilienpreise innerhalb der Regionen nach 2010 von positiv zu negativ gewandelt hat. Mögliche Erklärungen für diesen Wandel könnten sowohl normative als auch strukturelle Faktoren sein. In Bezug auf erstere könnte es sein, dass die wohnlichen Voraussetzungen für Familiengründung in den letzten Jahrzehnten gestiegen sind (vgl. Lauster 2010), was die Bedeutung des Zugangs zu bezahlbarem Wohnraum für die Geburtenrate verstärkt haben könnte. Was die strukturellen Faktoren betrifft, so könnte die sinkende Erschwinglichkeit von Wohnraum infolge der jüngsten Wohnkrise – in Kombination mit der Stagnation der Einkommen junger Erwachsener – eine Rolle spielen. Allerdings konnte in dieser Studie selektive

Mobilität nicht berücksichtigt werden. Da Personen mit Kinderwunsch möglicherweise in Regionen mit erschwinglicherem Wohnraum ziehen, könnte dies zu einem verfälschten Zusammenhang zwischen Immobilienpreisen und Fertilität führen. Zudem ist die Unterscheidung zwischen Eigentümerinnen und Nicht-Eigentümerinnen hier nicht erfolgt, was wiederum bei Washbrook (2014) erfolgte und deutliche Unterschiede aufzeigte.

Washbrook (2014) unterscheidet eben bei den Auswirkungen von Wohnkosten auf die Fertilität in England und Wales zwischen Eigentümer:innen und Mieter:innen. Dabei zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen beiden Gruppen. Während höhere Immobilienpreise bei Mieter:innen zu einer Reduktion der Fertilität führt, steigt zumindest temporär die Fertilität von Eigentümer:innen mit den Hauspreisen *der sogenannte (Home-Equity-Mechanismus)*. Dies basiert vermutlich auf einem antizipierten Zuwachs an Wohlstand, der Eigentümer:innen das Gefühl gibt, mehr Kinder in ihrem Aufwachsen unterstützen zu können. Demgegenüber sehen Mieter:innen durch gestiegene Hauspreise ihre Chancen einmal Eigentum erwerben zu können, verringert. Ein positiver Effekt steigender Immobilienpreise auf die Fertilität in Eigentümerhaushalten in den USA wird zudem in der Studie von Lovenheim & Mumford (2013) nachgewiesen: Bei einem Anstieg der Immobilienpreise innerhalb von 2 bzw. 4 Jahren um 100.000 US-Dollar erhöht sich die Wahrscheinlichkeit für eine Frau innerhalb des Folgejahres ein Kind zu bekommen um rund 19 %. Dabei handelt es sich nicht lediglich um vorgezogene Geburten, sondern um eine Änderung der Gesamtfertilitätsrate. Diese Ansprechbarkeit der Fertilitätsrate gegenüber den Immobilienpreisen hat in den letzten Jahren, jedenfalls in den USA, zugenommen. Bei Mieter:innen zeigte sich in der Studie von Lovenheim & Mumford (2013) kein Zusammenhang zwischen steigenden Hauspreisen und Fertilität.

In der Untersuchung von Li (2019) wurden die Zusammenhänge von Kinderwunsch und Wohnmobilität in Australien analysiert. Es zeigt sich, dass Paare mit Kinderwunsch in größere Immobilien mit mehr Schlafzimmern umziehen, und zwar in günstigere Lagen. Diese fertilitätsgetriebene Mobilität tritt nur in tendenziell leistbaren Immobilienmärkten auf und nicht in Gebieten mit starkem Wachstum von Immobilienpreisen, wie in Sydney und Melbourne. Die Ergebnisse legen nahe, dass Immobilienmärkte als Hintergrundfaktor oder tatsächliche Kontrolle fungieren, die den Einfluss von Fertilitätsabsichten auf die Realisierung des Kinderwunsches moderiert. Die Heterogenität in der Übertragbarkeit von Fertilitätsabsichten auf Wohnmobilität liefert wichtige Erkenntnisse darüber, wie einfach oder schwierig es für Haushalte ist, ihre Fertilitätsabsichten durch Wohnortswechsel in tatsächlich realisierte Geburten umzusetzen.

Daysal et al. (2021) untersuchten u.a. die Auswirkungen kurzfristiger Schwankungen der Immobilienpreise auf die Fertilität von Eigentümer:innen anhand von Verwaltungsdaten aus Dänemark. Es zeigte sich, dass kurzfristige Anstiege der Immobilienpreise zu einem signifikanten Anstieg der Geburtenrate führen. Die Größenordnung der Schätzungen entspricht den Ergebnissen von Lovenheim & Mumford (2013), die eine ähnliche Methode für die USA verwendeten. Es zeigte sich zudem ein ähnliches Muster der Heterogenität wie in den USA. Die Ähnlichkeit der Fertilitätsreaktionen in Dänemark und den USA legt nahe, dass die pronatalistischen Politiken Dänemarks (z. B. langer Elternurlaub, stark subventionierte Kinderbetreuung und kostenloses, universelles Gesundheitssystem) die wohlstandsbedingten Effekte auf die Fruchtbarkeit nicht abmildern. Daysal et al. (2013) argumentieren, dass die Ähnlichkeit der Effekte in den beiden Ländern auf das jeweilige Fehlen von Kreditbeschränkungen bei Hauseigentümern in Kombination mit ähnlichen Präferenzen für Kinder zurückzuführen ist.

3.1.2.2 Inflation

Der Einfluss von hoher Inflation auf die Fertilität wird in einer Vielzahl an Studien nachgewiesen. Allerdings gibt es Unterschiede zwischen entwickelten Ländern und Entwicklungsländern. In Zweitem, aber auch im U.S.-amerikanischen Wohlfahrtsstaat, steigt die Fertilitätsrate mit den Preisen, da Kinder als Einkommensquelle angesehen werden, die möglichst früh erwerbstätig sein und zum Familieneinkommen beitragen sollen. In entwickelten Ländern hingegen beschließen Mittelklasse-Paare weniger Kinder zu haben, wenn die Wohnkosten sowie die Bildungskosten für die vorhandenen und potenziellen Kinder stark gestiegen sind (Degner 2019).

In der empirischen Studie von Lai et al. (2021) zu sozioökonomischen und demografischen Determinanten von Fertilität in sechs pazifischen Staaten zeigt sich eine stark negative und signifikante Korrelation zwischen Inflation und Fertilitätsrate. Mit einem Prozentanstieg der Inflation geht ein Absinken der Fertilität um 0,41 % einher. Damit erweist sich Inflation als der stärkste Indikator für Fertilität in den Pazifikstaaten neben einer Reihe anderer untersuchter Indikatoren wie beispielsweise weibliche Erwerbspartizipation, die ebenfalls hoch signifikant negativ mit Fertilität korreliert.

Auch die Studie von Wu (2024) bekräftigt den negativen Zusammenhang zwischen Inflation und Fertilität. Sie untersucht konkret den Zusammenhang zwischen Inflationszielpolitik (IZ) und Fertilitätsraten in Schwellen- und Industrieländern. Inflationszielpolitik zielt darauf ab, Preisstabilität zu gewährleisten, indem sie Inflationsraten steuert und öffentliche Erwartungen beeinflusst. Ausgehend von der These, dass IZ ein stabiles makroökonomisches Umfeld schaffen kann, das höhere Geburtenraten begünstigt, stellt Wu mit Hilfe einer Reihe von Fixed-Effects-Regressionen und Robustheitsprüfungen fest, dass der positive Einfluss der Inflationszielpolitik auf die Fertilitätsraten konsistent und signifikant ist. Selbst unter Berücksichtigung zusätzlicher wirtschaftlicher Faktoren bleiben die Ergebnisse bestehen, was auf einen robusten Zusammenhang zwischen IZ und Fertilitätsraten hinweist. Länder, die Inflationszielpolitik einführen, verzeichnen einen geringeren Rückgang der Fertilitätsraten als Länder ohne diese Politik. Diese Ergebnisse deuten darauf hin, dass IZ nicht nur ihr primäres Ziel der Preisstabilität erreicht, sondern auch höhere Geburtenraten unterstützt, indem wirtschaftliche Unsicherheiten gemindert werden.

3.2 Work-Family-Arrangements in der Krise

Die Vergleichsstudie von Dotti Sani (2018) zu den Auswirkungen der Finanzkrise von 2008/2009 auf die Erwerbsarbeitsteilung in Partnerschaften in sechs europäischen Ländern, zeigt, dass jene Länder, die besonders stark von der Finanzkrise betroffen waren, den stärksten Rückgang bei den Doppelverdiener-Haushalten hatten. D.h. egalitäre Haushalte, jene, in denen Männer und Frauen in etwa im selben Ausmaß erwerbstätig sind, gingen in Spanien und Griechenland besonders stark zurück. Stärker davon betroffen sind Paare, bei denen die Frau einen niedrigen Bildungsstatus hat, in dieser Gruppe nahmen insbesondere erwerbslose Paarhaushalte aber auch weibliche Alleinverdienerhaushalte zu, wobei letzteres auf Paare mit höher gebildeten Frauen noch häufiger zutraf. In allen sechs Ländern ging während der Finanzkrise der Anteil an männlichen Alleinverdienerhaushalten zurück, allerdings mit unterschiedlichen Effekten, je nachdem wie stark die Auswirkungen der Finanzkrise im jeweiligen

Land waren. Während in Ländern, die weniger stark von der ökonomischen Krise betroffen waren, wie Deutschland und Schweden, die männlichen Alleinverdienerhaushalte durch einen Anstieg der Doppelverdienerhaushalte ersetzt wurden, stiegen in Griechenland und Spanien, die Paarhaushalte mit zwei Arbeitslosen sowie die weiblichen Alleinverdienerhaushalte an. Als Konsequenz stieg in diesen Ländern vermutlich die Armut in Paarhaushalten an.

Chatrakul et al. 2017 untersuchten in ihrer Arbeit die Erfahrungen von Fach- und Führungskräften in Griechenland anhand des Capabilities Approach, ursprünglich von Amartya Sen, wobei sie die Interpretation von Hobson et al. (2011) des Sen'schen Ansatzes im Hinblick auf die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben anwenden, indem sie die Verbindung zwischen Fähigkeiten und dem Gefühl des Anspruchs weiter untersuchen. In dieser Arbeit zeigen sich zwei zentrale Erkenntnisse aus den Datenanalysen. Durch die „neue Normalität“ sich verschlechternder Arbeitsbedingungen, die durch Sparmaßnahmen als Reaktion auf die Wirtschaftskrise in Griechenland entstanden, wurde das Gefühl des Anspruchs gesenkt. Zudem schränkten institutionelle Zwänge das Anspruchsdenken hinsichtlich beruflicher Erwartungen bei Fach- und Führungskräften ein, obwohl diese günstige individuelle Umwandlungsfaktoren aufweisen – insbesondere im Hinblick auf Humankapital (hohe Bildung und Qualifikation, professioneller Status). Zudem fungiert ein niedriges Anspruchsgefühl als kognitiver Filter, durch den die Wahrnehmung der eigenen Handlungsmacht untergraben wird. Dies führte zu einer Fähigkeitslücke zwischen den individuellen Mitteln und Ressourcen und der Fähigkeit, gewünschte Maßstäbe bei Arbeitsqualität, Work-Life-Balance und beruflichen Aufstieg zu realisieren.

Viele Teilnehmende reagierten auf den zunehmenden Konflikt zwischen Arbeit und Privatleben sowie auf fehlende Aufstiegschancen mit einer Erzählweise zunehmender Individualisierung und Eigenverantwortung – bis hin zur Überlegung, Griechenland zu verlassen, um bessere Arbeitsbedingungen, Lebensqualität und Work-Life-Balance zu erreichen.

Höhere Arbeitsbelastung, unzureichende Ressourcen und Werkzeuge zur Erledigung von Arbeitsaufgaben, finanzieller Druck, eingeschränkter Zugang zur Gesundheitsversorgung, verschlechterte physische und psychische Gesundheit sowie der Bedeutungsverlust des professionellen Status und der damit einhergehende Verlust von Sinnhaftigkeit in der Arbeit stellen in Krisenzeiten neue Normen in den Arbeitsbedingungen dar. Diese verringern die Erwartungen der Arbeitnehmenden und reduzieren ihr Anspruchsgefühl auf eine hohe Arbeitsqualität und eine zufriedenstellende Work-Life-Balance.

Die Untersuchung von Cesaroni et al. (2018) zur Vereinbarkeit von Kleinunternehmer:innen in Italien während der Finanzkrise zwischen 2008 und 2012 zeigt auf, dass die Krise kaum einen Einfluss auf die Work-Life-Balance der selbstständig erwerbstätigen Mütter hatte, allerdings blieben unabhängig von der Rezession einige Unterschiede zwischen Vätern und Müttern bestehen. Männliche Unternehmer erleben während ökonomischer Krisen eine bessere Work-Life-Balance als Frauen, da sie teilweise durch die Krise mehr Zeit für die Familie zur Verfügung haben.

4 Deskriptive Darstellungen

Die vorliegende Studie analysiert die Auswirkungen von Krisen anhand des Sondermoduls der aktuellen Erhebung des österreichischen Generations and Gender Programme (GGP). Bevor im Kapitel 5 analytische Methoden zu

- (1) Erwartung der Entwicklung des Lebensstandards,
- (2) Auswirkungen auf die Anzahl der gewünschten Kinder und
- (3) Auswirkungen auf den Zeitpunkt der gewünschten (nächsten) Geburt

angewendet werden, sollen zunächst die ausgewählten Indikatoren deskriptiv dargestellt werden.

4.1 Datenbasis

Das Generations and Gender Programme (GGP) ist ein internationales Panel-Studienprogramm zu den Themen Partnerschaften (inkl. zurückliegender kohabitierender Partnerschaften), der aktuellen Lebensform und der Familienplanung, den Kontakten zu Eltern und Kindern, die in anderen Haushalten leben, zur Hilfe und Unterstützung in den familialen Netzwerken, zur Organisation der Kinderbetreuung und der Hausarbeit sowie zur Erwerbsbiografie. Diese Themen werden in allen teilnehmenden Ländern einheitlich erfasst. Die Ergebnisse dieses Hauptteils der Studie lassen sich somit zwischen den Ländern vergleichen.

Zusätzlich können die Länder eigene Fragenmodule am Ende der Umfrage platzieren. Diese Fragen werden den Befragungsteilnehmer:innen nur in den jeweiligen Ländern gestellt, ein internationaler Vergleich ist hier nicht möglich. In Österreich wurden im Rahmen dieses Zusatzmoduls die Stressgefühle der Befragten in diversen Lebensbereichen sowie die Betroffenheit durch die hohe Preisentwicklung, die Covid-Pandemie und den Ukraine-Krieg erfasst. Die Preisentwicklung, die Covid-Pandemie und der Ukraine-Krieg wurden dabei als globale Krisen definiert. In weiterer Folge wurde gefragt, wie sich diese Krisen auf teure Anschaffungen und die Erwerbstätigkeit bereits auswirkten und wie sie sich auf den künftigen Lebensstandard, die weiteren Bildungs- und Erwerbschancen sowie auf den Kinderwunsch und dessen Umsetzungspläne auswirken werden. Bei den Folgen fokussieren die nachstehenden Auswertungen auf den Lebensstandard und den Kinderwunsch.

Die zugrundeliegende Erhebung fand in Österreich im Zeitraum Oktober 2022 bis März 2023 statt. Die standardisierte Online-Befragung (CAWI) wurde vom Institut für statistische Analysen Jaksch & Partner GmbH durchgeführt, die Gesamtkoordination in Österreich lag beim Österreichischen Institut für Familienforschung (ÖIF) an der Universität Wien, die internationale Gesamtleitung beim Netherlands Interdisciplinary Demographic Institute (NIDI). In Österreich beantworteten insgesamt 8.247 Personen den Fragebogen, allerdings brachen 538 Teilnehmer:innen die Befragung vor dem Österreich-Modul ab, sodass 7.709 Respondent:innen zu Beginn des Österreich-Moduls verblieben. Es wurden in Österreich lebende Personen im Alter von 18 bis 59 Jahren befragt. Die Stichprobenziehung erfolgte anhand einer Zufallsauswahl aus dem Zentralen Melderegister (ZMR). Bei der Auswahl wurde lediglich darauf geachtet, dass die Personen im entsprechenden Alter sind und dass ein Geschlechterverhältnis Frauen:Männer von rund 60:40 vorliegt. Diese Überrepräsentativität wurde bewusst gewählt,

da Frauen bei Erhebungen zu Familienentwicklung und Fertilität die wesentlicheren Informationen geben, da sie in diesem Bereich mehr entscheiden. Diese Überrepräsentativität wurde später durch eine Gewichtung der Daten ausgeglichen. Neben dem Geschlecht flossen auch Altersgruppen, die Wohnregion, der Familienstand, die höchste abgeschlossene Schulbildung, die Parität¹, die Haushaltsgröße und die Rolle in der Familie in die Datengewichtung mit ein.²

Tabelle 1: Eckdaten der Erhebung in Österreich

Titel der Studie	Generations and Gender Programme – GGP 2023
Methode	standardisierte Online-Erhebung (CAWI)
Grundgesamtheit	in Österreich lebende Personen im Alter von 18 bis 59 Jahren
Stichprobenziehung	Zufallsstichprobe aus dem Zentralen Melderegister (ZMR)
Internationale Gesamtleitung GGP	Netherlands Interdisciplinary Demographic Institute (NIDI)
Koordination GGP in Österreich	Österreichisches Institut für Familienforschung (ÖIF) an der Universität Wien
Datenerhebung	Institut für statistische Analysen Jaksch & Partner GmbH (Linz)
Stichprobengröße (ungewichtet)	
GGP gesamt	8.247
Österreich-Modul	7.709
Datengewichtung	Iteratives Raking-Verfahren
Erhebungszeitraum	Oktober 2022 bis März 2023

Für die Auswertungen wurde das Alter in vier Altersklassen („18 bis 29 Jahre“, „30 bis 39 Jahre“, „40 bis 49 Jahre“ und „50 bis 59 Jahre“) zusammengefasst. Auch bei der Anzahl bereits vorhandener Kinder wurde deren Anzahl ab vier Kindern zu „4 oder mehr Kinder“ zusammengefasst, da sonst die Fallzahlen zu gering und nicht mehr aussagekräftig wären. Befragte, die sich beim Geschlecht als „divers“ einstufen, werden zwar extra ausgewiesen, wegen deren geringer Anzahl (nur 23 Befragte) lassen sich deren Antworten nicht gesondert interpretieren. Die Bildung wurde anhand der „International Standard Classification of Education (ISCED)“ in allen Ländern einheitlich erhoben. Für die Auswertungen stehen somit die Kategorien „max. Pflichtschule“, „Lehre/BMS/Matura/Kolleg“ und „Studium“ zur Verfügung.³ Die Haushaltsform wurde nicht direkt erfragt, aus der Haushaltsgröße und der Art der Mitbewohner:innen konnten für die Auswertungen aber die Formen „1-Personen-Haushalt“, „Paar-Haushalt ohne Kinder“, „als Elternteil in Paar-Haushalt mit Kindern“, „als Elternteil in Alleinerziehenden-Haushalt“, „als Kind im Haushalt“ und „andere Haushaltsform“ gebildet werden. Unter die Kategorie „andere Haushaltsform“ fallen unter anderem Drei-Generationen-Haushalte oder Wohngemeinschaften. Paare ohne Kinder im Haushalt können noch kinderlos sein oder die Kinder können aus dem gemeinsamen Haushalt bereits ausgezogen sein. Bei der Haushaltsform wird auch die Stellung im Haushalt berücksichtigt. So wird differenziert, ob man als Elternteil oder als Kind im Haushalt lebt. Für einige Themen ist diese Stellung von zentraler Bedeutung.

Tabelle 2 bietet einen Überblick, wie viele Personen hinter den einzelnen Gruppen stehen. Die Absolutzahlen beziehen sich auf die ungewichteten Personenzahlen, die Prozentwerte auf die gewichteten Anteile dieser Gruppen. Diese Logik gilt auch für die weiteren Auswertungen. Die

¹ Unter „Parität“ versteht man die bislang realisierte Kinderzahl.

² Vgl. Neuwirth & Wurm (2025)

³ Die einstellige ISCED-Systematik impliziert, dass nicht zwischen einem Lehrabschluss, einem Abschluss an einer berufsbildenden mittleren Schule (BMS) und einer Matura als höchsten Schulabschluss differenziert werden kann.

angegebenen Prozentwerte in den Abbildungen und Tabellen basieren auf den gewichteten Daten, die Fallzahlen unter den Abbildungen auf den ungewichteten Werten.

Tabelle 2: Stichprobenbeschreibung Österreich-Modul

	Anzahl absolut (ungewichtet)	Anteil in % (gewichtet – alle Befragten)	Anteil in % (gewichtet – gültige Angaben)
alle Befragten			
gesamt	7.709	100,0	100,0
Alter			
18 bis 29 Jahre	1.986	24,7	24,7
30 bis 39 Jahre	1.920	24,2	24,2
40 bis 49 Jahre	1.779	22,8	22,8
50 bis 59 Jahre	2.024	28,3	28,3
keine Angabe	0	0,0	-
Geschlecht			
männlich	3.115	49,8	49,8
weiblich	4.571	49,9	49,9
divers	23	0,3	0,3
keine Angabe	0	0,0	-
Bildung			
max. Pflichtschule	688	13,8	14,4
Lehre/BMS/Matura/Meisterprüfung/Kolleg	4.696	55,6	57,8
Studium	2.099	26,8	27,9
keine Angabe	226	3,7	-
Haushaltsform			
1-Personen-Haushalt	1.488	15,7	18,2
Paar-Haushalt ohne Kinder	1.705	18,7	21,7
als Elternteil in Paar-Haushalt mit Kindern	2.428	32,4	37,5
als Elternteil in Alleinerziehenden-Haushalt	355	3,0	3,4
als Kind im Haushalt	596	14,0	16,2
andere Haushaltsform	147	2,6	3,0
keine Angabe	990	13,6	-
Anzahl vorhandener Kinder			
keine Kinder	3.209	41,3	41,3
1 Kind	1.213	15,2	15,2
2 Kinder	1.951	24,7	24,7
3 Kinder	806	11,2	11,2
4 oder mehr Kinder	530	7,6	7,6
keine Angabe	0	0,0	-

Quelle: GGP 2023 – eigene Berechnung ÖIF

Ungültige Angaben (z.B. „weiß nicht“ oder „will nicht antworten“ werden in den Abbildungen nicht gesondert ausgewiesen.

Aufgrund der Filterführung (nicht alle Fragen treffen auf alle Befragten zu) können die Fallzahlen bei einigen Fragen von jener in Tabelle 2 abweichen. Auf solche Filter wird an den entsprechenden Stellen gesondert hingewiesen.

4.2 Betroffenheit durch globale Krisen

Die Betroffenheit durch globale Krisen bildet den Ausgangspunkt der Analysen. Erfasst wurden die Krisen mit der Frage: „In den folgenden Fragen geht es um die globalen Krisen und deren Auswirkungen auf Ihre persönlichen Lebensbereiche. Denken Sie an die letzten drei Monate. Auf einer Skala von 0 bis 10: Wie hoch war für Sie die Belastung ...? 0 steht für keine Belastung, 10 für sehr hohe Belastung.“ Bei den dazugehörigen Teilfragen lauteten die Formulierungen „Wie hoch war für Sie die Belastung aufgrund der Preisentwicklung?“, „Wie hoch war für Sie die Belastung aufgrund der Covid-Pandemie?“ und „Wie hoch war für Sie die Belastung aufgrund des Ukraine-Kriegs?“.

Der Frageformulierung zufolge sollten sich die Befragten auf die Belastung in den vergangenen drei Monaten beziehen.⁴ Die hohe Inflation und der Ukraine-Krieg waren zum Befragungszeitpunkt aktuelle, gegenwärtige Krisen, die Covid-Pandemie war im Gegensatz dazu bereits im Abklingen, die großen Einschränkungen durch Lockdowns lagen etwas länger zurück. Ob die Untersuchungsteilnehmer:innen, speziell in Bezug auf Covid, tatsächlich nur an die letzten drei Monate oder auch an länger zurückliegende Zeiträume dachten, lässt sich nicht eindeutig feststellen.

Die Preisentwicklung stellt erwartungsgemäß die stärkste Belastung dar, sie ist aktuell, unmittelbar im Alltag spürbar. Zum Befragungszeitpunkt schwankte die Inflationsrate zwischen 9,2 % und 11,2 %.⁵ Für rund die Hälfte der Respondent:innen stellt sie eine hohe bis sehr hohe Belastung dar, für weniger als ein Fünftel ist sie keine oder nur eine geringe Belastung. Der Ukraine-Krieg ist im Gegensatz dazu (abgesehen von indirekten Auswirkungen) für das Alltagsleben in Österreich eher eine abstrakte Bedrohung. Dennoch empfindet ein Drittel der Befragten auch den Ukraine-Krieg als eine hohe Belastung.

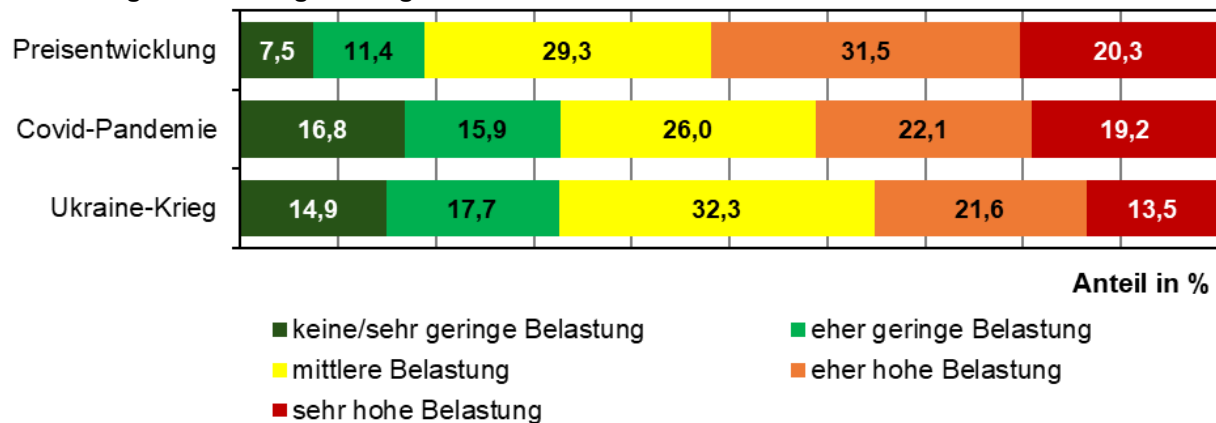
Die Covid-Pandemie führte über einen längeren Zeitraum zu Einschränkungen im Alltag, von denen man persönlich betroffen war. Angst um die eigene Gesundheit und die von Angehörigen und Bekannten waren zu Beginn und während der Hochphase der Pandemie stark verbreitet. Zum Befragungszeitpunkt bzw. kurz davor, hatte sich die Situation entspannt und das Alltagsleben wieder weitgehend normalisiert. Dennoch geben immer noch etwas mehr als 40 % eine eher bis sehr hohe Belastung an. Frühere Erfahrungen scheinen hier eine mitbestimmende Rolle einzunehmen. Die Mittelkategorie ist schwächer ausgeprägt als bei der Belastung durch

⁴ Für die univariaten Auswertungen wurden die Antwortstufen 0 bis 1 zur Kategorie „keine/sehr geringe Belastung“ zusammengefasst, die Stufen 2 bis 3 zur Kategorie „eher geringe Belastung“, die Stufen 4 bis 6 zu „mittlere Belastung“, die Stufen 7 bis 8 zu „eher hohe Belastung“ und die Stufen 9 bis 10 zur Kategorie „sehr hohe Belastung“.

⁵ <https://www.statistik.at/statistiken/volkswirtschaft-und-oeffentliche-finanzen/preise-und-preisindizes/verbraucher-preisindex-vpi/hvpi> (abgerufen 11.03.2025)

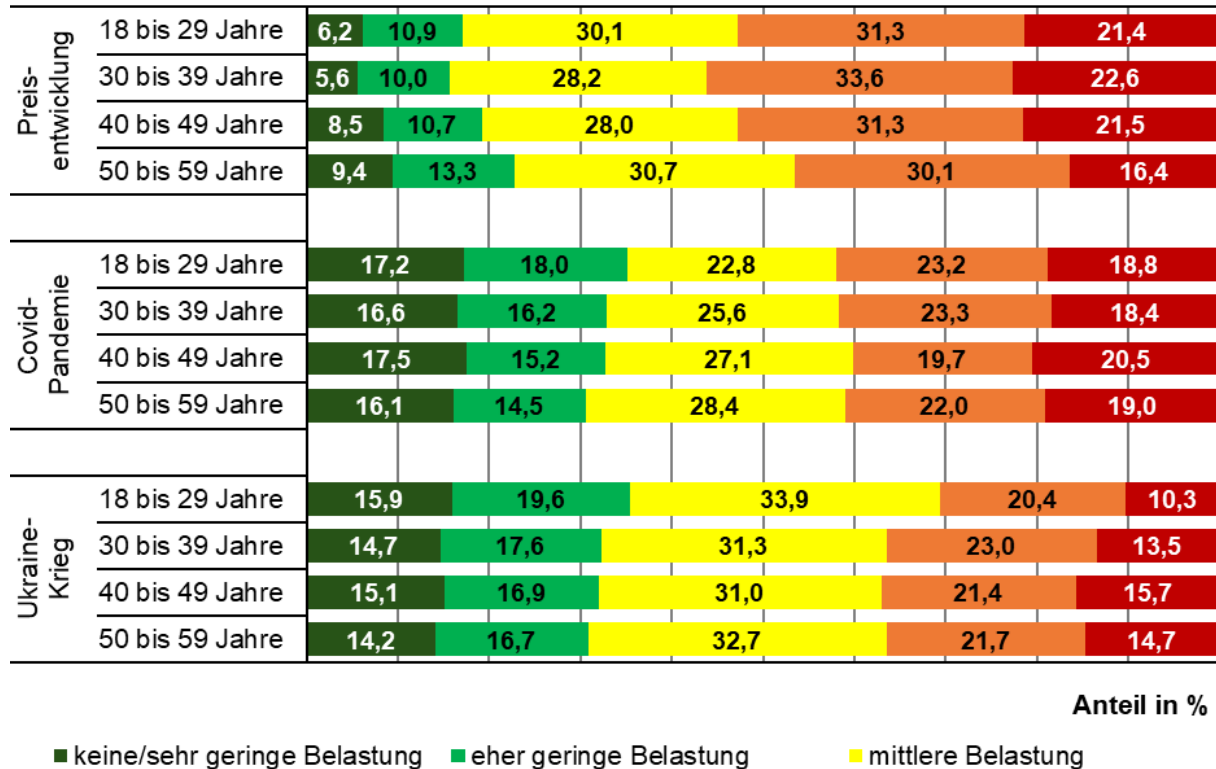
die Inflation oder durch den Ukraine-Krieg. Dies kann mit der Spaltung der Gesellschaft im Umgang mit der Pandemie und mit den Einschränkungen in der Covid-Hauptphase zusammenhängen.

Abbildung 2: Belastung durch globale Krisen



Quelle: GGP 2023 – eigene Berechnung ÖIF; n=6.997/7.050/6.823

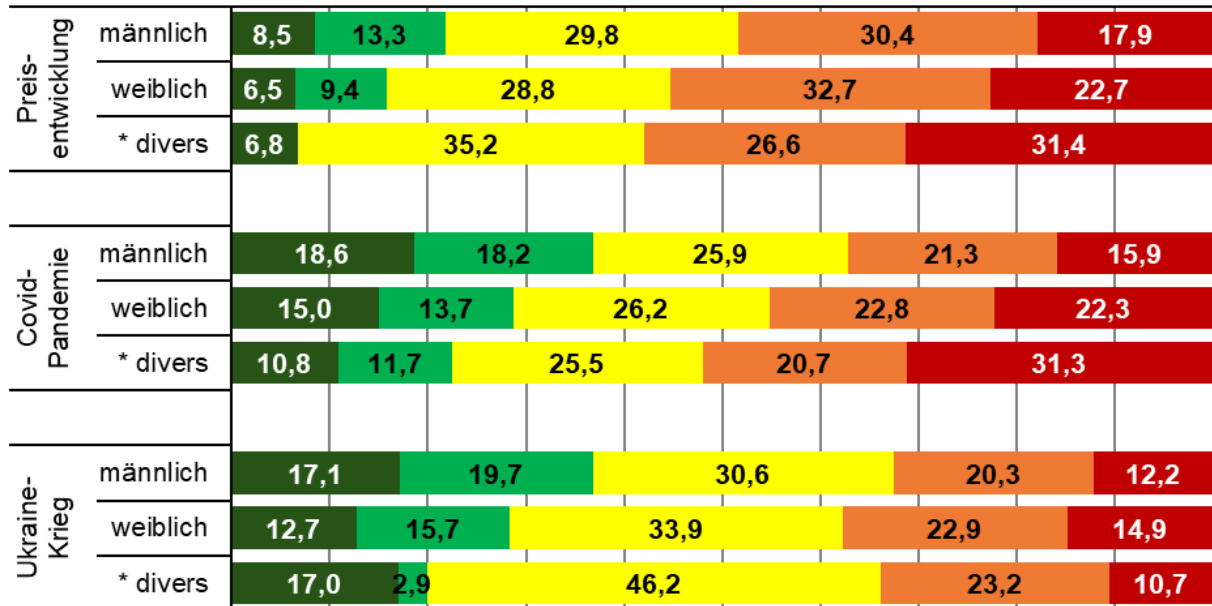
Alterseffekte bei der Belastung durch die Krisen sind eher schwach ausgeprägt und am ehesten bei der Belastung aufgrund der Preisentwicklung festzustellen. 30- bis 39-Jährige empfinden mit 56 % am häufigsten eine eher bis sehr hohe Belastung durch die hohe Inflation, unter den 50- bis 59-Jährigen sind dies 47 %. Die höhere Belastung der 30- bis 39-Jährigen erklärt sich zum Teil aus deren aktueller Lebensphase. Sie haben öfter kleine Kinder und ein geringeres Haushaltseinkommen, wodurch die finanzielle Belastung besonders hoch ausfällt. Etwas anders verhält es sich mit der jüngsten Alterskohorte der 18- bis 29-Jährigen: In dieser Altersgruppe lebt ein vergleichsweise höherer Anteil noch im elterlichen Haushalt und spürt Wohnkosten- und haushaltsbezogene Energiepreissteigerungen üblicherweise weniger.

Abbildung 3: Belastung durch globale Krisen nach Alter

Quelle: GGP 2023 – eigene Berechnung ÖIF; n=6.997/7.050/6.823

Bezüglich der Covid-Pandemie lassen sich keine größeren altersbedingten Belastungsunterschiede erkennen, bezogen auf den Ukraine-Krieg empfinden sich nur die unter 30-Jährigen etwas weniger belastet als ältere Befragte.

Frauen belasten alle drei Krisenbereiche stärker als Männer. So stellt die Inflation für etwas weniger als die Hälfte der Männer aber für etwas mehr als die Hälfte der Frauen eine hohe Belastung dar. Auffällig ist die Bewertung beim Ukraine-Krieg. Für Männer ist er öfter nicht oder kaum belastend (37 %) als sehr oder eher belastend (33 %).

Abbildung 4: Belastung durch globale Krisen nach Geschlecht

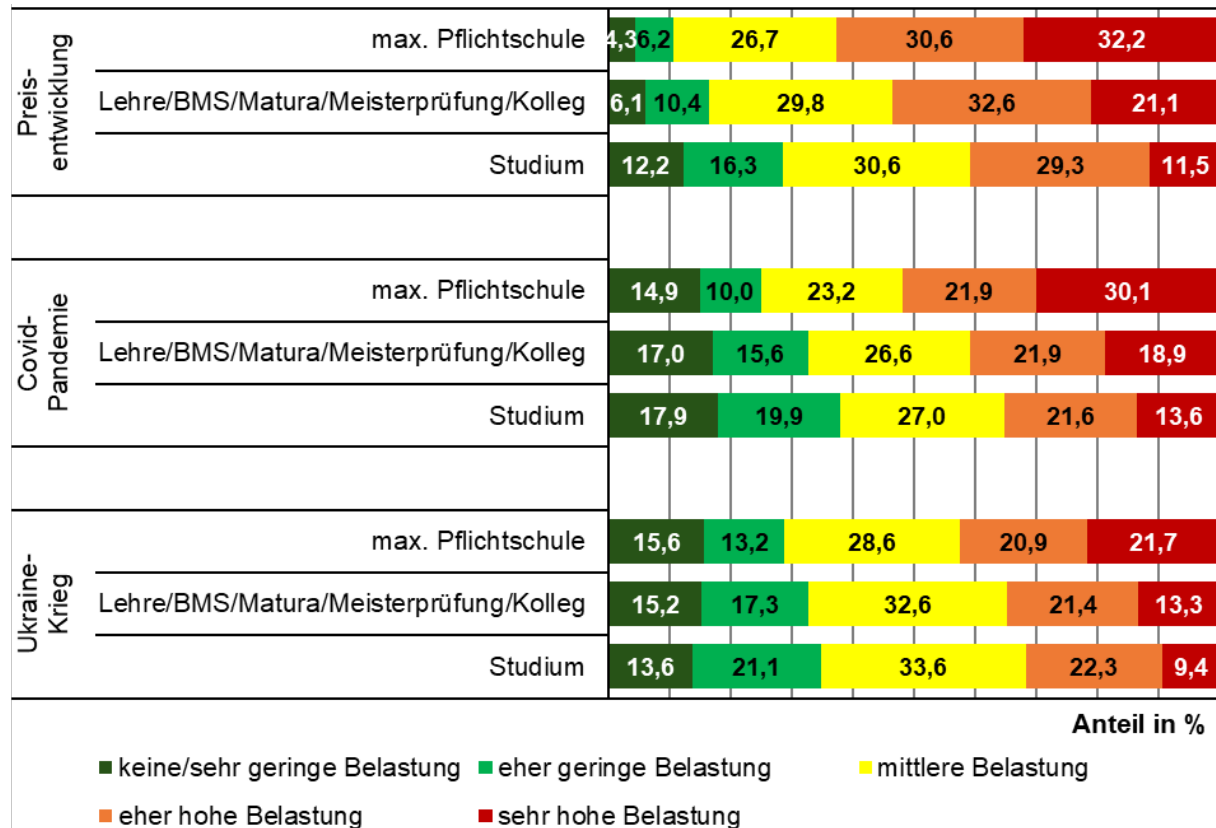
Anteil in %

■ keine/sehr geringe Belastung ■ eher geringe Belastung ■ mittlere Belastung
 ■ eher hohe Belastung ■ sehr hohe Belastung

Quelle: GGP 2023 – eigene Berechnung ÖIF; n=6.997/7.050/6.823

Anm.: Aufgrund der geringen Fallzahlen lassen sich die Werte für Befragte, die sich als divers wahrnehmen, nicht interpretieren.

Das eigene Bildungsniveau wirkt sich positiv auf die empfundene Krisenbelastung aus und dies in allen drei erfassten Bereichen. Am deutlichsten sind die Unterschiede bei der Preisentwicklung, gefolgt von der Covid-Pandemie und dem Ukraine-Krieg. Die unmittelbare (aktuelle) Betroffenheit ist hierfür mitentscheidend. So belastet die unmittelbar spürbare Teuerung über 60 % der Respondent:innen mit Pflichtschulabschluss eher bis sehr stark, unter den Akademiker:innen aber nur rund 40 % (Differenz 22 Prozentpunkte). In Bezug auf den Ukraine-Krieg ist die Differenz mit 11 Prozentpunkten nur halb so hoch. Akademiker:innen sehen sowohl in der Covid-Pandemie als auch im Ukraine-Krieg öfter keine oder nur eine geringe Belastung als eine hohe bis sehr hohe Belastung.

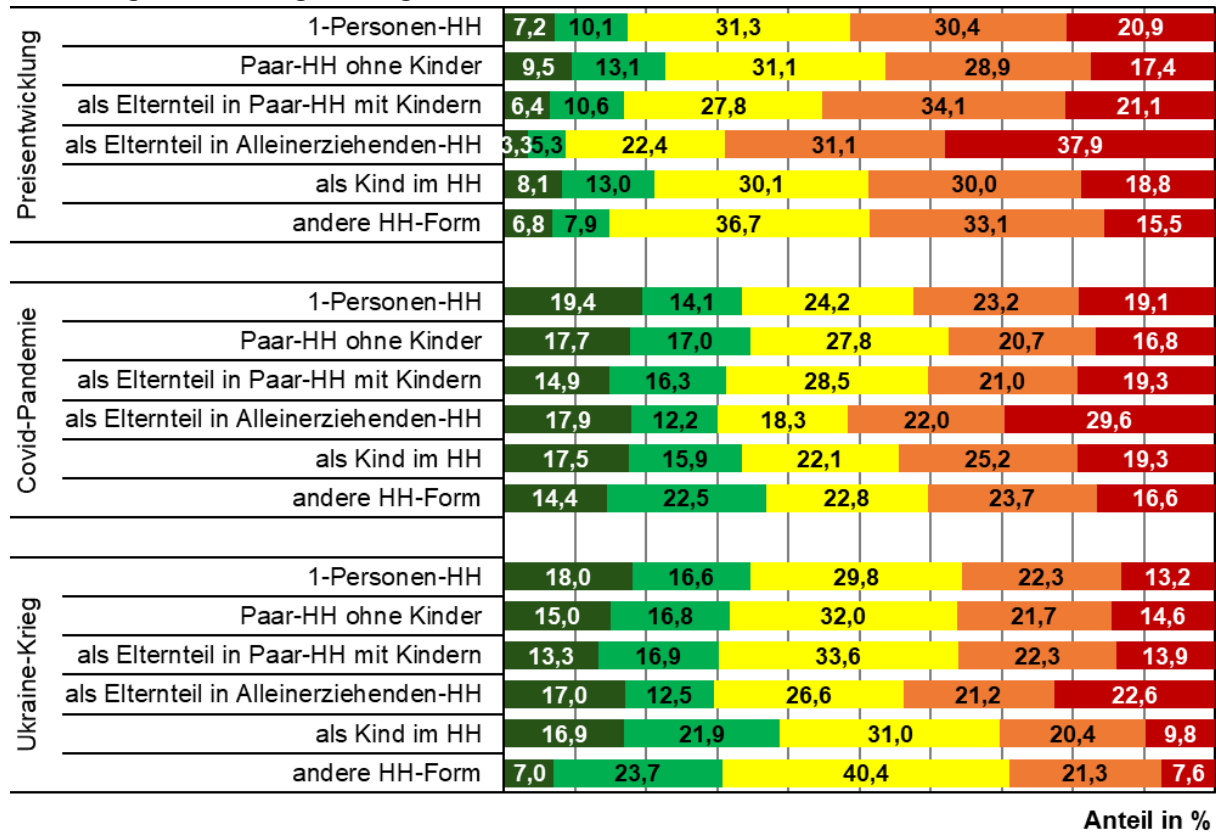
Abbildung 5: Belastung durch globale Krisen nach Bildung

Quelle: GGP 2023 – eigene Berechnung ÖIF; n=6.875/6.924/6.713

Alleinerziehende verspüren in allen Bereichen am häufigsten eine hohe Belastung durch die Krisen. Für mehr als zwei Drittel sind die Preissteigerungen eher bis sehr belastend. Auch Paare mit Kindern und alleinlebende Personen sind hier stärker belastet als Paarhaushalte ohne Kinder (46 % eher/sehr hohe Belastung). Diese höhere Belastung geht mit der höheren Armutsgefährdung dieser Haushaltsformen einher. Den Daten des EU-SILC 2023 zufolge sind 42 % der Alleinerziehenden-Haushalte armutsgefährdet, unter den 1-Personen-Haushalten sind es ebenso wie unter den Paar-Haushalten mit unter 18-jährigen Kindern 25 % und unter den Paarhaushalten ohne Kinder 16 % (Kaindl & Schipfer 2024).

Im Vergleich dazu fallen die Belastungsunterschiede aufgrund des Ukraine-Kriegs gering aus. Die geringeren unmittelbaren Auswirkungen auf das Alltagsleben dämpfen auch hier die Belastungsunterschiede.

Bei der Haushaltsform sind die Zusammenhänge mit dem Geschlecht zu berücksichtigen: 92 % der befragten Alleinerziehenden sind weiblich.

Abbildung 6: Belastung durch globale Krisen nach Haushaltsform

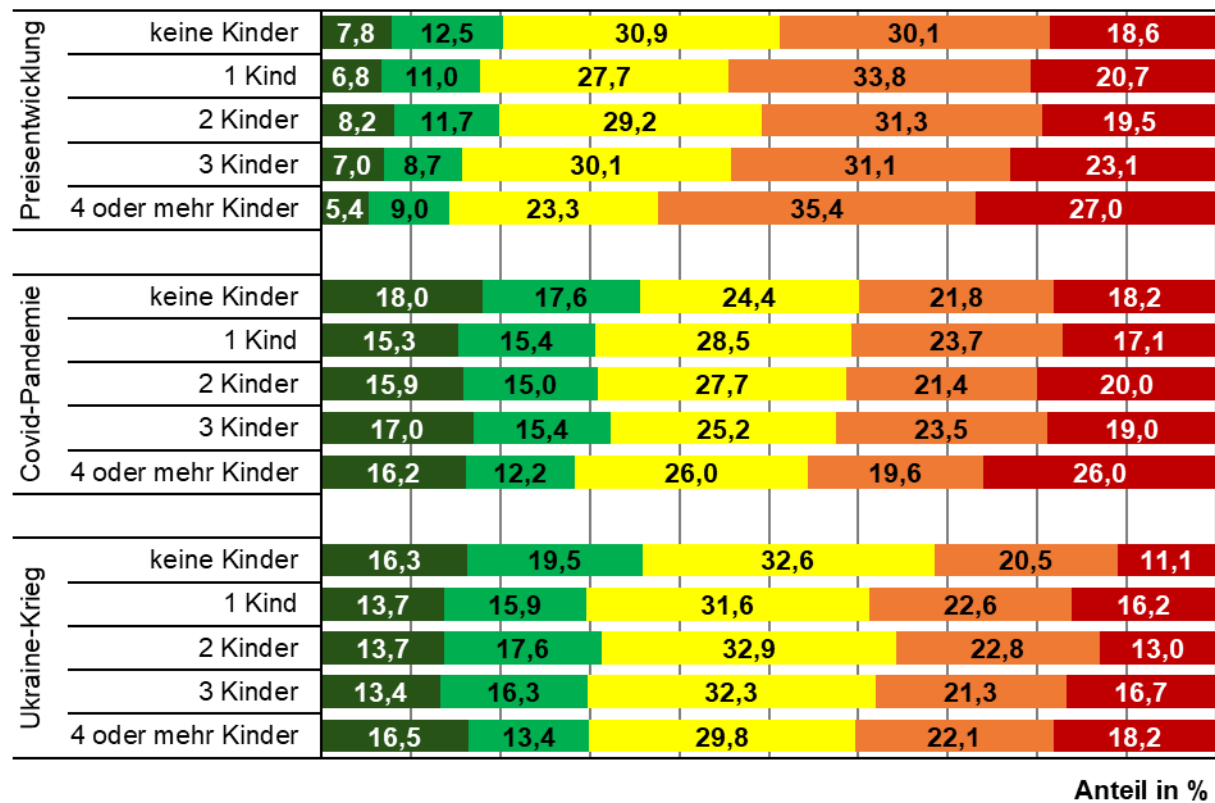
Anteil in %

■ keine/sehr geringe Belastung ■ eher geringe Belastung ■ mittlere Belastung
 ■ eher hohe Belastung ■ sehr hohe Belastung

Quelle: GGP 2023 – eigene Berechnung ÖIF; n=6.079/6.127/5.927

Je mehr Kinder man bereits hat, desto stärker empfindet man eine Belastung durch die Krisen. Am stärksten sind auch hier die Unterschiede bei der Preissteigerung. Noch kinderlose Befragte sowie Befragte mit zwei Kindern empfinden die Inflation etwas seltener als eher bis sehr belastend (49 % bzw. 51 %) als die übrigen Befragten. Geringere Unterschiede gibt es zwischen Eltern mit einem oder drei Kindern (55 % bzw. 54 % sind hochbelastet), hat man zumindest vier Kinder, ist die Lage für 62 % schwierig.

Tendenziell steigt auch die Belastung aufgrund der Covid-Pandemie und des Ukraine-Kriegs mit der Kinderzahl an, die Steigerungen sind aber eher gering. Hier weichen die Kinderlosen in Bezug auf den Ukraine-Krieg am deutlichsten in die positive Richtung ab.

Abbildung 7: Belastung durch globale Krisen nach Anzahl vorhandener Kinder

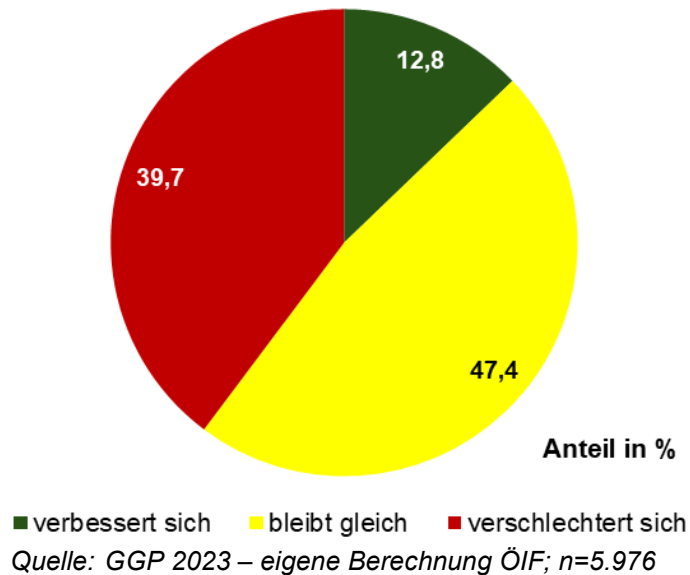
■ keine/sehr geringe Belastung ■ eher geringe Belastung ■ mittlere Belastung
 ■ eher hohe Belastung ■ sehr hohe Belastung

Quelle: GGP 2023 – eigene Berechnung ÖIF; n=6.993/7.036/6.829

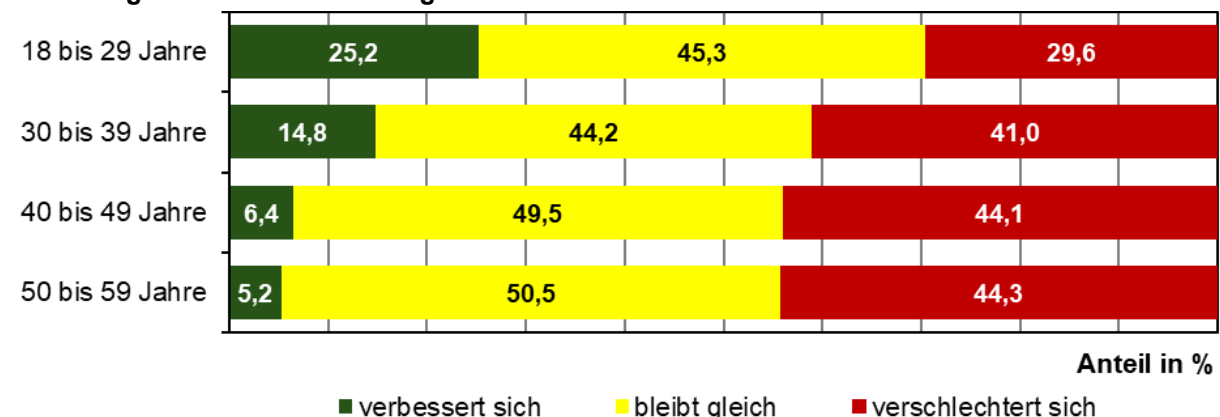
4.3 Erwartete Änderung des Lebensstandards

Bezogen sich die Fragen zur Belastung durch die Krisen konzeptionell auf die unmittelbare Vergangenheit (die letzten drei Monaten), bezieht sich die Frage nach der erwarteten Entwicklung des Lebensstandards auf die Zukunft (die nächsten drei Jahre). Die Frage dazu lautete: „In den nächsten Fragen geht es um die Veränderung Ihrer Erwartungen und Pläne für die nächsten 3 Jahre aufgrund der aktuellen globalen Krisen. Wie wird sich Ihr Lebensstandard verändern?“ Bei den Antworten konnte man zwischen „verschlechtert sich“, „bleibt gleich“ und „verbessert sich“ wählen. Die Frage zielt auf die Erwartungen ab. Wie realistisch diese Erwartungen sind und ob sie tatsächlich eintreten, lässt sich aus den Daten der vorliegenden ersten Erhebungswelle noch nicht ableiten.

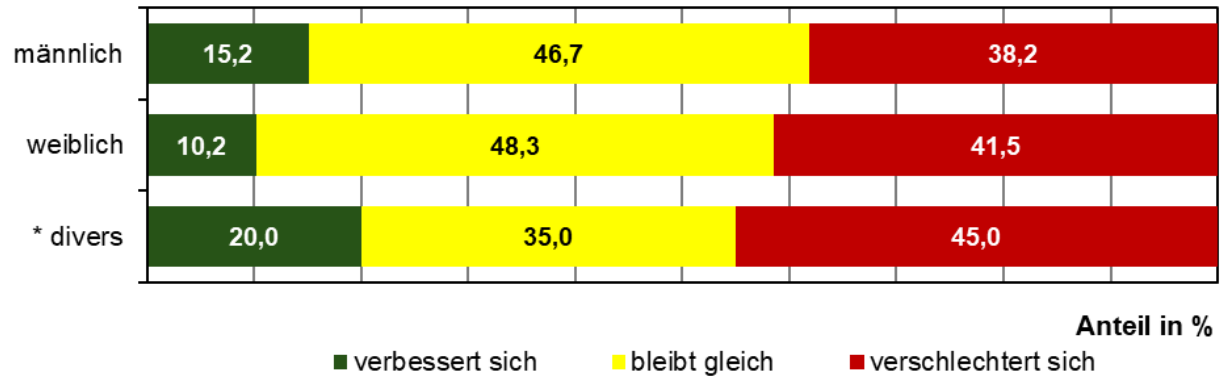
Auch wenn rund die Hälfte der Befragten meint, ihr Lebensstandard würde sich in den nächsten drei Jahren nicht verändern, ist die Stimmung recht negativ. 40 % befürchten eine Verschlechterung, nur 13 % erwarten oder erhoffen sich eine Verbesserung.

Abbildung 8: Erwartete Änderung des Lebensstandards

Die Zukunftsstimmung hängt deutlich vom Alter ab, jüngere Befragte sind weniger pessimistisch als ältere. Zwar sehen auch bei den unter 30-Jährigen mehr Befragte eine Verschlechterung (30 %) als eine Verbesserung (25 %) ihres Lebensstandards, bei den über 40-Jährigen erwarten sich aber deutlich weniger als 10 % eine Verbesserung, jedoch 44 % eine Verschlechterung. Mit dem Alter nimmt der Anteil jener (leicht) zu, die hierbei keine Veränderungen auf sich zukommen sehen. Dass Jüngere häufiger an Verbesserungen glauben, erklärt sich an den unterschiedlichen Lebensphasen. Sie stehen vermehrt am Beginn der Familien- und Berufsplanung und -entwicklung als Ältere. Sie beginnen ihr Erwachsenenleben aufzubauen, wodurch sich schrittweise der Lebensstandard verbessern kann. Hat man sich schon (fast) alles aufgebaut, geht es eher darum den Standard zu halten – das Ausbaupotenzial wird geringer.

Abbildung 9: Erwartete Änderung des Lebensstandards nach Alter

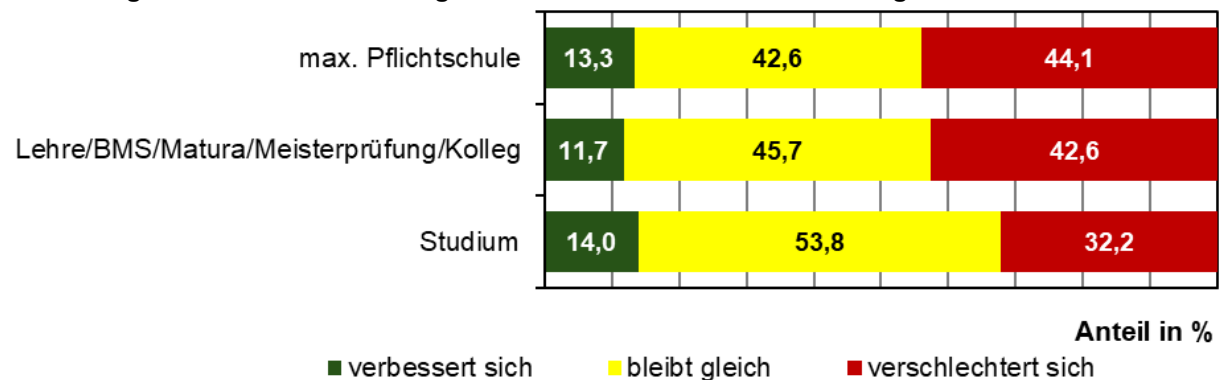
Frauen empfinden nicht nur die Krisen als belastender, sie blicken auch weniger optimistisch in die Zukunft als Männer. Die Unterschiede zeigen sich sowohl auf der positiven als auch auf der negativen Seite. Frauen glauben seltener an eine Verbesserung ihres Lebensstandards und befürchten öfter eine Verschlechterung als Männer.

Abbildung 10: Erwartete Änderung des Lebensstandards nach Geschlecht

Quelle: GGP 2023 – eigene Berechnung ÖIF; n=5.976

Anm.: Aufgrund der geringen Fallzahlen lassen sich die Werte für Befragte, die sich als divers wahrnehmen, nicht hinreichend interpretieren.

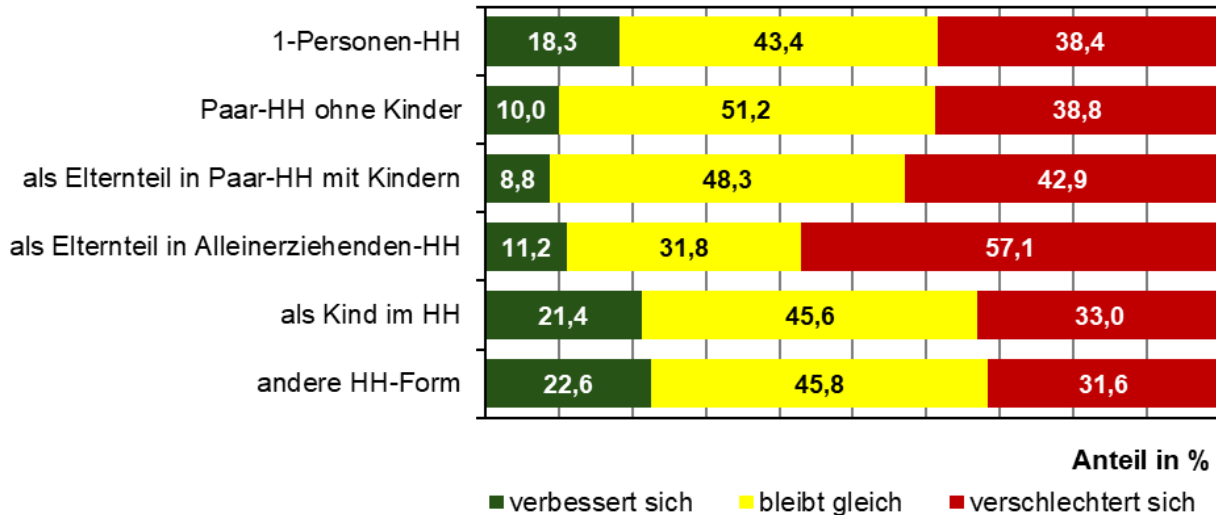
Anders als bei der Differenzierung nach dem Geschlecht wirkt sich das Bildungsniveau vorwiegend auf der Negativseite aus und dies nur bei einem sehr hohen Abschluss. Hat man einen Studienabschluss, befürchtet man seltener eine Verschlechterung und glaubt häufiger an eine Konstanthaltung des Lebensstandards, als wenn man über einen Pflichtschul-/Lehr- oder BMS-Abschluss bzw. die Matura verfügt. Bei den Verbesserungserwartungen treten hingegen kaum Differenzen nach dem höchsten Schulabschluss auf.

Abbildung 11: Erwartete Änderung des Lebensstandards nach Bildung

Quelle: GGP 2023 – eigene Berechnung ÖIF; n=5.876

Alleinerziehende haben erkennbar negative Zukunftsperspektiven. Sie sind die einzige Gruppe, bei der mehr als die Hälfte (57 %) eine Verschlechterung erwartet. Auf der positiven Seite stechen Befragte in 1-Personen-Haushalten und solche, die als Kind mit zumindest einem Elternteil im Haushalt leben, hervor. Von diesen glaubt rund ein Fünftel an eine Verbesserung.

Zwischen der Haushaltsform und dem Alter bestehen enge Zusammenhänge. 73 % der Befragten, die als Kind im Haushalt der Eltern leben, sind unter 30 Jahre alt, unter den Alleinlebenden fallen 29 % in diese Altersgruppe. Dies sind höhere Anteile als bei den übrigen Haushaltsformen. Alleinerziehende sind hingegen älter als die anderen Gruppen, 72 % sind 40 Jahre oder älter, unter den Befragten aus Paar-Haushalten mit und ohne Kinder sind es nur 61 %. Alters- und Haushaltsform-Effekte überlappen somit etwas.

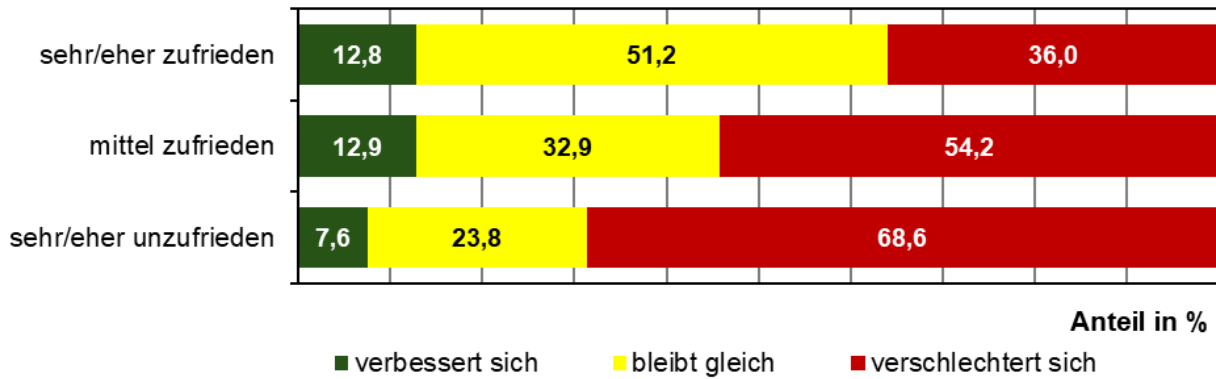
Abbildung 12: Erwartete Änderung des Lebensstandards nach Haushaltsform

Quelle: GGP 2023 – eigene Berechnung ÖIF; n=5.191

Neben den demographischen Merkmalen kann auch die aktuelle (subjektive) Lebenssituation die Zukunftsaussichten beeinflussen. Es wurde zwar nicht nach der Einschätzung des aktuellen Lebensstandards, jedoch nach der aktuellen Lebenszufriedenheit gefragt. Die Frage hierzu war: „Auf einer Skala von 0 bis 10: Alles in allem, wie zufrieden sind Sie zurzeit mit Ihrem Leben? 0 steht für „überhaupt nicht zufrieden“, 10 für „vollkommen zufrieden“.“⁶

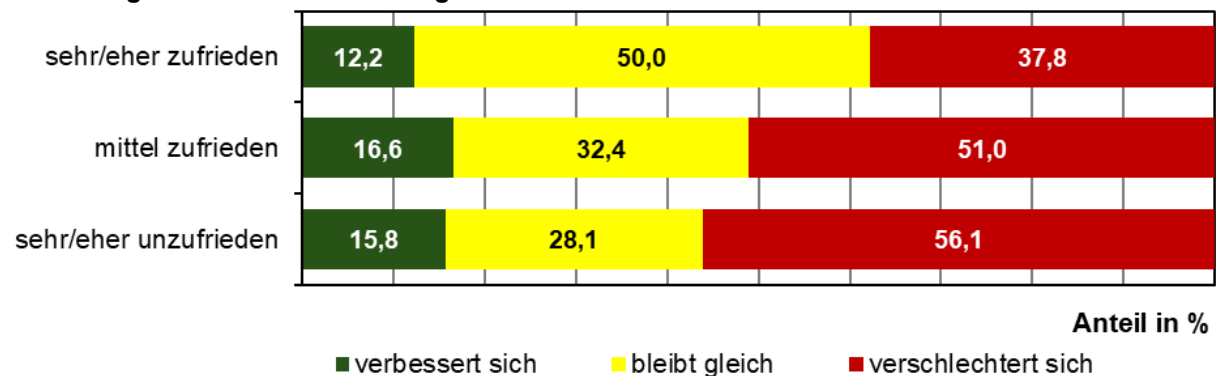
Aktuell sind die Respondent:innen mit dem eigenen Leben überaus zufrieden. 82 % sind eher bis sehr zufrieden, 15 % sind mittel zufrieden und nur 3 % eher oder sogar sehr unzufrieden. Je schlechter die Ausgangsposition ist, desto pessimistischer blicken sie in die Zukunft. Ist man aktuell mit dem Leben unzufrieden, befürchten zwei Drittel eine weitere Verschlechterung – sie sehen sich in einer Abwärtsspirale. An eine positive Wendung glauben nur wenige (8 %). Ist man mit dem derzeitigen Leben eher oder sehr zufrieden, sehen 13 % eine weitere Verbesserung, etwas mehr als ein Drittel sieht für die Zukunft aber eine Verschlechterung. Welches Zufriedenheitsniveau sie nach einem Absinken haben werden, lässt sich aus der aktuellen Befragungswelle nicht ableiten. Diese Analysen sind erst bei den Auswertungen der nächsten Panel-Welle möglich.

⁶ Die Stufen 0 bis 3 wurden für die Auswertungen zur Kategorie „sehr/eher zufrieden“ zusammengefasst, die Stufen 4 bis 6 zu „mittel zufrieden“ und die Stufen 7 bis 10 zur Kategorie „sehr/eher unzufrieden“.

Abbildung 13: Erwartete Änderung des Lebensstandards nach Lebenszufriedenheit

Quelle: GGP 2023 – eigene Berechnung ÖIF; n=5.825

Neben der generellen Lebenszufriedenheit wurde – mit derselben Skala – auch die Wohnzufriedenheit erhoben.⁷ Auch hier sind 86 % sehr/eher zufrieden, 11 % mittel zufrieden und nur 3 % sehr/eher unzufrieden. Bezüglich der erwarteten Änderung des Lebensstandards gilt das Gleiche wie bei der Lebenszufriedenheit: Je schlechter die Ausgangslage ist, desto negativer sind die Zukunftsperspektiven. Auch wenn nur wenige Befragte eine sehr schlechte Ausgangsposition haben, stellt die Perspektivenlosigkeit ein Problem dar.

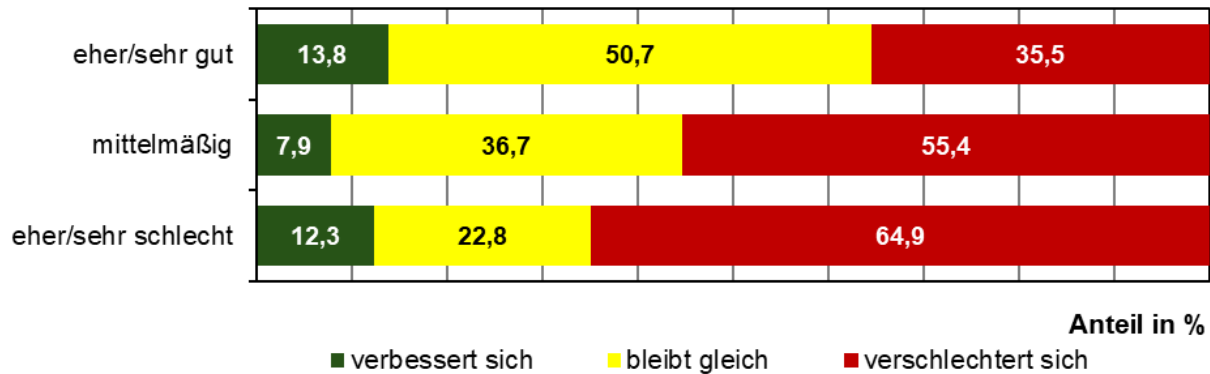
Abbildung 14: Erwartete Änderung des Lebensstandards nach Wohnzufriedenheit

Quelle: GGP 2023 – eigene Berechnung ÖIF; n=5.915

Ähnliche Auswirkungen hat die Frage nach dem aktuellen Gesundheitszustand erfasst.⁸ Für die Auswertungen wurde diese Skala erneut zusammengefasst zu „eher/sehr gut (wählten 81 % der Befragten), „mittelmäßig“ (16 %) und „eher/sehr schlecht“ (3 %). Ein schlechter Gesundheitszustand sorgt für negative Aussichten (bei rund zwei Drittel der Betroffenen), bei einem guten Zustand befürchtet nur ein Drittel eine Verschlechterung des Lebensstandards.

⁷ Frage: „Wie zufrieden sind Sie mit Ihrer Wohnung oder Ihrem Haus? Auf einer Skala von 0 bis 10: Welcher Wert gibt Ihre Zufriedenheit am besten wieder? 0 steht dabei für „überhaupt nicht zufrieden“ und 10 für „vollkommen zufrieden“. Die Stufen 0 bis 3 wurden für die Auswertungen zur Kategorie „sehr/eher zufrieden“ zusammengefasst, die Stufen 4 bis 6 zu „mittel zufrieden“ und die Stufen 7 bis 10 zur Kategorie „sehr/eher unzufrieden“.

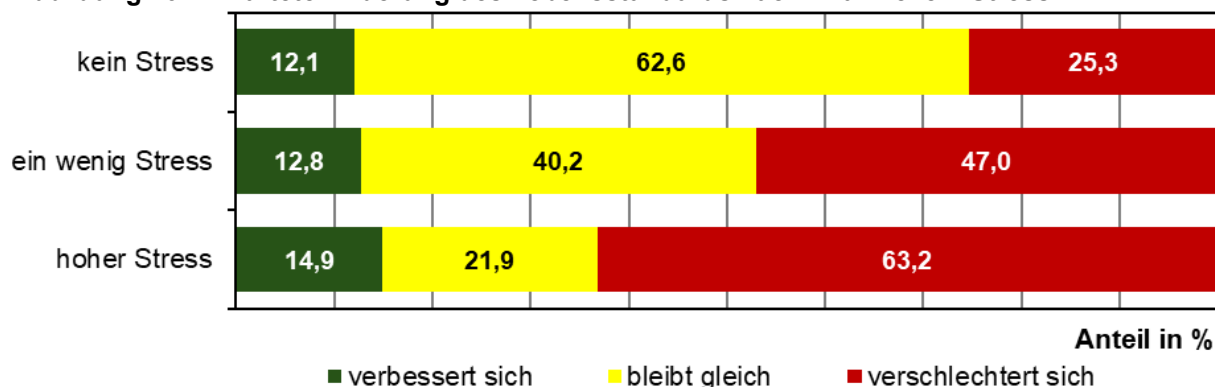
⁸ Frage „Wie ist Ihre Gesundheit im Allgemeinen?“, mit den Antwortmöglichkeiten „sehr gut“, „gut“, „mittelmäßig“, „schlecht“ und „sehr schlecht“.

Abbildung 15: Erwartete Änderung des Lebensstandards nach Gesundheitszustand

Quelle: GGP 2023 – eigene Berechnung ÖIF; n=5.935

Im GGP wurden diverse Stresssituation im Alltag erfasst, eine davon war der finanzielle Stress. Die Frageformulierung hierzu lautete: „In den nächsten Fragen geht es um täglichen Stress. Denken Sie an die letzten drei Monate. Wie hoch war Ihr Stress in folgenden Bereichen?“, die Teilfrage lautete: „Bezüglich Ihrer finanziellen Situation?“. Es gab die Antwortmöglichkeiten „kein Stress“ (wählten 45 %), „ein wenig Stress“ (40 %) und „hoher Stress“ (15 %).

Die finanzielle Situation ist erwartungsgemäß entscheidend für die Entwicklung des Lebensstandards. Hatte man in dem vergangenen drei Monaten keinen finanziellen Stress, glaubt man zu fast zwei Drittel, der eigene Lebensstandard würde sich in den kommenden drei Jahren nicht verändern, weder positiv noch negativ, 12 % erhoffen sich eine Verbesserung, ein Viertel befürchtet trotz aktuell nicht vorhandenen finanziellen Stresses eine Verschlechterung. Verspürt man gegenwertig einen hohen Stress, sehen zwar 15 % eine Verbesserung der Lage, allerdings erwarten sich zwei Drittel eine weitere Verschärfung der Situation. Ein Ausweg aus bestehenden Problemen wird somit mehrheitlich nicht gesehen.

Abbildung 16: Erwartete Änderung des Lebensstandards nach finanziellem Stress

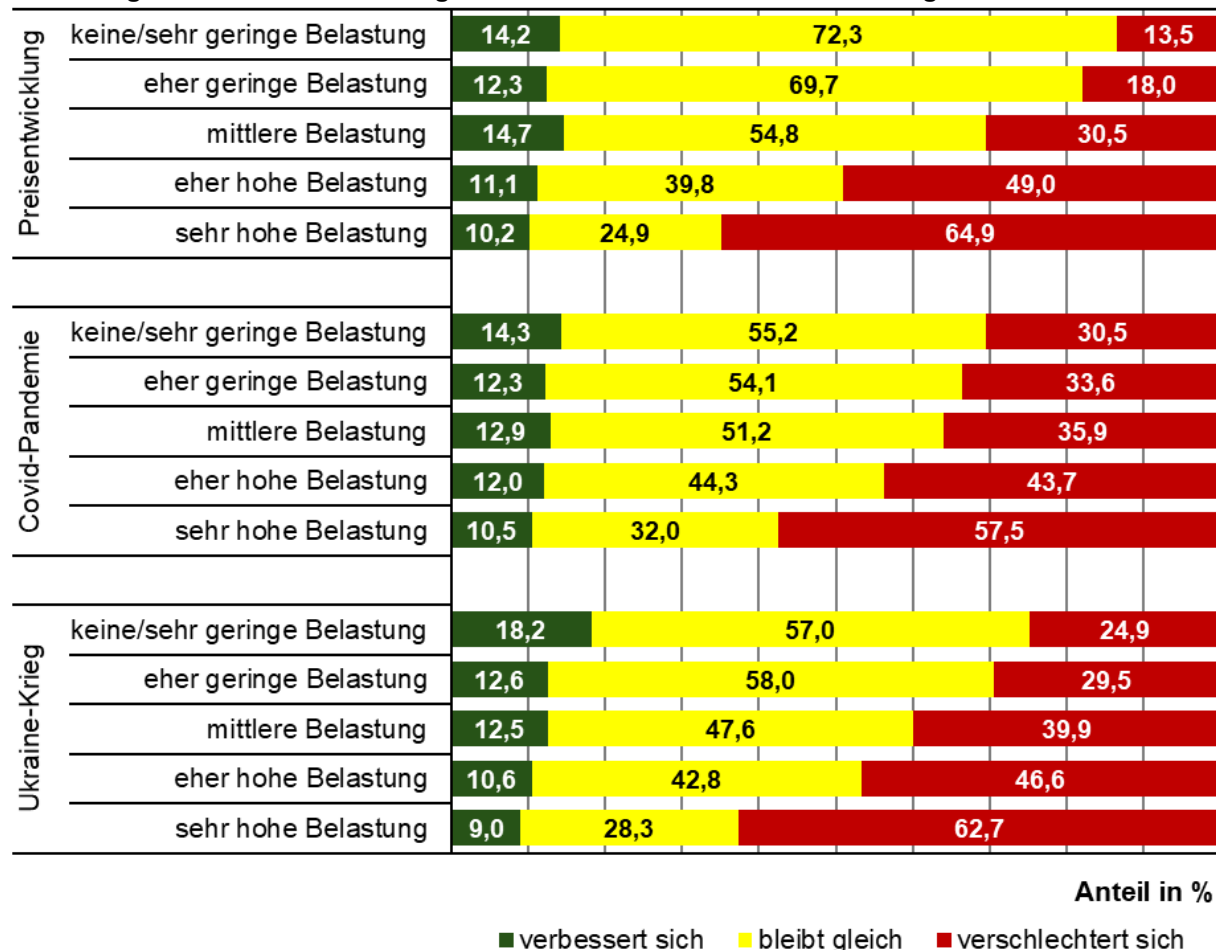
Quelle: GGP 2023 – eigene Berechnung ÖIF; n=5.887

Grundsätzlich gehen die Zufriedenheit mit dem Leben, der Wohnsituation und die finanzielle Situation vielfach einher. Diese Zusammenhänge erklären, warum in den univariaten Auswertungen bei diesen Differenzierungen sehr ähnliche Tendenzen vorliegen. Welche dieser Einflussfaktoren im Zusammenspiel wie stark wirkt und welche Faktoren von anderen überlagert werden, zeigen die multivariaten Analysen in Kapitel 5.

Das Ausmaß der Belastung durch die Krisen wirkt sich – unabhängig von der Art der Krise – negativ auf die Perspektiven zur Entwicklung des Lebensstandards aus. Verschiebungen gibt es in erster Linie zwischen der Verschlechterung und keiner Veränderung, die Effekte auf die Verbesserung sind vergleichsweise gering und am ehesten bezüglich des Ukraine-Kriegs zu sehen. Sind die Belastungen eher hoch, befürchten jeweils mehr als 40 % Verschlechterungen, bei sehr hohen Belastungen sind es jeweils mehr als 50 %.

Dass die Preisentwicklung eine zentrale Rolle spielt, zeigt die sehr hohe Spannweite zwischen keiner/geringer Belastung und einer sehr hohen Belastung. Empfindet man kaum eine Belastung aufgrund der Inflation, glauben nur 14 % an eine Verschlechterung, bei einer sehr hohen Belastung hingegen 65 % (Spannweite 51 Prozentpunkte), beim Ukraine-Krieg reicht sie von 25 % bis 63 % (Spannweite 38 Prozentpunkte) und bei der Covid-Pandemie von 31 % bis 58 % (Spannweite 27 Prozentpunkte).

Abbildung 17: Erwartete Änderung des Lebensstandards nach Belastung durch Krisen



Quelle: GGP 2023 – eigene Berechnung ÖIF; n=5.734/5.763/5.625

4.4 Veränderung des Kinderwunsches

Ein zentraler Punkt des Österreich-Moduls der aktuellen GGP-Welle waren die Auswirkungen der globalen Krisen auf den Kinderwunsch. Es wurde gefragt, ob sich der Kinderwunsch deshalb grundsätzlich veränderte, ob man nun weniger, gleich viele oder mehr Kinder möchte als vor Beginn der drei erfassten Krisen, ob sich die Zeitplanung zur Umsetzung des Kinderwunsches veränderte und wie sicher man sich ist, den Kinderwunsch tatsächlich umsetzen zu können.

Die Fragen zum Kinderwunsch wurden nur Personen gestellt, von denen anzunehmen ist, dass sie grundsätzlich Kinder bekommen können. Daher wurden Frauen ab 50 Jahren nicht zu diesem Themenbereich befragt.⁹ Bei den Vergleichen zwischen Frauen und Männern muss also die unterschiedliche Altersstruktur mitbedacht werden. Frauen wurden nur bis zum Alter von 49 Jahren befragt, Männer bis zum Alter von 59 Jahren. Auch wenn Männer in einer Partnerschaft meist etwas älter sind als ihre weiblichen Partnerinnen¹⁰, kann diese unterschiedliche Altersabgrenzung zu leichten Verzerrungen führen. Um solche Verzerrungen zu vermeiden, werden bei den Auswertungen nach dem Geschlecht nur unter 50-Jährige berücksichtigt. Für die Auswertungen nach dem Alter wurde die Gruppe der 50- bis 59-Jährigen ebenfalls aus der Analyse ausgeschlossen, da diese im Gegensatz zu den jüngeren Altersgruppen nur Männer enthalten würde.

Bei allen Fragen dieses Fragenblocks geht es um die Pläne und die Erwartungen. Ob diese tatsächlich umgesetzt werden, lässt sich aus der aktuellen Erhebungswelle noch nicht feststellen. Ob und wie viele Kinder man tatsächlich bekommt und ob das mit den genannten Plänen übereinstimmt, lässt sich erst in einer Folgewelle des GGP untersuchen. Das Pläne und Ihre Umsetzung nicht immer zusammenpassen, geht aus einer Frage zur zurückliegenden Schwangerschaft mit dem jüngsten Kind hervor. Bei 78 % war diese geplant, bei 13 % war sie nicht geplant, die übrigen 9 % antworteten mit „Ich habe es auf mich zukommen lassen“.

4.4.1 Generelle Änderung des Kinderwunsches

Zum Einstieg wurde eine Frage zur generellen Beibehaltung bzw. Änderung des ursprünglichen Kinderwunsches (vor Beginn der Krisen) gestellt. Sie lautete: „Hat sich angesichts der globalen Krisen Ihr Kinderwunsch (Anzahl der Kinder) geändert?“ Die Antwortmöglichkeiten lauteten „ja“, „bin mir unsicher“, „darüber habe ich noch nicht nachgedacht“, „nein, mein Kinderwunsch ist fix“ und „nein, ich habe mir zuvor keine Kinder (mehr) gewünscht, dabei ist es

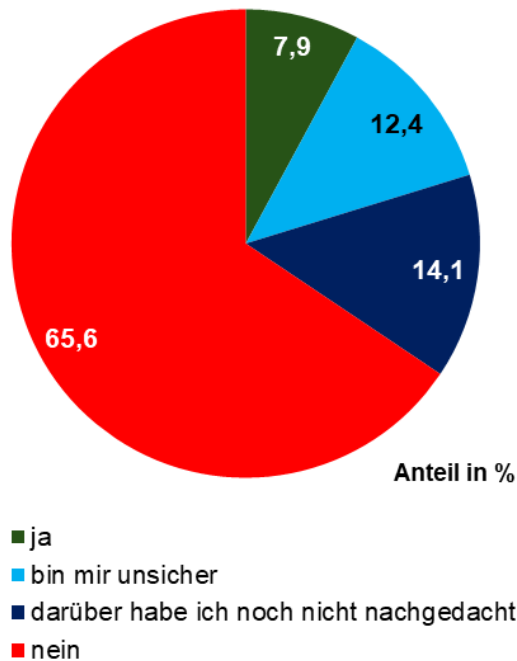
⁹ Befragte, die aufgrund medizinischer Eingriffe, wie zum Beispiel einer Sterilisation, keine leiblichen Kinder mehr bekommen können, bekamen diesen Fragenblock nicht gestellt. Diese Ausschlüsse sind inhaltlich gerechtfertigt und sinnvoll. Befragte, die keine Kinder bekommen können, muss und sollte man nicht zu Planänderungen bezüglich weiterer Kinder befragen, sie reduzieren aber die Zahl der befragten Personen. Auch Befragte, die sich als divers einstufen, bekamen diesen Fragenblock nicht gestellt. Die Einstiegsfrage zu diesem Block wurde insgesamt 6.167 Personen gestellt, allerdings beantwortet rund ein Viertel davon diese Einstiegsfrage nicht. Dies betrifft vor allem Personen, die bereits zuvor angegeben hatten, keinen weiteren Kinderwunsch mehr zu haben, deutet darüber hinaus aber auch auf eine einigermaßen verbreitete Unsicherheit in Bezug auf die inhaltliche Fragestellung hin.

¹⁰ Im Österreich-Modul des GGP ist bei 70 % der heterosexuellen Partnerschaften der Mann älter als seine Partnerin, bei 19 % ist die Frau älter als ihr Partner und bei 11 % sind beide (fast) gleich alt; im Schnitt ist der Mann um 2,7 Jahre älter als die Frau.

geblieben“. Für die Auswertungen wurden die beiden letzten Antwortmöglichkeiten zur Kategorie „nein“ zusammengefasst, da in beiden Fällen keine Änderung bei den Plänen vorliegt.

Bei dieser Einstiegsfrage geben zwei Drittel der Befragten an, den ursprünglichen Wunsch nicht abgeändert zu haben, nur 8 % sagen, dass es eine Änderung gab. Eine Änderung kann bedeuten, dass man nun weniger oder mehr Kinder möchte als früher. Rund ein Viertel traf noch keine eindeutige Entscheidung dazu, sei es, weil sie darüber noch nicht nachdachten oder weil sie sich noch nicht sicher sind, ob sie den Wunsch verändern werden.

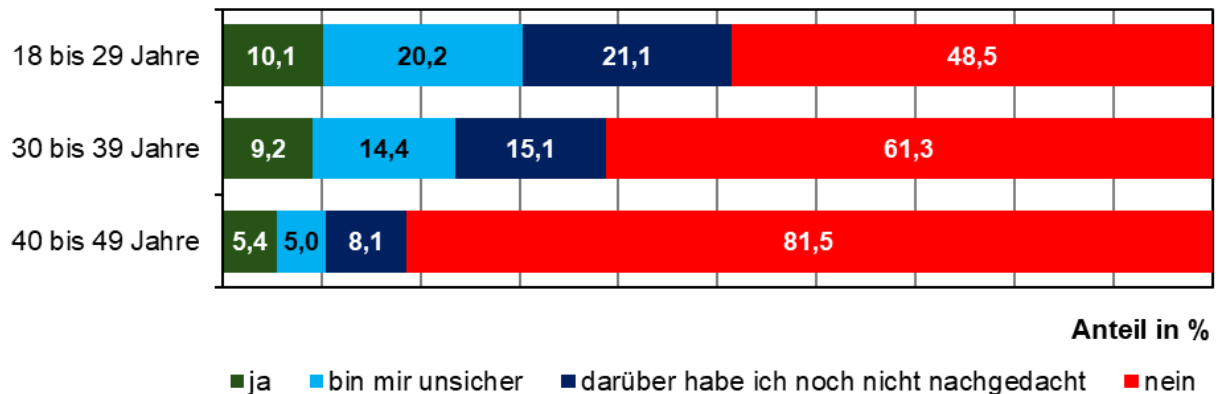
Abbildung 18: Änderung des Kinderwunsches



Quelle: GGP 2023 – eigene Berechnung ÖIF; n=4.705

Jüngere Befragte, die am Beginn oder in der Frühphase der Familien- und Kinderplanung stehen, sind sich bezüglich ihrer Planänderungen deutlich unsicherer als ältere Befragte, die diese Phase zum Teil schon abgeschlossen haben. Jeweils rund ein Fünftel der unter 30-Jährigen antwortete mit „bin mir unsicher“ oder mit „darüber habe ich noch nicht nachgedacht“. Unter den 40- bis 49-Jährigen sind dies nur 5 % bzw. 8 %. Speziell zu Beginn der jüngsten Altersgruppe entwickeln sich die Familien- und Kinderpläne erst.

40- bis 49-Jährige nennen auf diese Frage mit 5 % nur etwa halb so häufig Änderungen ihrer Pläne als die beiden jüngeren Altersgruppen. Bei über 80 % von ihnen gibt es keine konkreten Planänderungen, demgegenüber geben unter 50 % der unter 30-Jährigen an, ihre Pläne unverändert beibehalten zu haben. Ähnlich wie bei der Unsicherheit spielt auch hier der Standpunkt in der fertilen Lebensphase eine zentrale Rolle.

Abbildung 19: Änderung des Kinderwunsches nach Alter

Quelle: GGP 2023 – eigene Berechnung ÖIF; n=4.245

4.4.2 Änderung der Anzahl gewünschter Kinder

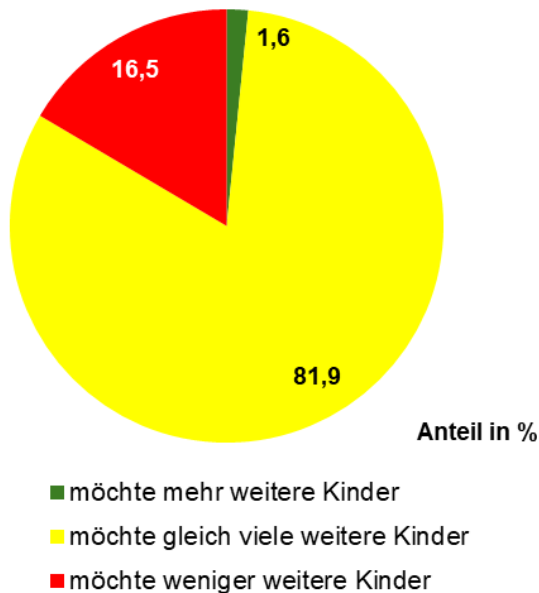
Neben der Frage, ob sich die Anzahl der weiteren, gewünschten Kinder veränderte, wurde auch erhoben, in welche Richtung sich diese Wünsche und Pläne entwickelten. Diese Folgefrage wurde nur Respondent:innen gestellt, die zuvor antworteten, dass es eine Planänderung gab, oder dass man darüber noch nicht nachdachte bzw. ob man sich diesbezüglich noch unsicher ist. Je nachdem, wie man auf die Frage, ob sich der Kinderwunsch wegen der Krisen änderte oder nicht antwortete, bekam man die Frage „Wie haben sich Ihre Pläne in Bezug auf die Anzahl der zusätzlich gewünschten Kinder geändert?“ mit den Antwortmöglichkeiten „Ich wollte vorher keine Kinder (mehr), jetzt aber schon.“, „Ich möchte weniger Kinder als zuvor“, „Ich wollte vorher noch Kinder haben, jetzt aber nicht mehr“ und „Ich möchte mehr Kinder als zuvor“ oder die Frage „Wie würden sich Ihre Pläne wohl am ehesten ändern?“ mit den Antwortmöglichkeiten „Ich wollte vorher keine Kinder (mehr), jetzt aber eher schon“, „Ich möchte jetzt eher weniger Kinder“, „Ich wollte vorher noch Kinder haben, jetzt aber eher nicht mehr“, „Ich möchte jetzt eher mehr Kinder“ und „Ich möchte wohl gleich viele Kinder wie zuvor“ gestellt.

Für die Auswertungen wurden beide Fragen zusammengefügt. Die Antwortmöglichkeiten, dass man mehr oder überhaupt weitere Kinder möchte bzw. dass man weniger oder gar keine weiteren Kinder mehr möchte, wurden dabei zu jeweils einer gemeinsamen Kategorie zusammengezogen. Da rund zwei Drittel zuvor angaben, keine Änderung beim Kinderwunsch zu haben, mussten auch diese Befragten für die Auswertung dieser Fragen mitberücksichtigt und hineingerechnet werden.

Im internationalen Teil der Befragung gab es (deutlich weiter vorne im Fragebogen) die Frage nach der gewünschten Zahl weiterer Kinder. Sie lautete: „Wie viele weitere (leibliche und adoptierte) Kinder möchten Sie noch haben? Zählen Sie bereits vorhandene Kinder nicht mit.“ Die gewünschte Zahl weiterer Kinder konnte hier offen eingegeben werden. Für die Interpretation des Kinderwunsches und dessen Veränderung müssen beide Ergebnisse betrachtet werden. Damit die Werte in Relation zueinander gesetzt werden können, wurde für die Auswertung dieselbe Filterlogik auf beide Fragen angewandt.

Insgesamt betrachtet (Abbildung 20) beeinflussten bei über 80 % der Befragten die Krisen den Kinderwunsch nicht, bei 2 % stieg er sogar an, bei 17 % ging er zurück. Ein Rückgang kann bedeuten, dass man weniger oder gar keine Kinder mehr bekommen möchte. Aus der hohen Konstanz des weiteren Kinderwunsches darf jedoch nicht geschlossen werden, dass die meisten Befragten weiterhin Kinder bekommen möchten. Wie Abbildung 21 zeigt, möchten 53 % keine weiteren Kinder bekommen. Diese 53 % beinhalten sowohl einen Teil jener, die weniger zusätzliche Kinder möchten, als auch einen Teil jener, die ihre Wünsche nicht veränderten.¹¹

Abbildung 20: Änderung gewünschte Zahl weiterer Kinder



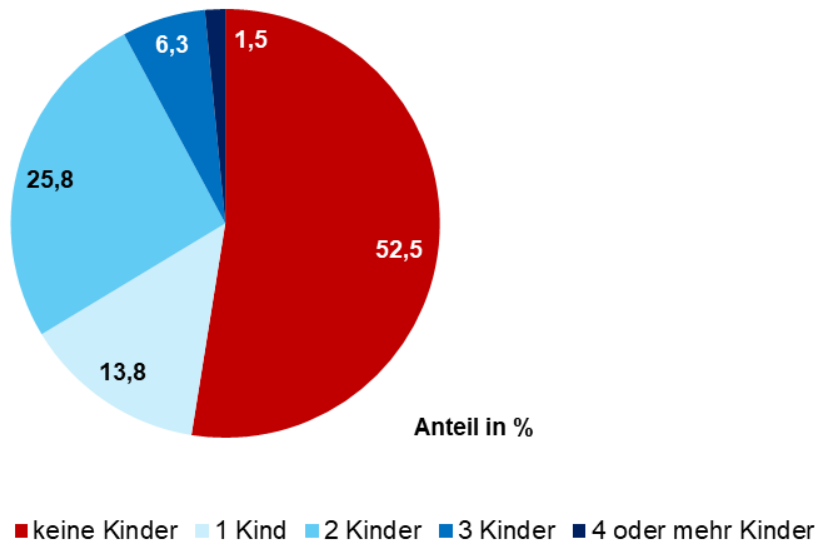
Quelle: GGP 2023 – eigene Berechnung ÖIF; n=4.263

Betrachtet man (zunächst unabhängig von der Zahl bereits vorhandener Kinder) die Wünsche zur Anzahl weiterer Kinder, möchte mehr als die Hälfte keine Kinder mehr bekommen, 14 % wollen ein weiteres Kind, 26 % zwei weitere Kinder und 8 % 3 oder mehr Kinder.

Setzt man die Ergebnisse aus Abbildung 20 und Abbildung 21 in Relation zueinander, gelangt man zur Darstellung in Abbildung 22. Die Höhe der Balken gibt die Verteilung anhand der Änderungswünsche wieder. Da nur sehr wenige Befragte nun mehr Kinder möchten als vor den Krisen, ist dieser Balken sehr niedrig und kann nicht sinnvoll interpretiert werden. Er zeigt aber geringfügige Widersprüche im Antwortverhalten auf. Einige Befragte sagen einerseits, sie möchten nun mehr weitere Kinder, sie gaben aber gleichzeitig an, keine weiteren Kinder bekommen zu wollen. Welche der beiden Antworten vertrauenswürdiger ist, lässt sich nicht eindeutig sagen. Da diese Widersprüche nur selten auftreten, werden die Gesamtergebnisse kaum verzerrt.

¹¹ Anm.: Zuvor keinen weiteren Kinderwunsch gehabt zu haben und aktuell weiterhin keine zusätzlichen Kinder anzustreben, stellt ebenfalls keine Veränderung dar.

Abbildung 21: Gewünschte Zahl weiterer Kinder

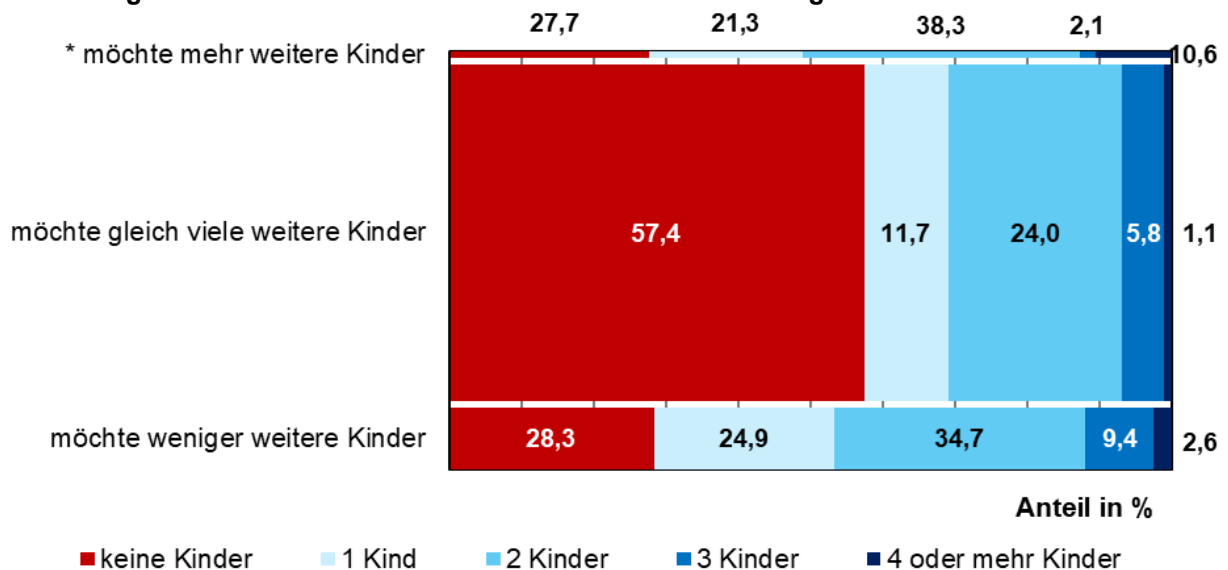


Quelle: GGP 2023 – eigene Berechnung ÖIF; n=3.313

Die größte Gruppe (mit dem entsprechend höchsten Balken) sind jene, die Ihren Kinderwunsch nicht änderten. Mehr als die Hälfte von ihnen (57 %) hatten zuvor keinen weiteren Kinderwunsch, eine Reduktion ist somit nicht möglich. Die in Abbildung 20 ausgewiesene hohe Stabilität des Kinderwunsches erklärt sich großteils aus dieser Gruppe: Rund die Hälfte der Befragten (48 %) wollten zuvor keine weiteren Kinder und sind auch bei dieser Haltung geblieben.

Rund ein Viertel derer, die den Kinderwunsch reduzierten (unterster Balken), wollen nun keine weiteren Kinder. Dies bedeutet nicht, dass sie grundsätzlich kinderlos sein wollen. Viele davon haben bereits Kinder.

Abbildung 22: Gewünschte Zahl weiterer Kinder nach Änderung des Wunsches



Quelle: GGP 2023 – eigene Berechnung ÖIF; n=3.313

Wie viele Kinder man aktuell insgesamt, endgültig möchte bzw. erwartet, lässt sich aus der Summe der Zahl bereits vorhandener Kinder und der gewünschten weiteren Kinderzahl berechnen. Wie viele Kinder man vor den Krisen insgesamt wollte, wurde nicht eindeutig erfasst, es gab im internationalen Teil der Studie lediglich eine Frage zur idealen eigenen Kinderzahl. Sie lautete: „Für Sie persönlich: Was wäre die ideale Zahl von Kindern, die Sie gerne hätten oder gehabt hätten?“ Auch hier konnte die ideale Kinderzahl offen angegeben werden.

Die ideale Kinderzahl ist nicht gleichzusetzen mit der tatsächlich angestrebten, als realistisch angesehenen, endgültigen Kinderzahl, weder jetzt noch vor der Krise. Erschwerende Rahmenbedingungen können die Umsetzung dieser Idealvorstellungen zu beiden Zeitpunkten verhindern. Der Vergleich aus der (derzeit) erwarteten endgültigen Kinderzahl und den Idealvorstellungen kann dennoch als ein Indikator für die Umsetzbarkeit der Idealvorstellungen gesehen werden (zur subjektiven Sicherheit die aktuellen Pläne umsetzen zu können, gab es eigene Fragen; vgl. Kapitel 4.4.4).

Tabelle 3 stellt die ideale Kinderzahl und die erwartete, endgültige Kinderzahl gegenüber. Die Spalten der Tabelle bilden ab, wie viele Kinder man endgültig erwartet. Dies ist die Summe aus den bereits vorhandenen Kindern und der Zahl der geplanten, weiteren Kinder. Demnach werden 11 % der Befragten dauerhaft kinderlos bleiben, 12 % werden insgesamt ein Kind haben, 50 % zwei Kinder und 18 % drei Kinder. In den Zeilen wird die grundsätzlich ideale, eigene Kinderzahl abgebildet. Demnach sehen 8 % für sich die Kinderlosigkeit als ideal an, für 9 % wäre insgesamt ein Kind ideal, für 56 % zwei Kinder und für 21 % drei Kinder.

Tabelle 3: Ideale und erwartete, endgültige Kinderzahl

		Anteil in %						
		erwartete, endgültige Kinderzahl						ideale Kinderzahl ges.
		keine Kinder	1 Kind	2 Kinder	3 Kinder	4 Kinder	5 oder mehr Kinder	
ideale Kinderzahl	keine Kinder	6,6	0,6	0,3	0,2	0,1	0,0	7,8
	1 Kind	1,1	5,9	1,2	0,5	0,1	0,2	8,9
	2 Kinder	2,6	5,1	42,3	3,4	0,9	1,3	55,6
	3 Kinder	0,6	0,8	4,8	12,8	1,1	1,0	21,0
	4 Kinder	0,1	0,0	0,9	1,1	2,2	0,5	4,8
	5 oder mehr Kinder	0,1	0,1	0,1	0,2	0,5	1,0	1,9
erwartete Kinderzahl ges.		11,1	12,4	49,6	18,1	4,8	3,9	100,0

ideale Kinderzahl ist größer als die erwartete Kinderzahl:

18,0 %

ideale Kinderzahl ist gleich groß wie die erwartete Kinderzahl:

70,6 %

ideale Kinderzahl ist kleiner als die erwartete Kinderzahl:

11,4 %

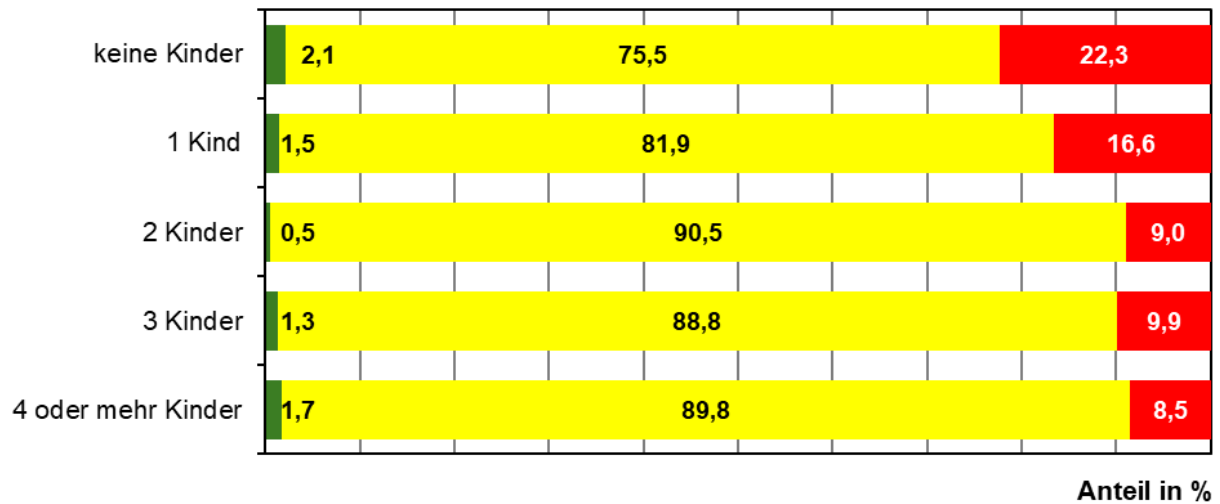
Quelle: GGP 2023 – eigene Berechnung ÖIF; n=3.164

Anm.: Die summierten Prozentwerte unter der Abbildung basieren auf den nicht-grupperten Werten. Für sie wurden nicht mit den gruppierten Werten (5 oder mehr Kinder), sondern mit den konkreten Werten (z.B. 5 Kinder, 6 Kinder, 7 Kinder, ...) gerechnet.

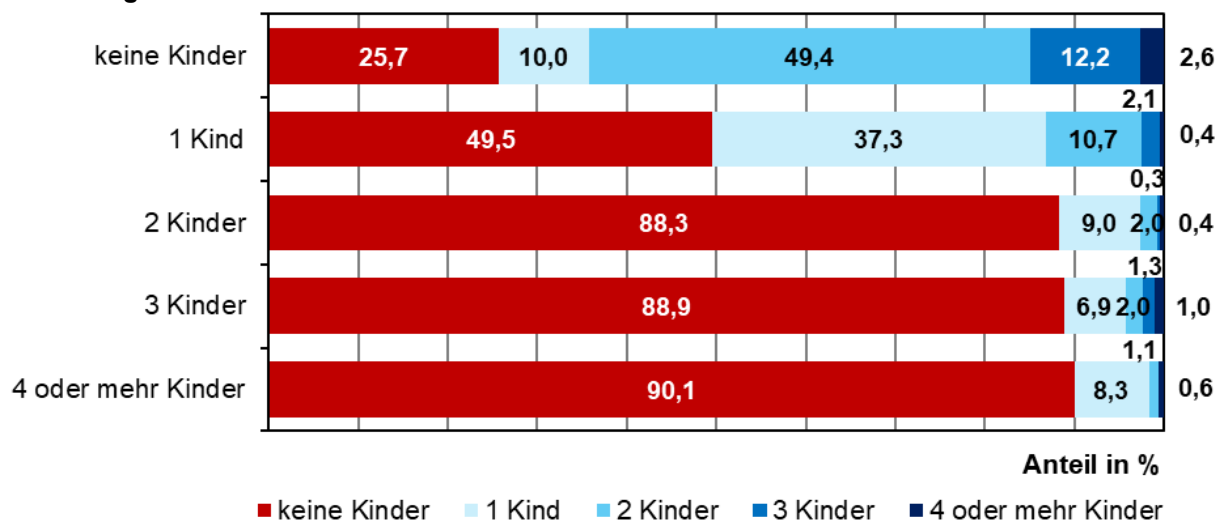
In der grün unterlegten Diagonale befinden sich Respondent:innen, bei denen beide Werte übereinstimmen, sie werden ihre Idealvorstellungen vermutlich umsetzen können. So sehen zum Beispiel 6 % ein Kind als ideal an und werden voraussichtlich nur ein Kind haben, 42 % wollen selbst zwei Kinder haben und empfinden dies auch als gesamtgesellschaftlich ideal. Zählt man die Werte dieser Diagonale zusammen, gelangt man zur Summe von 71 %. Somit stimmt bei knapp drei Viertel der Befragten die Idealvorstellung mit der endgültigen Realität (voraussichtlich) überein.

Im linken unteren Teil der Tabelle (blau unterlegt) befinden sich Studienteilnehmer:innen, die ihre Idealvorstellungen nicht vollständig umsetzen werden können. Ihre gesellschaftlich ideale Kinderzahl liegt über ihrer persönlich erwarteten endgültigen Kinderzahl. Für 5 % wären beispielsweise zwei Kinder ideal, sie werden wahrscheinlich aber nur ein Kind haben. In Summe liegt bei fast einem Fünftel (18 %) die ideale Kinderzahl über der (voraussichtlich) realisierten Zahl. Im rechten, oberen Teil der Tabelle (gelb unterlegt) befinden sich Studienteilnehmer:innen, die mehr Kinder haben (wollen), als es ihren subjektiven gesellschaftsbezogenen Idealvorstellungen entspricht. Beispielsweise drei anstelle von zwei Kindern (trifft auf 3 % der Befragten zu). In Summe übersteigt bei 11 % die reale Kinderzahl die Idealvorstellung. Fasst man beide Abweichungen zusammen, treten bei fast 30 % Unterschiede zwischen den Idealvorstellungen und der Realität auf. Die Krisen, die generellen Rahmenbedingungen, die Einigkeit bzw. Uneinigkeit mit dem Partner bzw. der Partnerin, das Vorhandensein bzw. Fehlen eines geeigneten Partners bzw. einer geeigneten Partnerin sowie die Geplantheit oder Ungeplantheit von Schwangerschaften spielen eine entscheidende Rolle.

Ob und wie sich der weitere Kinderwunsch durch die Krisen veränderte, hängt stark von der Zahl bereits vorhandener Kinder ab. Hat man bereits zwei oder mehr Kinder, nehmen für rund 90 % die Krisen keinen Einfluss auf den weiteren Kinderwunsch, ist man noch kinderlos, trifft dies auf 75 % zu (Abbildung 23). Unter den noch Kinderlosen reduzierten 22 % ihren Kinderwunsch, 2 % erhöhten ihn. Diese Unterschiede resultieren vorrangig aus der grundsätzlich gewünschten weiteren Kinderzahl (Abbildung 24). Wer bereits zwei oder mehr Kinder hat, ist meist etwas älter und hat die Kinderplanung und deren Umsetzung vielfach bereits abgeschlossen, unabhängig von den Krisen. Rund 90 % planen keine weiteren Kinder. Von den noch Kinderlosen will ein Viertel weiterhin kinderlos bleiben. Dies umfasst sowohl jene, die wegen der Krisen keine Kinder bekommen möchten als auch jene, die bereits zuvor keine Kinder bekommen wollten. Rund die Hälfte der Befragten ohne Kinder möchte trotz oder wegen der Krisen zwei Kinder bekommen, 15 % drei oder mehr, 10 % wollen nur ein Kind bekommen. Von den Respondent:innen mit einem Kind will die Hälfte es dabei belassen, 37 % wünschen sich ein zweites Kind, 13 % möchten noch mindestens zwei Kinder bekommen.

Abbildung 23: Änderung gewünschte Zahl weiterer Kinder nach Anzahl vorhandener Kinder


■ möchte mehr weitere Kinder ■ möchte gleich viele weitere Kinder ■ möchte weniger weitere Kinder
 Quelle: GGP 2023 – eigene Berechnung ÖIF; n=4.263

Abbildung 24: Gewünschte Zahl weiterer Kinder nach Anzahl vorhandener Kinder


■ keine Kinder ■ 1 Kind ■ 2 Kinder ■ 3 Kinder ■ 4 oder mehr Kinder
 Quelle: GGP 2023 – eigene Berechnung ÖIF; n=3.313

Die zuvor angesprochenen Alterseffekte bei der Familienplanung zeigen sich in den folgenden Abbildungen sehr deutlich. 91 % der 40- bis 49-Jährigen veränderten ihren weiteren Kinderwunsch nicht (Abbildung 25), 92 % haben keinen weiteren Wunsch (Abbildung 26). Von den 18 bis 29-Jährigen, die am Beginn ihrer fertilen Lebensphase stehen, reduzierte zwar ein Viertel ihren weiteren Kinderwunsch, für über 70 % haben die Krisen aber keinen Einfluss. Es wollen immer noch 55 % zwei (weitere) Kinder bekommen, 18 % sogar drei oder mehr (weitere) Kinder. 30- bis 39-Jährige nehmen eine mittlere Position ein. In dieser Altersgruppe werden besonders häufig Kinder geboren, im Jahr 2023 waren bei 56 % der Geburten die Mütter 30 bis 39 Jahre alt (Kaindl & Schipfer 2024). In dieser Altersgruppe verringerte sich bei einem Fünftel der weiteren Kinderwunsch, knapp die Hälfte möchte keine weiteren Kinder bekommen, rund ein Viertel möchte genau ein weiteres Kind.

Auf die endgültig angestrebte Kinderzahl wirkt sich das Alter deutlich geringer aus (Abbildung 27). Demnach wünschen in allen drei Altersgruppen jeweils 12 % kinderlos zu bleiben. In der

jüngsten Altersgruppe ist das Zwei-Kind-Ziel stärker ausgeprägt als bei den beiden anderen Altersgruppen, nur ein Kind bzw. vier oder mehr Kinder werden hingegen seltener angestrebt.

Abbildung 25: Änderung gewünschte Zahl weiterer Kinder nach Alter

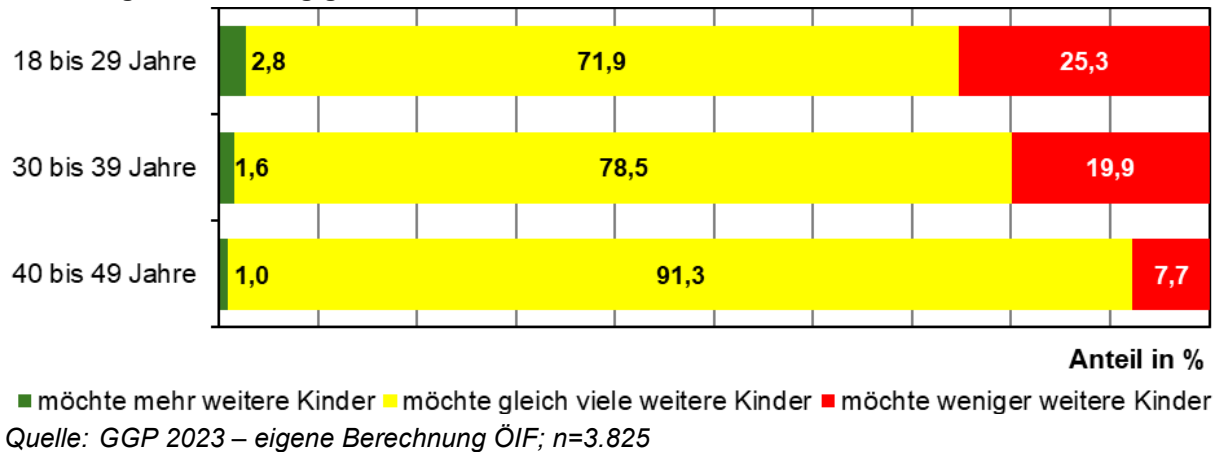


Abbildung 26: Gewünschte Zahl weiterer Kinder nach Alter

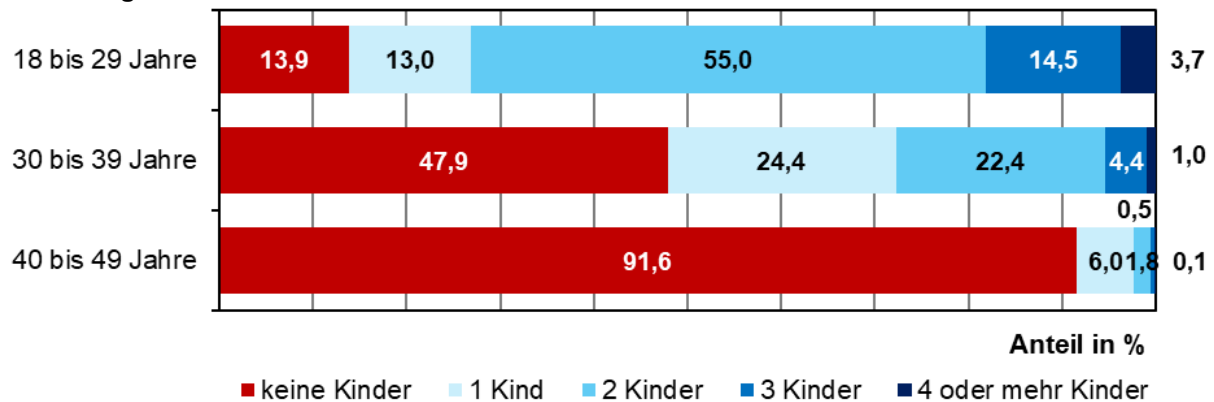
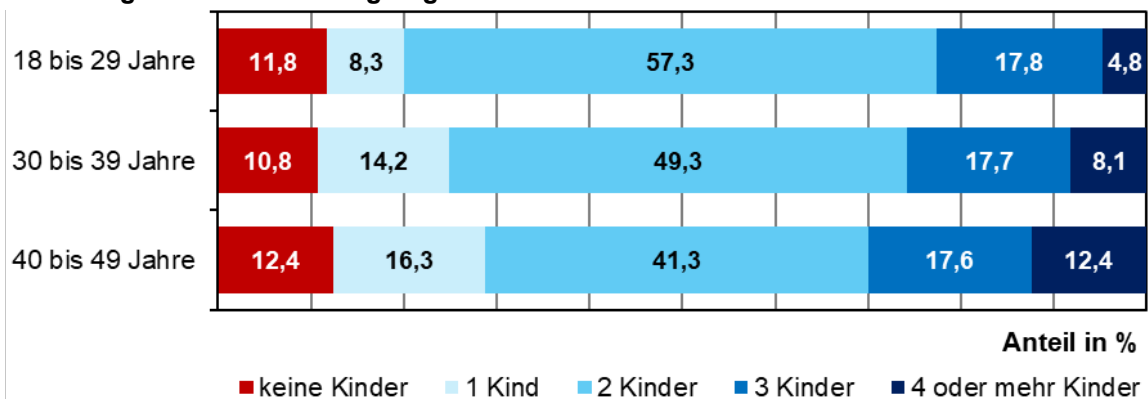


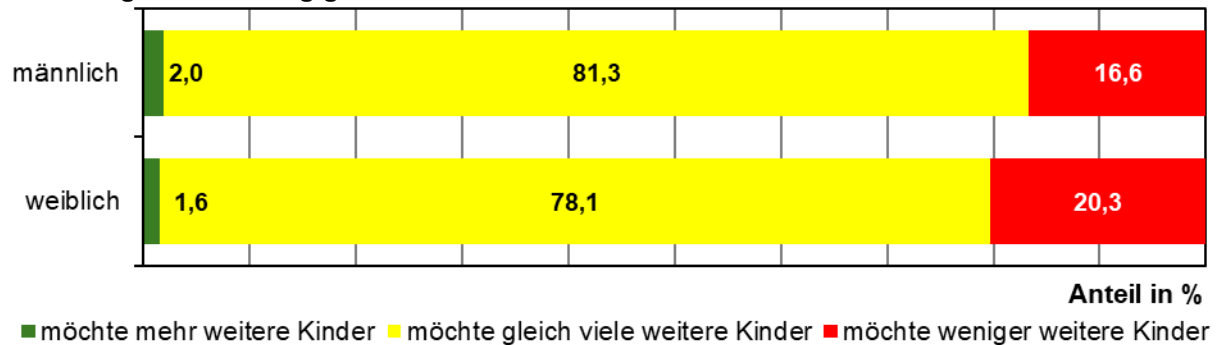
Abbildung 27: Erwartete endgültige Kinderzahl nach Alter



Schließt man beim Geschlechtervergleich zumindest 50-Jährige aus den Analysen aus – diese wären ausschließlich Männer – reduzieren Frauen tendenziell öfter ihren weiteren Kinderwunsch als Männer (20 % bzw. 17 %; Abbildung 28), sie möchten auch öfter keine weiteren Kinder bekommen als Männer (52 % bzw. 45 %; Abbildung 29), bezüglich der Wünsche und

Erwartungen zur endgültigen Kinderzahl sind die Sichtweisen jedoch sehr ähnlich. Bei dieser Differenzierung sind die Zusammenhänge mit der Haushaltsform zu bedenken (vgl. Abbildung 34 bis Abbildung 36): Frauen leben öfter in Alleinerziehenden-Haushalten als Männer.

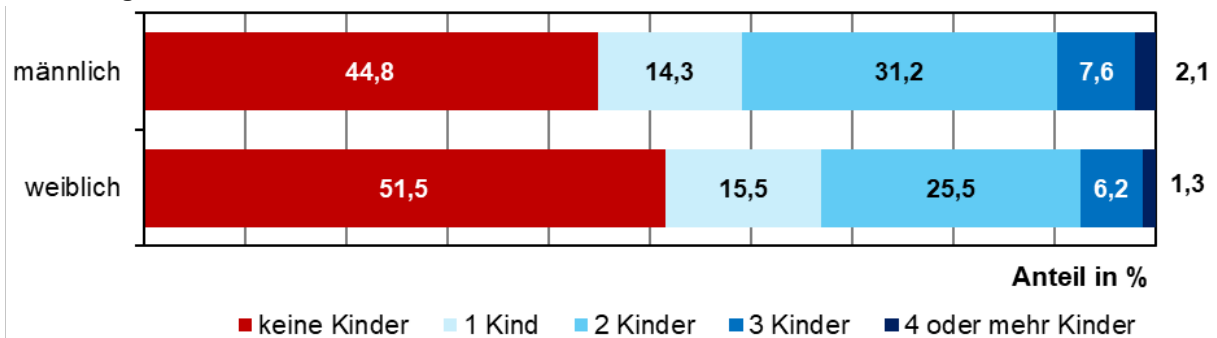
Abbildung 28: Änderung gewünschte Zahl weiterer Kinder nach Geschlecht



Quelle: GGP 2023 – eigene Berechnung ÖIF; n=3.825

Anm.: nur unter 50-Jährige

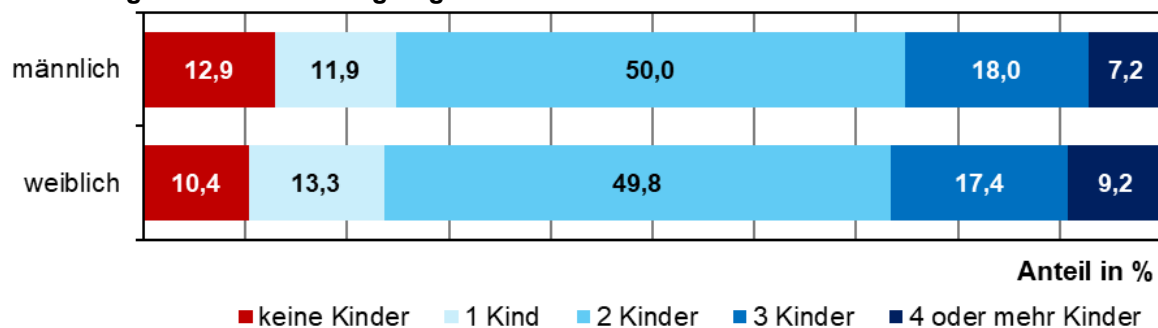
Abbildung 29: Gewünschte Zahl weiterer Kinder nach Geschlecht



Quelle: GGP 2023 – eigene Berechnung ÖIF; n=3.099

Anm.: nur unter 50-Jährige

Abbildung 30: Erwartete endgültige Kinderzahl nach Geschlecht



Quelle: GGP 2023 – eigene Berechnung ÖIF; n=3.099

Anm.: nur unter 50-Jährige

Die Bildung wirkt sich nicht entscheidend auf die Veränderungen der weiteren Kinderplanung aus. Jeweils 15 % bis 18 % möchten nun weniger Kinder bekommen (Abbildung 31). Befragte mit Pflichtschulabschluss möchten zwar öfter (59 %) keine weiteren Kinder bekommen als Befragte mit Lehr-/BMS-/Matura-Abschluss (55 %) bzw. als Akademiker:innen (47 %; Abbildung 32), dies erklärt sich aber vorrangig aus der Zahl bereits vorhandener Kinder. Bezieht man diese mit ein und betrachtet die endgültig angestrebte Kinderzahl (Abbildung 33), wollen bzw.

werden die Pflichtschulabsolvent:innen die meisten Kinder und die Akademiker:innen die wenigsten Kinder haben; kinderlos wollen bzw. werden alle drei Gruppen hingegen gleich oft bleiben.

Abbildung 31: Änderung gewünschte Zahl weiterer Kinder nach Bildung

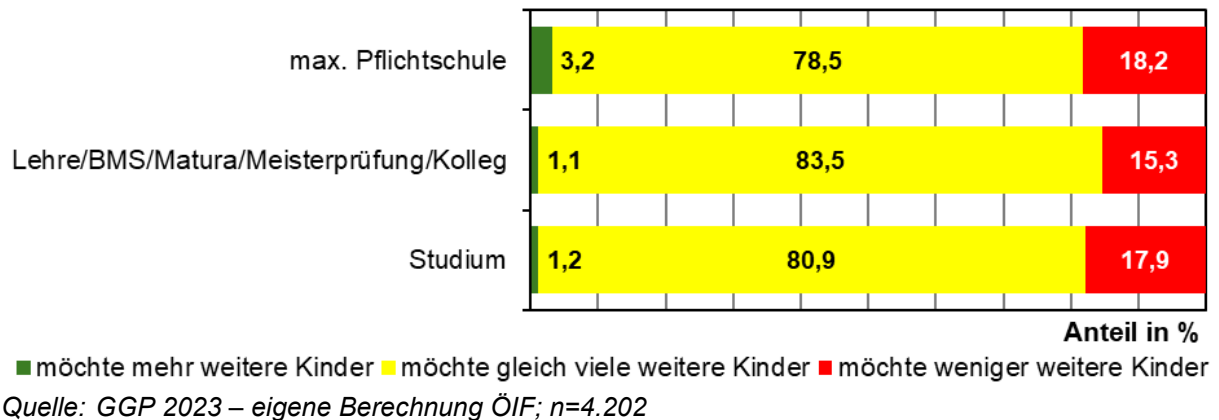


Abbildung 32: Gewünschte Zahl weiterer Kinder nach Bildung

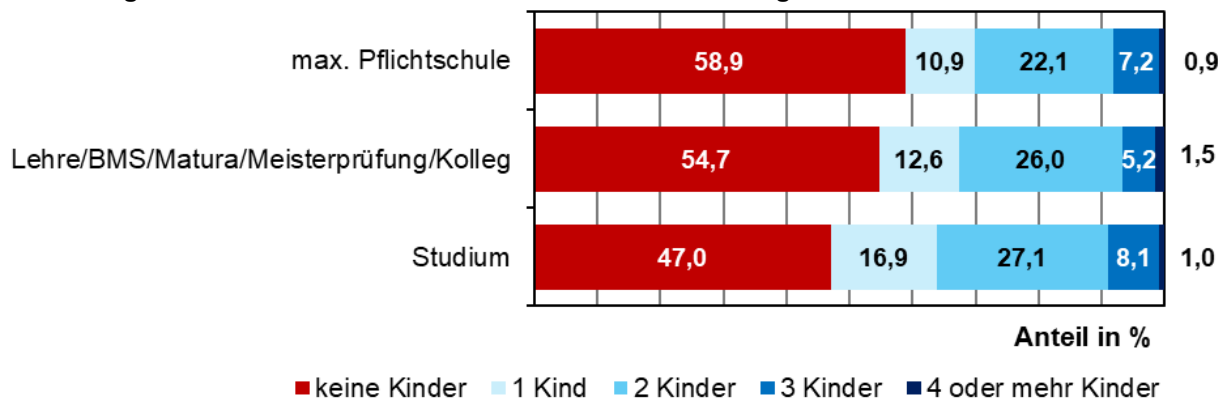
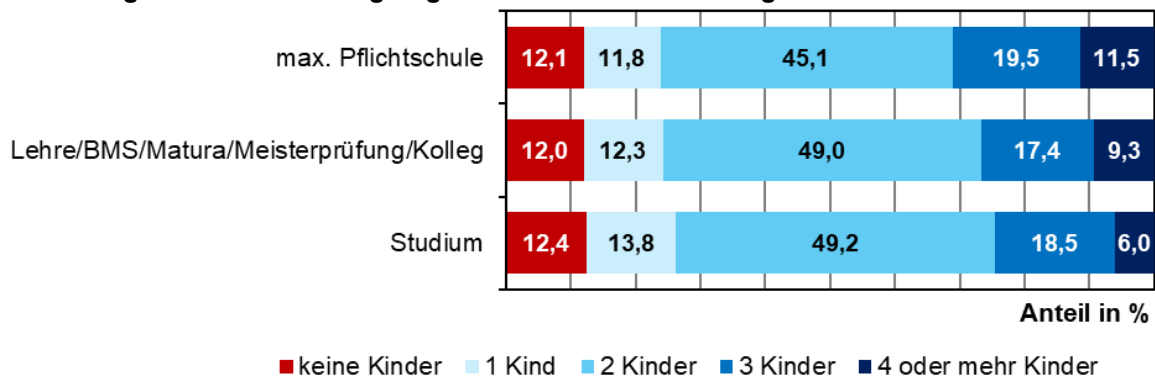
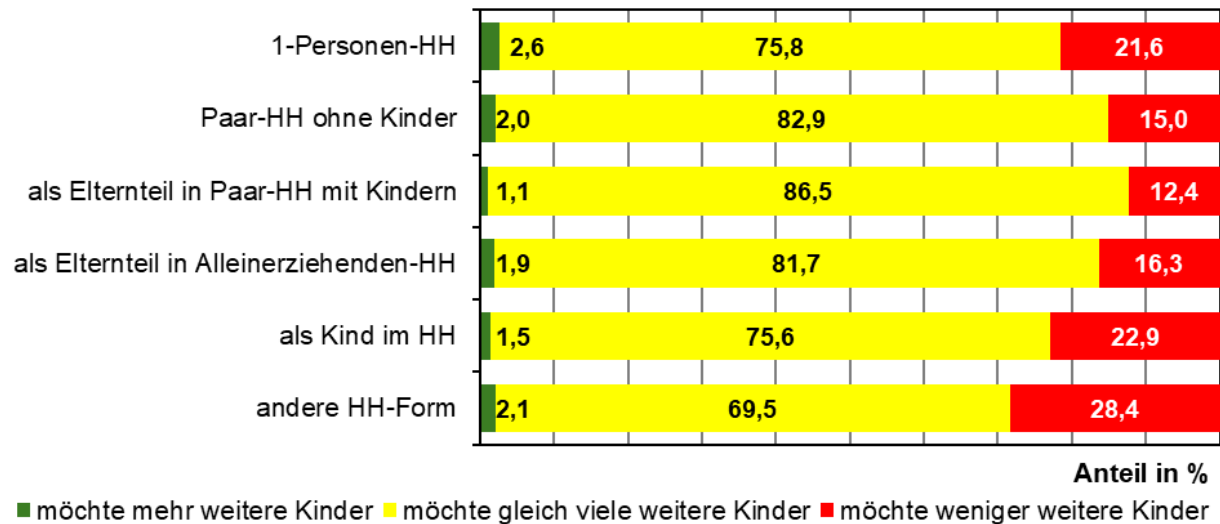


Abbildung 33: Erwartete endgültige Kinderzahl nach Bildung



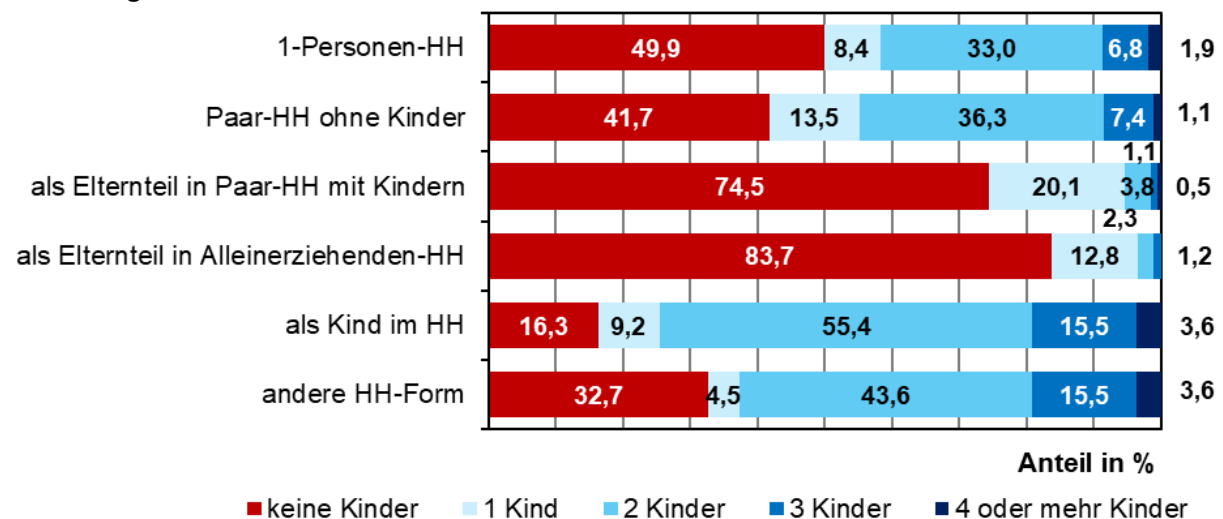
Wesentlich größer sind die nach Haushaltsform differenzierten Planänderungen. Mehr als ein Fünftel der allein Lebenden und der Kinder, die mit zumindest einem Elternteil zusammenwohnen, reduzierten ihre künftigen Kinderpläne. Unter den Paaren mit zumindest einem Kind im Haushalt taten dies nur 12 % (Abbildung 34).

Abbildung 34: Änderung gewünschte Zahl weiterer Kinder nach Haushaltsform

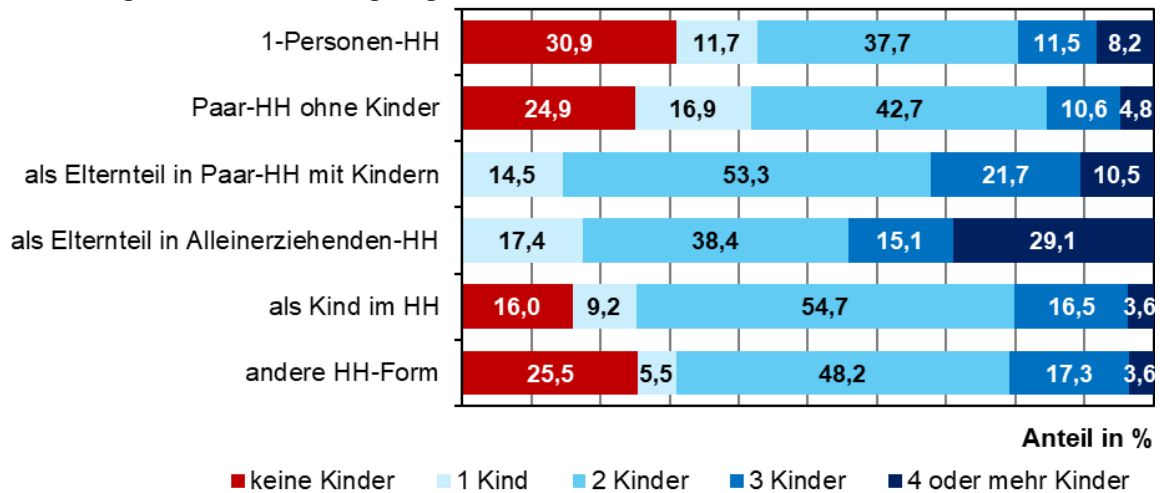
Quelle: GGP 2023 – eigene Berechnung ÖIF; n=3.802

Auch wenn der Reduktionswunsch bei den Kindern und bei den allein Lebenden ähnlich stark ausfällt, unterscheiden sie sich bezüglich der gewünschten Kinderzahl deutlich. Lebt man mit den Eltern zusammen, hat man meist noch keine eigenen Kinder, von den befragten allein Lebenden hat rund ein Viertel bereits mindestens ein Kind. Daher will rund die Hälfte der allein Lebenden keine (weiteren) Kinder bekommen, unter den Befragten, die mit ihren Eltern wohnen, wollen dies gegenwärtig nur 16 % (Abbildung 35). Generell, dauerhaft kinderlos will bzw. wird knapp ein Drittel der allein Wohnenden bleiben, 12 % streben ein Kind und 38 % zwei Kinder an. Wohnt man selbst noch als Kind im Haushalt, wollen 16 % dauerhaft keine Kinder, 9 % möchten ein Kind und mehr als die Hälfte (55 %) zwei Kinder (Abbildung 36).

Drei Viertel der Paare mit Kindern im Haushalt und 84 % der Alleinerziehenden möchten keine weiteren Kinder. Da diese Befragten zumindest ein Kind haben müssen, gibt es in Abbildung 36 bei ihnen niemand, der:die dauerhaft kinderlos sein wird. In Folge sind die Prozentwerte bei ein, zwei, drei und vier oder mehr Kindern deutlich höher.

Abbildung 35: Gewünschte Zahl weiterer Kinder nach Haushaltsform

Quelle: GGP 2023 – eigene Berechnung ÖIF; n=2.948

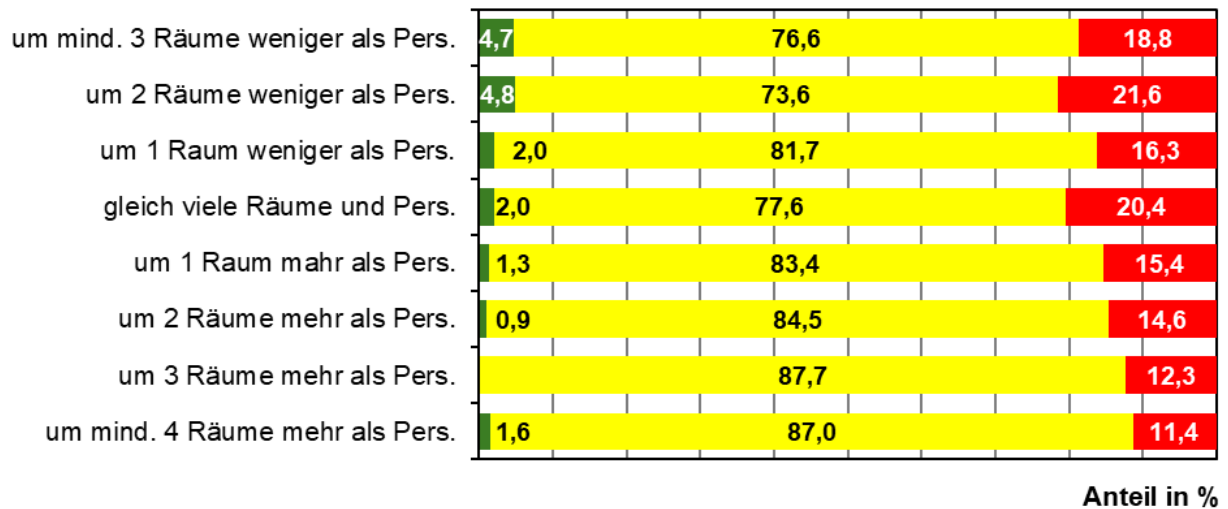
Abbildung 36: Erwartete endgültige Kinderzahl nach Haushaltsform

Quelle: GGP 2023 – eigene Berechnung ÖIF; n=2.948

Bei der relativen Wohnungsgröße – der Differenz aus der Anzahl der Zimmer¹² und der Haushaltsgröße – sind Effekte in beide Richtungen zu bedenken: beengte Wohnverhältnisse können, sofern kein mittelbarer Umzug geplant ist, einen Hemmfaktor für weitere Kinder darstellen. Sie können aber auch das Resultat vieler Kinder sein. Freie Zimmer (mehr Räume als Personen) kann es geben, weil man vorbeugend Kapazitäten für weitere Kinder haben möchte, sie können aber auch durch den Auszug von erwachsenen Kindern oder durch die Trennung vom Partner bzw. von der Partnerin entstehen. Weniger klassische Wohnformen, wie das Zusammenwohnen mit anderen Verwandten als Kindern, Eltern und dem:der Partner:in, können ebenfalls zu einer beengten Wohnsituation führen und in Zusammenhang mit finanziellen Problemen stehen. Auch solche Haushaltskonstellationen müssen hier mitgedacht werden.

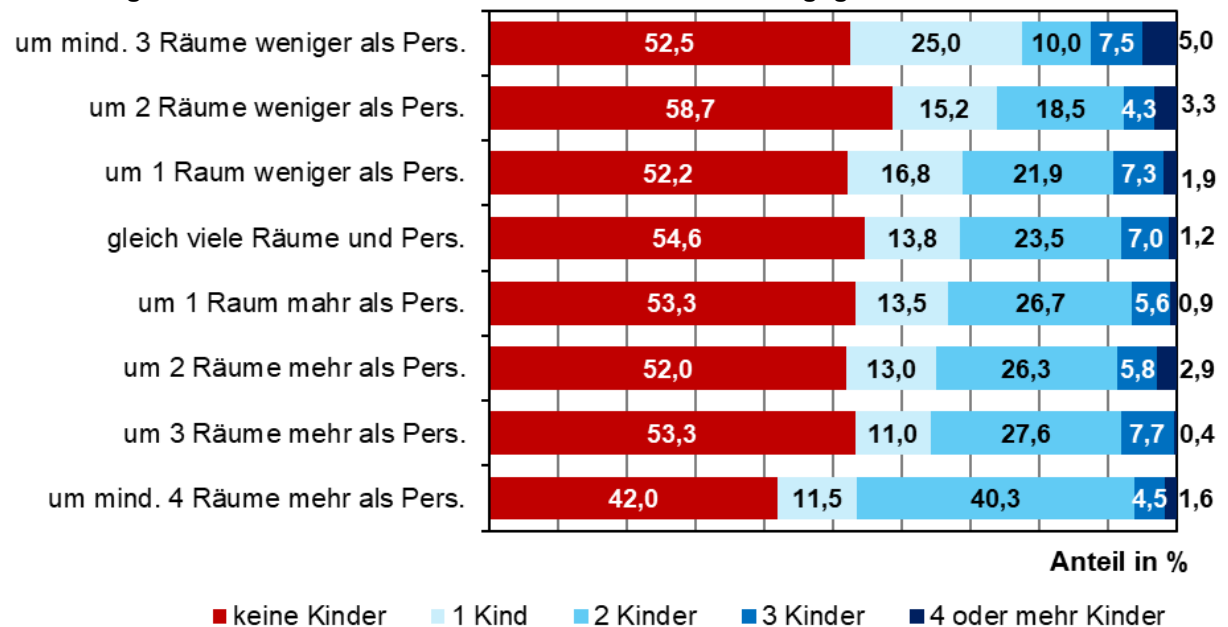
Beengte Wohnverhältnisse führen zu einer Reduktion des weiteren Kinderwunsches. Gibt es mehr Personen als Zimmer, verringerte sich die gewünschte Kinderzahl öfter, als wenn es mehr Zimmer als Personen im Haushalt gibt (Abbildung 37). Man möchte dann tendenziell öfter ein weiteres und seltener zwei weitere Kinder; auf den Wunsch, gar keine weiteren Kinder zu bekommen, wirkt sich die Wohnungsgröße hingegen kaum aus (Abbildung 38).

¹² Es werden hier nicht alle Zimmer der Wohnung/des Hauses gezählt. Die Frage zur Zimmerzahl lautete: „Wie viele Wohnräume gibt es in Ihrem Haus beziehungsweise Ihrer Wohnung? Bitte NICHT mitzählen: Badezimmer, Toilette, Abstellkammer, Vorzimmer, Gang, separate Küche oder ausschließlich beruflich genutztes Zimmer“.

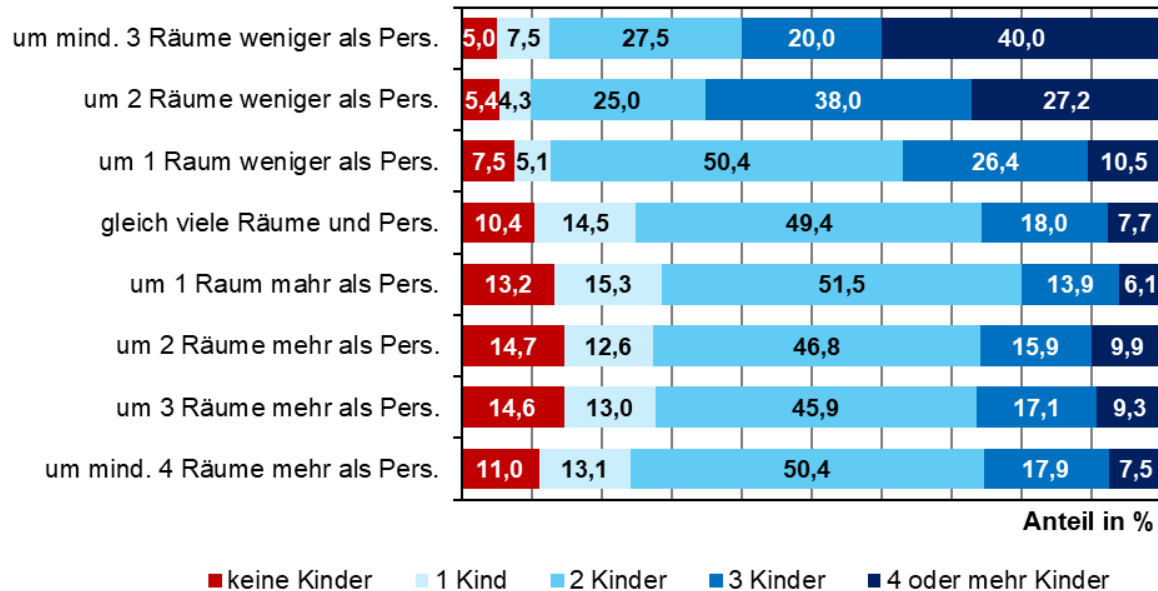
Abbildung 37: Änderung gewünschte Zahl weiterer Kinder nach Wohnungsgröße


■ möchte mehr weitere Kinder ■ möchte gleich viele weitere Kinder ■ möchte weniger weitere Kinder
 Quelle: GGP 2023 – eigene Berechnung ÖIF; n=4.100

Auch hier spielt die Anzahl der vorhandenen Kinder eine mitentscheidende Rolle. Vergleicht man diese Werte mit der vermuteten, endgültigen Kinderzahl (Abbildung 39), erkennt man die beengte Wohnsituation von kinderreichen Familien.

Abbildung 38: Gewünschte Zahl weiterer Kinder nach Wohnungsgröße


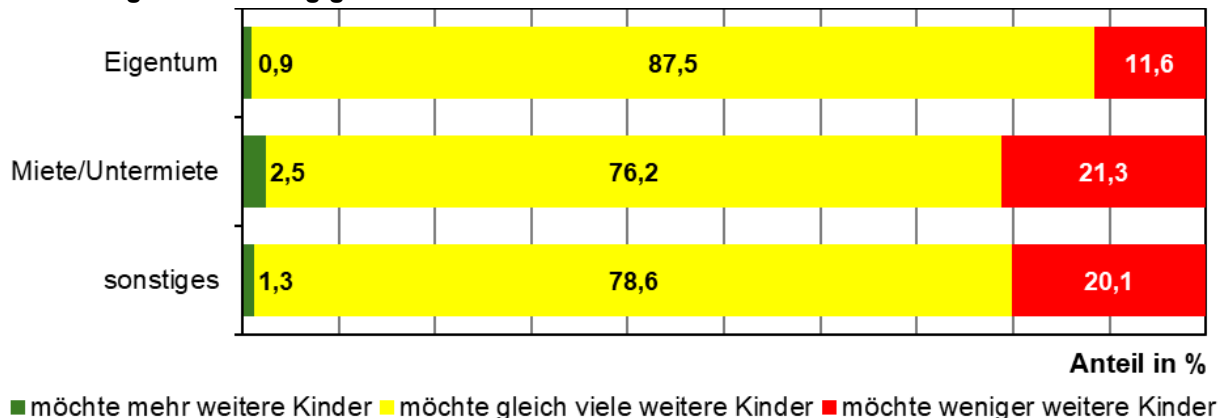
■ keine Kinder ■ 1 Kind ■ 2 Kinder ■ 3 Kinder ■ 4 oder mehr Kinder
 Quelle: GGP 2023 – eigene Berechnung ÖIF; n=3.203

Abbildung 39: Erwartete endgültige Kinderzahl nach Wohnungsgröße

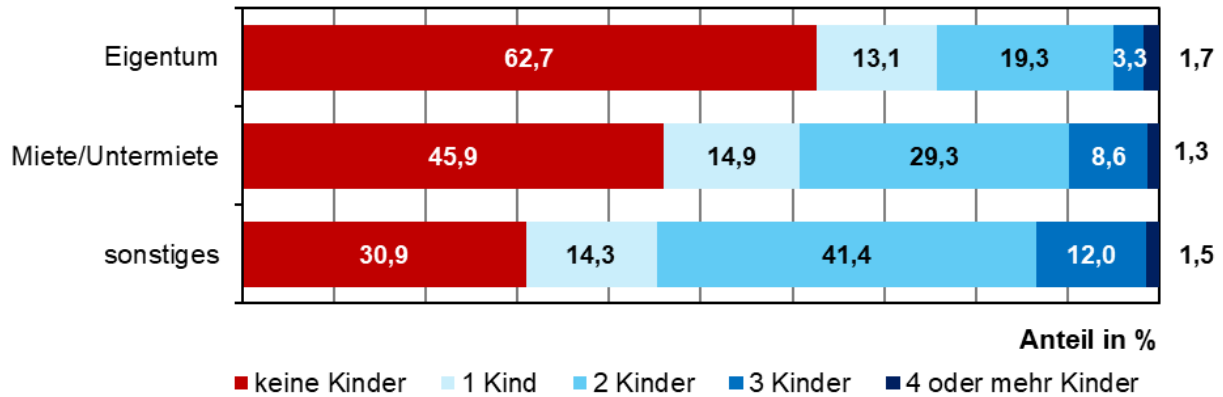
Quelle: GGP 2023 – eigene Berechnung ÖIF; n=3.203

Befragte, die in Miete wohnen, reduzierten ihren weiteren Kinderwunsch fast doppelt so häufig als Befragte, die in Eigentum wohnen (21 % bzw. 12 %; Abbildung 40). Befragte, die in Eigentum wohnen, sind mit durchschnittlich 38,8 Jahren etwas älter als solche, die in Miete wohnen (34,5 Jahre), sie haben ihre Familienplanung und deren Umsetzung öfter abgeschlossen und ändern entsprechend seltener ihre Pläne. 63 % der Wohneigentümer:innen planen keine weiteren Kinder, 24 % möchten noch zumindest zwei Kinder bekommen. Unter den Mieter:innen liegen diese Anteile bei 46 % (keine weiteren Kinder) bzw. bei 39 % (zwei oder mehr weitere Kinder; Abbildung 41).

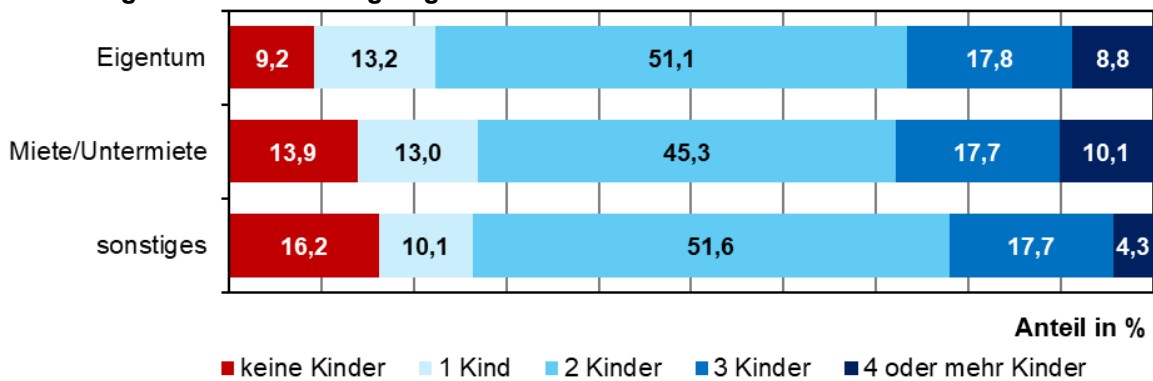
Auch wenn Mieter:innen häufiger weitere Kinder möchten, wollen sie insgesamt seltener und weniger Kinder bekommen (Abbildung 42). Unterschiede lassen sich vor allem bei jenen erkennen, die dauerhaft kinderlos bleiben wollen bzw. werden und jenen, die zwei Kinder anstreben (Eigentum: 9 % dauerhaft kinderlos, 51 % zwei Kinder; Miete: 14 % dauerhaft kinderlos, 45 % zwei Kinder). Die Leistbarkeit von ausreichend Wohnraum spielt hier eine Rolle.

Abbildung 40: Änderung gewünschte Zahl weiterer Kinder nach rechtlicher Wohnform

Quelle: GGP 2023 – eigene Berechnung ÖIF; n=4.185

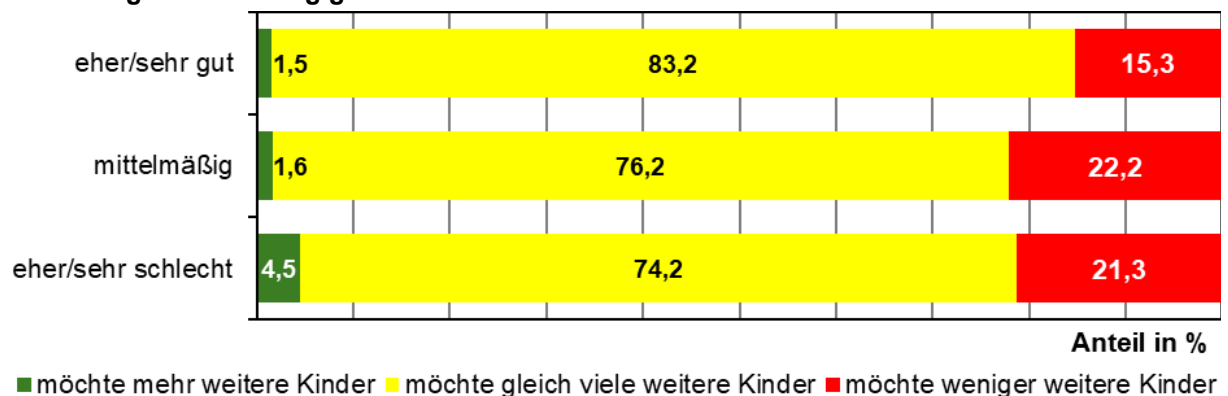
Abbildung 41: Gewünschte Zahl weiterer Kinder nach rechtlicher Wohnform


Quelle: GGP 2023 – eigene Berechnung ÖIF; n=3.259

Abbildung 42: Erwartete endgültige Kinderzahl nach rechtlicher Wohnform


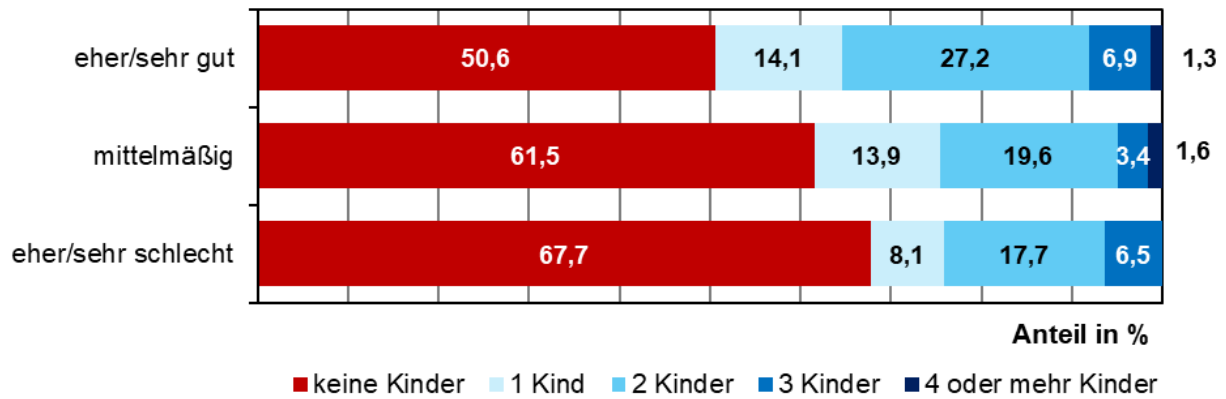
Quelle: GGP 2023 – eigene Berechnung ÖIF; n=3.259

Ein schlechter Gesundheitszustand wirkt sich dämpfend auf die Kinderplanung aus. Empfindet man diesen als mittelmäßig bis schlecht, verringerte sich bei über 20 % die angestrebte Kinderzahl, bei einem guten Gesundheitszustand nur bei 15 % (Abbildung 43). Ist der Gesundheitszustand schlecht, möchten mehr Befragte keine weiteren Kinder (68 %) bekommen (Abbildung 44) bzw. wollen oder können 30 % überhaupt keine Kinder bekommen (Abbildung 45), als bei einer sehr guten Gesundheit (51 % bzw. 14 %). Sie wollen auch insgesamt seltener zwei oder mehr Kinder haben (56 % bzw. 78 %).

Abbildung 43: Änderung gewünschte Zahl weiterer Kinder nach Gesundheitszustand


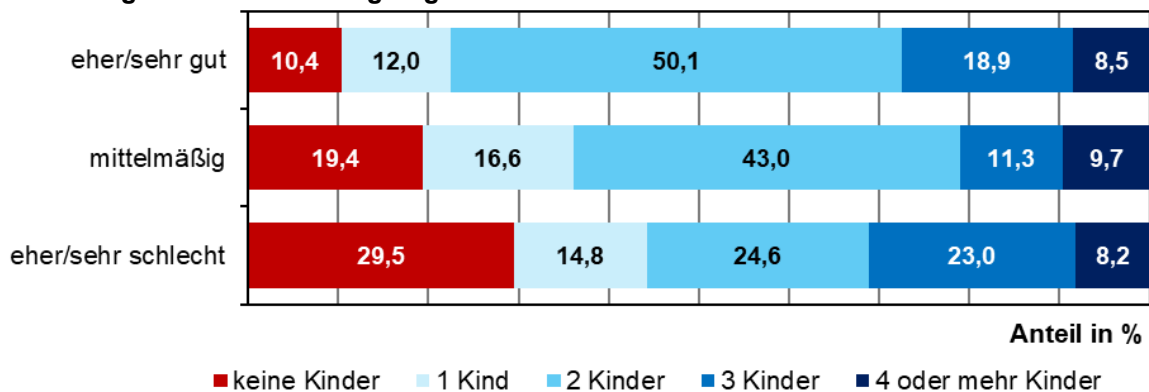
Quelle: GGP 2023 – eigene Berechnung ÖIF; n=4.240

Abbildung 44: Gewünschte Zahl weiterer Kinder nach Gesundheitszustand



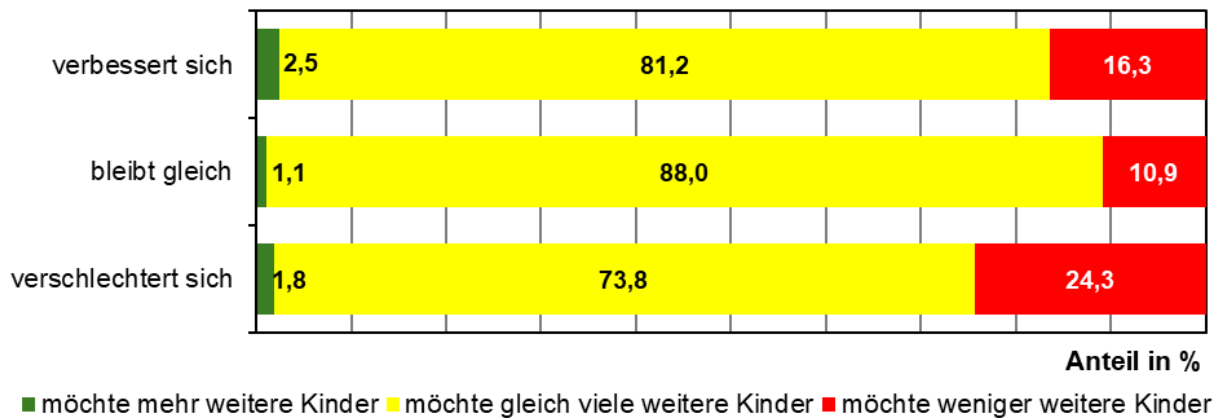
Quelle: GGP 2023 – eigene Berechnung ÖIF; n=3.298

Abbildung 45: Erwartete endgültige Kinderzahl nach Gesundheitszustand



Quelle: GGP 2023 – eigene Berechnung ÖIF; n=3.298

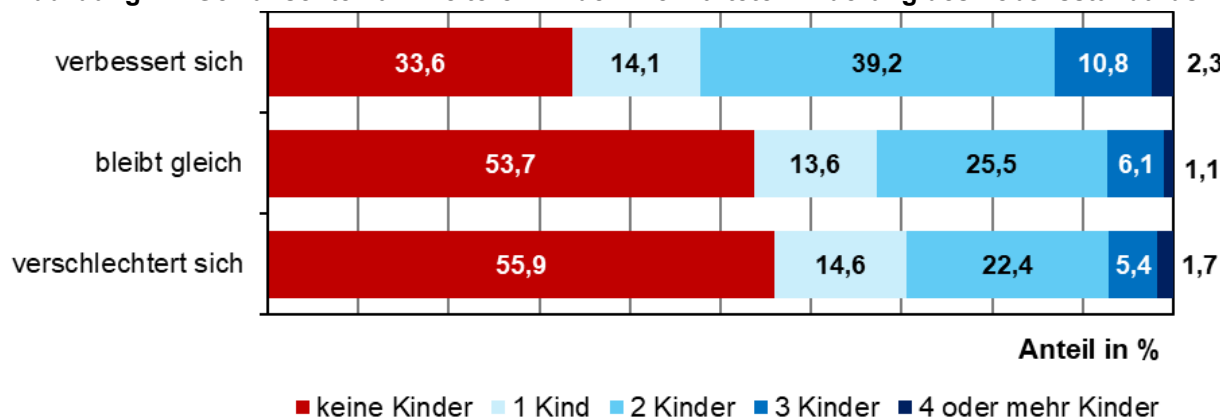
Weniger eindeutig sind die Effekte auf Basis der erwarteten Veränderung des Lebensstandards. Ein stabiler Lebensstandard führt zu einer besonders hohen Stabilität des Kinderwunsches, 88 % veränderten in diesem Fall ihren Kinderwunsch nicht, 11 % verringerten ihn und 1 % erhöhte die Anzahl der weiteren, gewünschten Kinder. Erwartete Veränderungen des Lebensstandards führen öfter zu einer Reduktion des weiteren Kinderwunsches und dies sowohl bei einer negativen als auch bei einer positiven Entwicklung. Erwartet man eine Verbesserung, verringerten 16 % ihren Kinderwunsch, befürchtet man eine Verschlechterung des Lebensstandards, reduzierten ihn 24 %.

Abbildung 46: Änderung gewünschte Zahl weiterer Kinder nach erwarteter Änderung des Lebensstandards

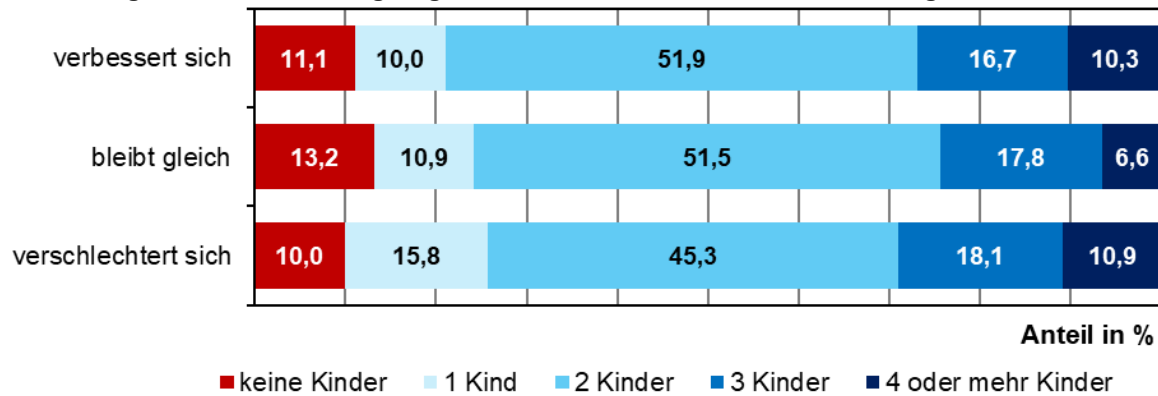
Quelle: GGP 2023 – eigene Berechnung ÖIF; n=3.602

Betrachtet man nur die weiteren geplanten Kinder (Abbildung 47), ist das Bild eindeutiger. Bei einer erwarteten Verbesserung möchten 34 % keine weiteren Kinder, 52 % möchten noch mindestens zwei Kinder bekommen. Bei einem gleichbleibenden Lebensstandard wollen 54 % keine weiteren Kinder und 33 % zumindest zwei zusätzliche Kinder; bei einer Verschlechterung sind es 56 % (keine Kinder) bzw. 29 % (mindestens zwei Kinder).

Bezüglich der angestrebten, endgültigen Kinderzahl fallen die Unterschiede deutlich geringer aus (Abbildung 48). Erwartet man einen gleichbleibenden oder steigenden Lebensstandard, will man öfter insgesamt zwei Kinder haben (51 % bzw. 52 %) als bei einem erwarteten Absinken (45 %) und etwas seltener ein Kind (10 % bis 11 % bei einem gleichen oder steigenden Lebensstandard bzw. 16 % bei einem sinkenden Standard). Dass Befragte mit negativen Ausichten insgesamt oft drei oder mehr Kinder haben werden (29 %), liegt vor allem an der Ausgangslage. Respondent:innen mit einem negativen Ausblick haben bereits jetzt zu 21 % drei oder mehr Kinder, unter jenen mit konstantem Ausblick sind es 18 % und bei einem positiven Ausblick nur 12 %.

Abbildung 47: Gewünschte Zahl weiterer Kinder n. erwarteter Änderung des Lebensstandards

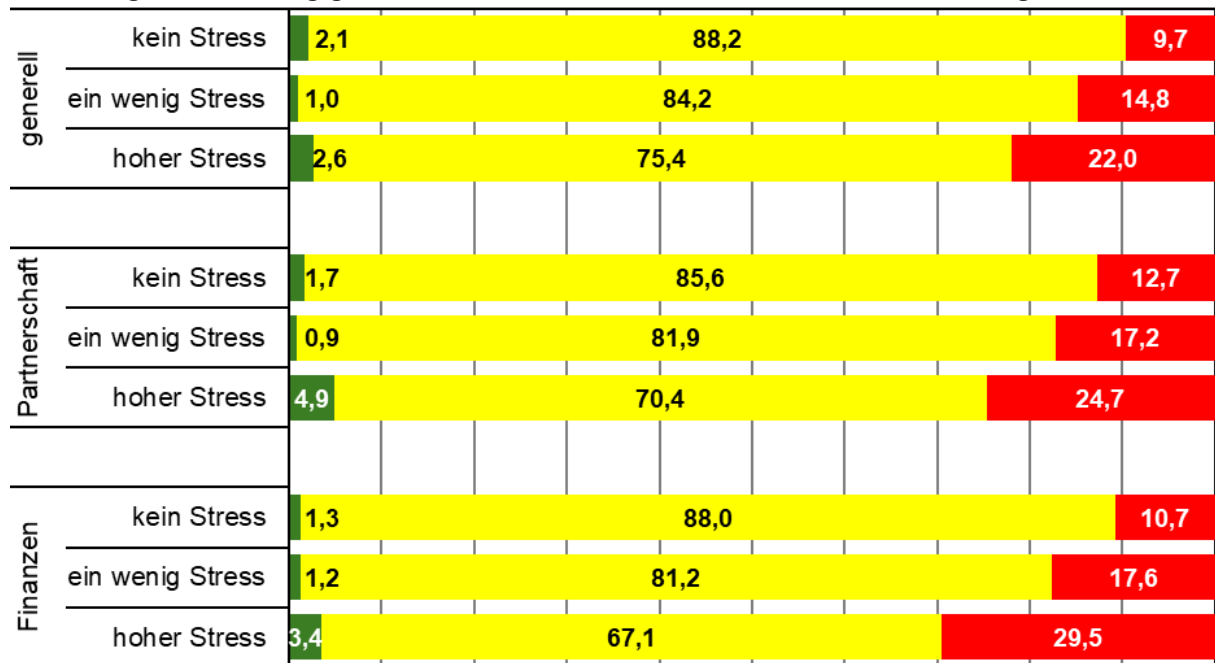
Quelle: GGP 2023 – eigene Berechnung ÖIF; n=2.823

Abbildung 48: Erwartete endgültige Kinderzahl nach erwarteter Änderung des Lebensstandards

Quelle: GGP 2023 – eigene Berechnung ÖIF; n=2.823

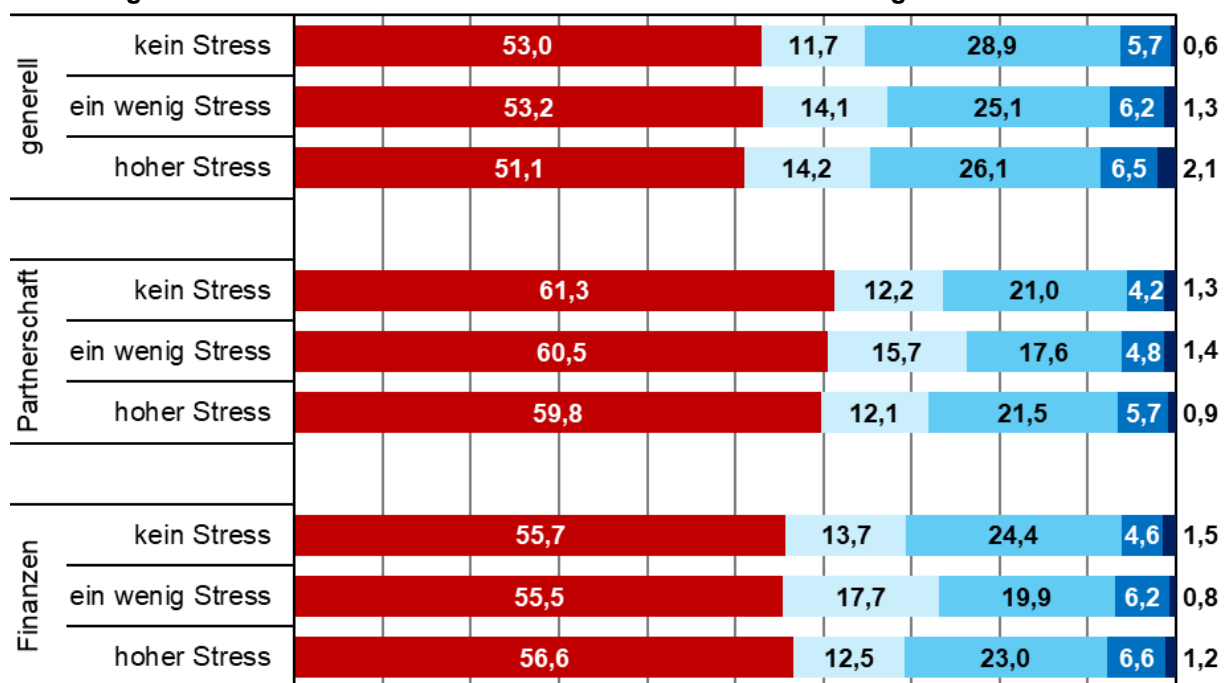
Ein hohes Stresslevel reduziert in den Krisenzeiten den weiteren Kinderwunsch. Dies gilt sowohl für den generellen Stress als auch für jenen in der Partnerschaft und bei den Finanzen (Abbildung 49). Personen mit einem hohen finanziellen Stress reduzierten den Kinderwunsch fast dreimal so oft (30 %) als Befragte ohne solchen Stress (11 %). Beim partnerschaftlichen Stress tritt die Reduktion etwa doppelt so häufig auf (kein Stress 13 %, hoher Stress 25 %). Mehr als doppelt so hoch ist sie beim generellen Stress (kein Stress 10 %, hoher Stress 22 %).

Die Veränderungen des weiteren Kinderwunsches sind deutlich erkennbar, die Zahl der gewünschten weiteren Kinder (Abbildung 50) ist aber weitgehend ähnlich, keiner der drei untersuchten Stressfaktoren führt zu unterschiedlichen Wünschen bzgl. der Anzahl weiterer Kinder. Auch dabei muss die Zahl bereits vorhandener Kinder und die daraus resultierende endgültig angestrebte Kinderzahl betrachtet werden (Abbildung 51). Personen mit einem höheren generellen und vor allem einem höheren finanziellen Stress haben bzw. wollen insgesamt mehr Kinder haben. Hier muss die Richtung der Auswirkungen bedacht werden. Das Stressausmaß scheint eher von der Kinderzahl abzuhängen als die Kinderzahl vom Stressausmaß.

Abbildung 49: Änderung gewünschte Zahl weiterer Kinder nach Stressbelastung

Anteil in %

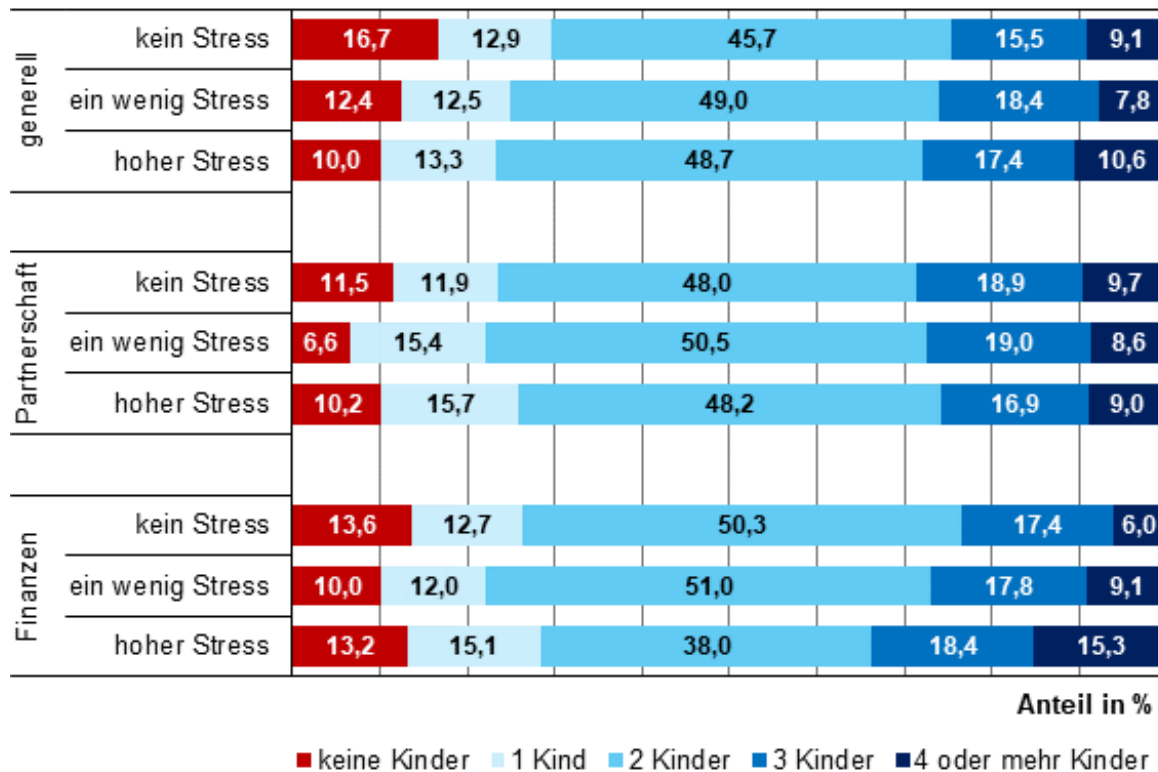
■ möchte mehr weitere Kinder ■ möchte gleich viele weitere Kinder ■ möchte weniger weitere Kinder

Quelle: GGP 2023 – eigene Berechnung ÖIF; n= 3.281/2.851/3.280

Abbildung 50: Gewünschte Zahl weiterer Kinder nach Stressbelastung

Anteil in %

■ keine Kinder ■ 1 Kind ■ 2 Kinder ■ 3 Kinder ■ 4 oder mehr Kinder

Quelle: GGP 2023 – eigene Berechnung ÖIF; n= 3.212/3.228/3.166

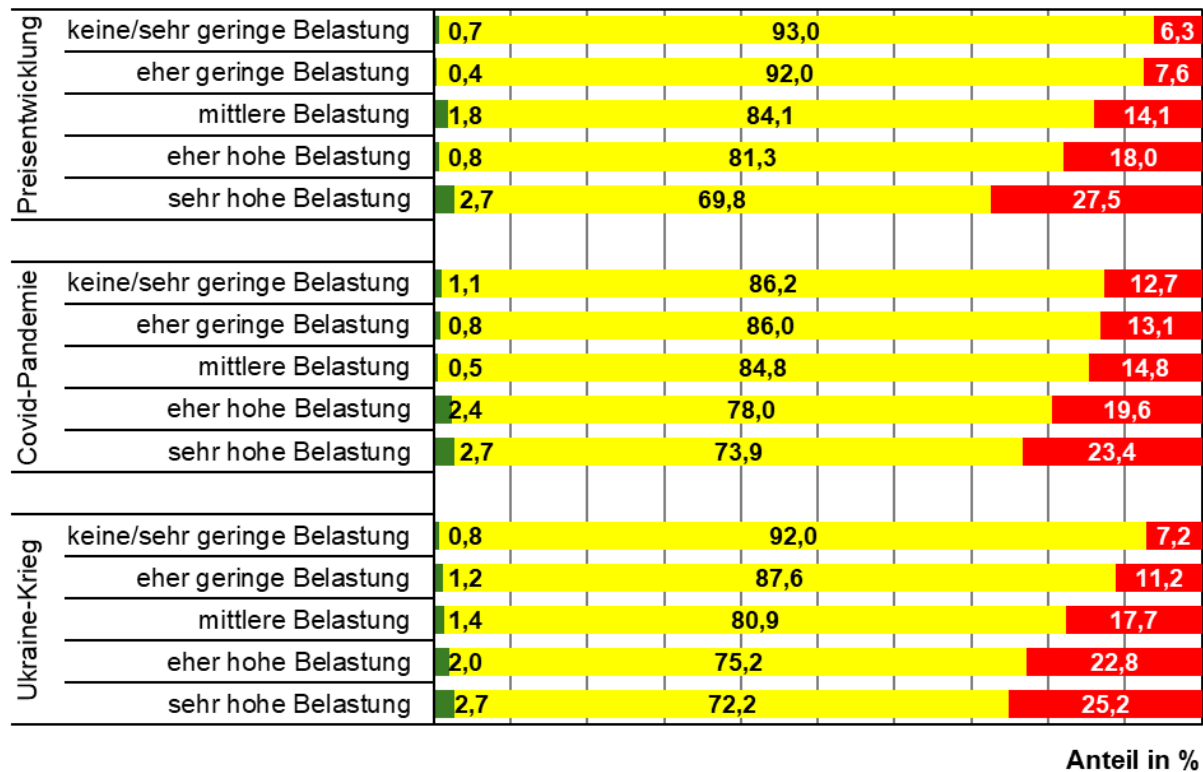
Abbildung 51: Erwartete endgültige Kinderzahl nach Stressbelastung

Quelle: GGP 2023 – eigene Berechnung ÖIF; n= 3.212/3.228/3.166

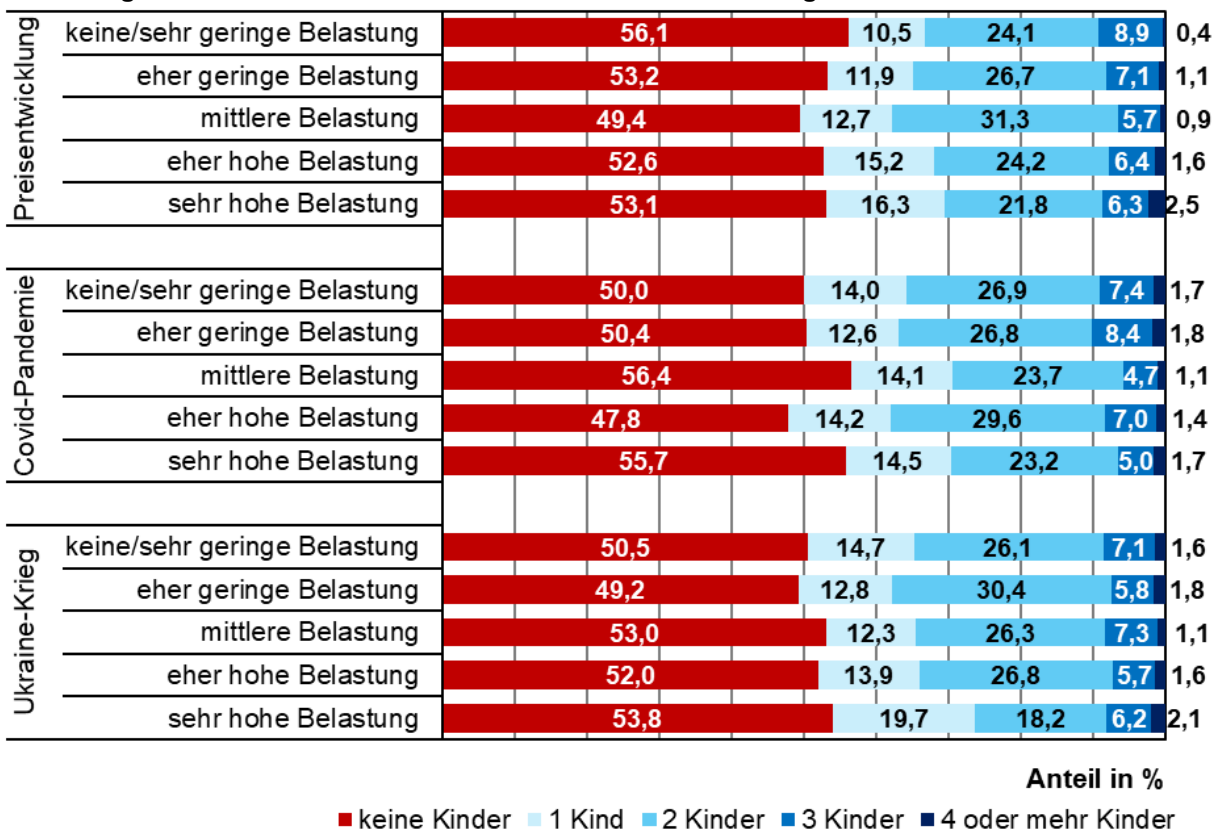
In der Frageformulierung zur Änderung des Kinderwunsches wird explizit auf die Krisen Bezug genommen. Allein deshalb ist es naheliegend, die Veränderungen anhand des Ausmaßes der empfundenen Belastung durch diese drei Krisen zu analysieren.

Erwartungsgemäß wirken sich Krisen negativ auf den Kinderwunsch aus. Je höher sich die Belastung aufgrund der Krisen anfühlt, desto öfter wurde der weitere Kinderwunsch reduziert (Abbildung 52). Empfindet man die Preisentwicklung nicht oder kaum belastend, verringerten nur 6 % ihren weiteren Kinderwunsch, bei einer sehr hohen Belastung taten dies 28 %. Bei der Covid-Pandemie reicht die Spannweite von 13 % bis 24 %, beim Ukraine-Krieg von 7 % bis 25 %. Der prozentuelle Anstieg verläuft bei dieser Betrachtungsweise bei allen drei Krisen kontinuierlich.

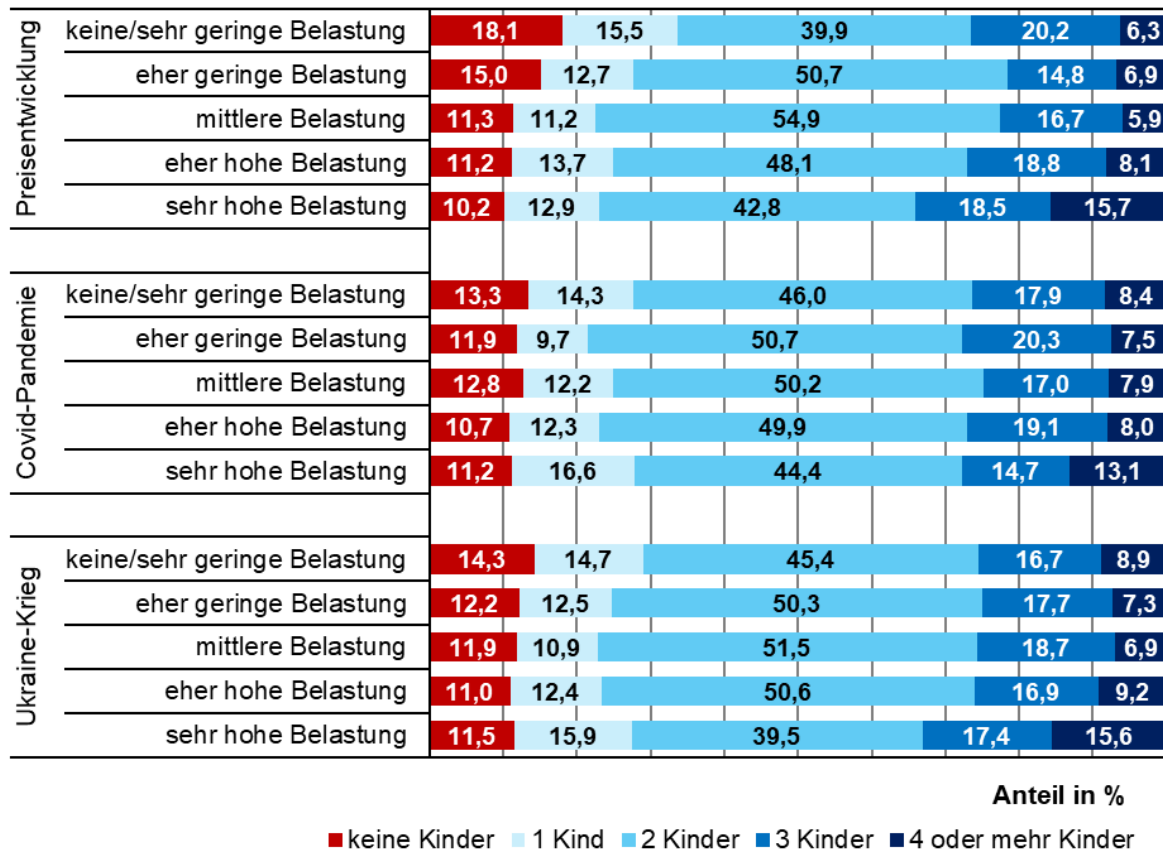
Weniger kontinuierlich ist der Verlauf bei der Anzahl der gewünschten weiteren Kinder (Abbildung 53). Verspürt man eine mittlere Belastung bei der Preisentwicklung, will man seltener keine weiteren Kinder aber häufiger zwei oder mehr weitere Kinder als bei einer niedrigeren oder einer höheren Belastung. Tendenziell entgegengesetzt verhält es sich bei der Covid-Pandemie. Bei einer mittleren Belastung wollen mehr Leute keine weiteren Kinder bekommen und etwas weniger zwei oder mehr weitere Kinder. Bezieht man sich auch hier auf die endgültig angestrebte bzw. wahrscheinliche Kinderzahl (Abbildung 54), wird das Bild kaum eindeutiger. Die Unterschiede in Folge der Covid-Pandemie sind eher gering und nicht kontinuierlich, beim Ukraine-Krieg stechen die hochbelasteten etwas hervor, vor allem deshalb, weil sie schon zuvor mehr Kinder hatten. Personen mit einer hohen Preisbelastung werden seltener kinderlos bleiben und öfter drei oder mehr Kinder haben als Befragte mit einer leichten Belastung. Ähnlich wie beim Stress dürfte die Belastung aber eher von der Kinderzahl abhängen als die Kinderzahl von der Belastung.

Abbildung 52: Änderung gewünschte Zahl weiterer Kinder nach Belastung durch die Krisen


Quelle: GGP 2023 – eigene Berechnung ÖIF; n= 4.109/4.132/4.046

Abbildung 53: Gewünschte Zahl weiterer Kinder nach Belastung durch Krisen


Quelle: GGP 2023 – eigene Berechnung ÖIF; n= 4.265/4.285/4.179

Abbildung 54: Erwartete endgültige Kinderzahl nach Belastung durch Krisen

Quelle: GGP 2023 – eigene Berechnung ÖIF; n= 4.265/4.285/4.179

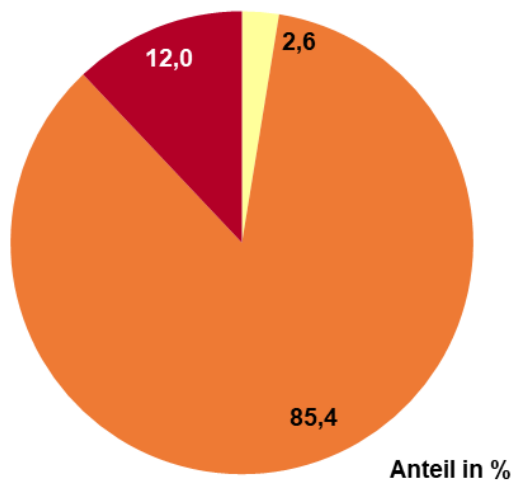
Wie sehr sich die einzelnen Faktoren gegenseitig beeinflussen und überlagern wird in den multivariaten Modellen in Kapitel 5 analysiert.

4.4.3 Änderung des Zeitpunktes der Geburten

Neben der Frage, ob sich die gewünschte Anzahl weitere Kinder veränderte, wurde auch nach Änderungen beim Zeitplan der Umsetzung des weiteren Kinderwunsches gefragt. Dabei geht es um den Zeitpunkt der Geburt des nächsten Kindes. Je nachdem, wie man auf die Frage, ob sich der Kinderwunsch wegen der Krisen änderte oder nicht antwortete, bekam man die Frage „Haben sich angesichts der globalen Krisen Ihre Pläne in Bezug auf den Zeitpunkt für ein (weiteres) Kind geändert?“ mit den Antwortmöglichkeiten „Ich möchte es nun früher bekommen“, „Ich möchte es nun später bekommen“ und „Es gibt keine Änderungen in Bezug auf den Zeitpunkt“ bzw. die Frage „Können sich Ihre Pläne angesichts der globalen Krisen in Bezug auf den Zeitpunkt für ein (weiteres) Kind ändern?“ mit den Antwortmöglichkeiten „Ich möchte es nun eher früher bekommen“, „Ich möchte es nun eher später bekommen“ und „Es gibt wohl keine Änderungen in Bezug auf den Zeitpunkt“ gestellt. Wegen der inhaltlichen Ähnlichkeit der beiden Fragen wurden die Antworten zusammengefügt und gemeinsam ausgewertet. Es wurden nur Personen befragt, die noch Kinder bekommen möchten. Rund ein Fünftel beantwortet diese Fragen nicht.

Unter jenen, die antworteten ist die zeitliche Planung der Umsetzung des Kinderwunsches recht stabil. Trotz der Krisen möchten 85 % der Befragten mit aufrehtem Kinderwunsch am ursprünglichen Zeitplan festhalten. Verschiebungswünsche gibt es in Krisenzeiten erwartungsgemäß eher nach hinten (12 %) als nach vorne (3 %).

Abbildung 55: Zeitpunkt des nächsten Kindes

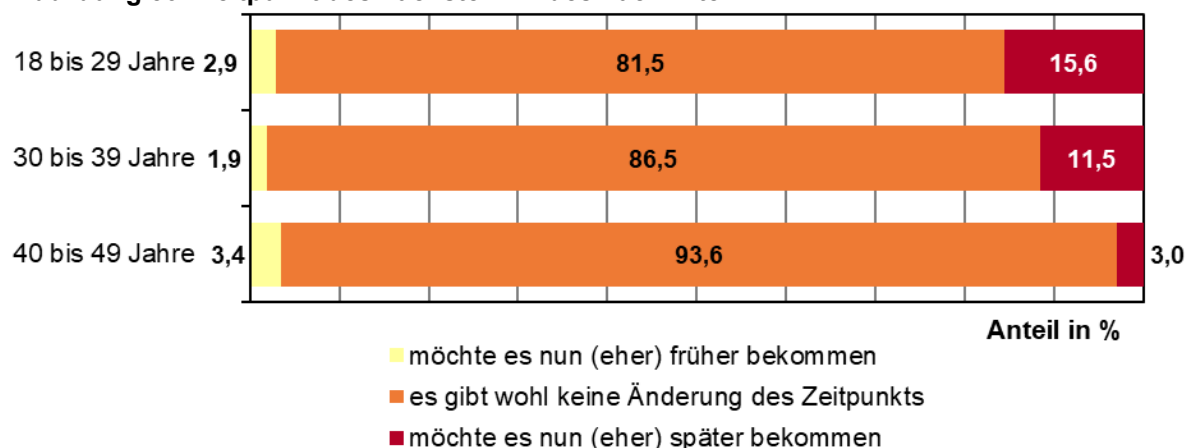


- möchte es nun (eher) früher bekommen
- es gibt wohl keine Änderung des Zeitpunkts
- möchte es nun (eher) später bekommen

Quelle: GGP 2023 – eigene Berechnung ÖIF; n=1.721

Jüngere Befragte verschieben ihre Umsetzungspläne deutlich öfter nach hinten als die Älteren (18 bis 29 Jahre 16 %; 40 bis 49 Jahre 3 %). Mit zunehmendem Alter wird es schwieriger, die Schwangerschaften aufzuschieben. Biologische Grenzen setzen einen nicht abänderbaren Schlusspunkt für Schwangerschaften und weitere Kinder.

Abbildung 56: Zeitpunkt des nächsten Kindes nach Alter

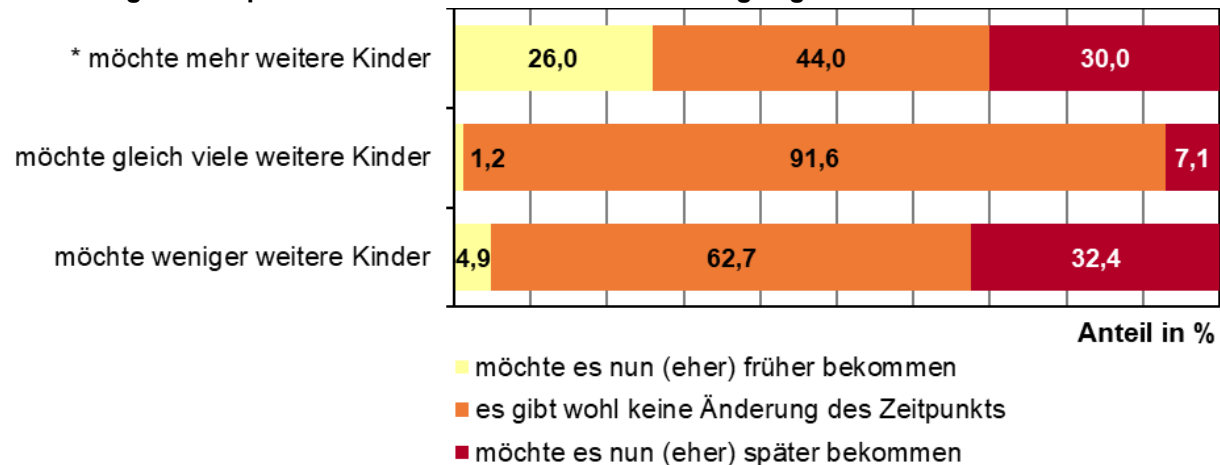


Quelle: GGP 2023 – eigene Berechnung ÖIF; n=1.666

Bleibt die Zahl der weiteren gewünschten Kinder gleich, ändert sich meist (bei 92 %) nichts am Zeitplan, nur 7 % möchten die Geburt des nächsten Kindes nach hinten verschieben. Will man weniger Kinder bekommen, plant rund ein Drittel die nächste Schwangerschaft auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben. Will man weniger Kinder bekommen, verbleibt mehr Zeit,

um den reduzierten Kinderwunsch umsetzen zu können – man kann die nächste Schwangerschaft leichter aufschieben. Bei einem konstanten Kinderwunsch könnte eine Verschiebung der nächsten Schwangerschaft zu altersbedingten Problemen führen. Die erste Verschiebung hätte auch Auswirkungen auf den Zeitpunkt späterer, weiterer Schwangerschaften, sie wären eventuell altersbedingt nicht mehr realisierbar.

Abbildung 57: Zeitpunkt des nächsten Kindes n. Änderung d. gewünschten Zahl weiterer Kinder

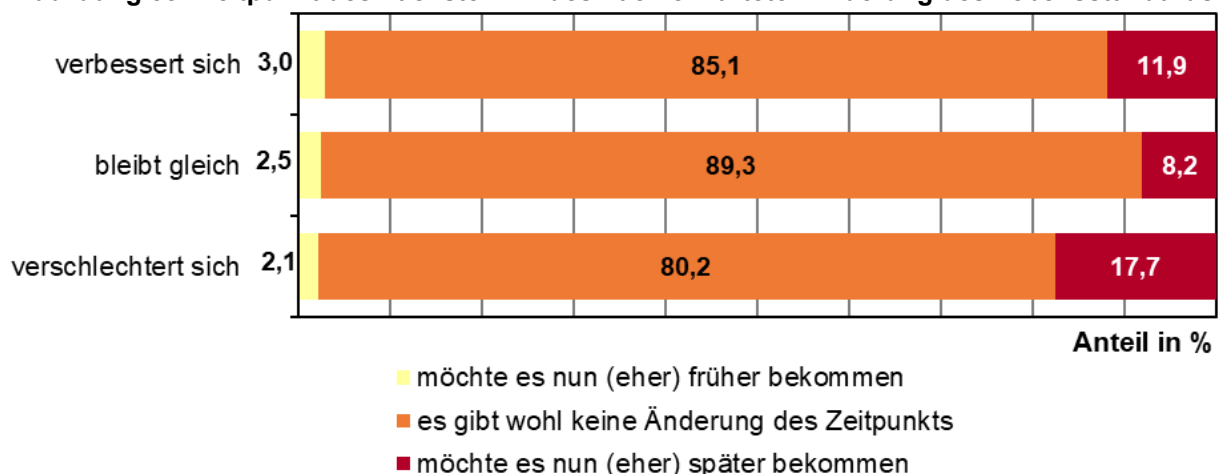


Quelle: GGP 2023 – eigene Berechnung ÖIF; n=1.721

Anm.: Aufgrund der geringen Fallzahlen lassen sich die Werte für Befragte, die mehr weitere Kinder möchten, nicht hinreichend interpretieren.

Wie in Abbildung 46 aufgezeigt, veränderten Befragte, die keine Änderung ihres Lebensstandards erwarten, seltener die Anzahl der weiteren gewünschten Kinder als solche, die eine Verbesserung bzw. eine Verschlechterung vermuten. Dies spiegelt sich bei der zeitlichen Planung wider. Befürchtet man eine Verschlechterung des Lebensstandards, möchten 18 % die nächste Schwangerschaft auf einen späteren Zeitpunkt verschieben, 80 % planen keine zeitliche Verschiebung. Glaubt man an einen gleichbleibenden Lebensstandard, möchten nur 8 % ihr nächstes Kind später bekommen und 89 % zum ursprünglich geplanten Zeitpunkt. Bei einer erhofften Verbesserung, planen 12 % eine Verschiebung auf später.

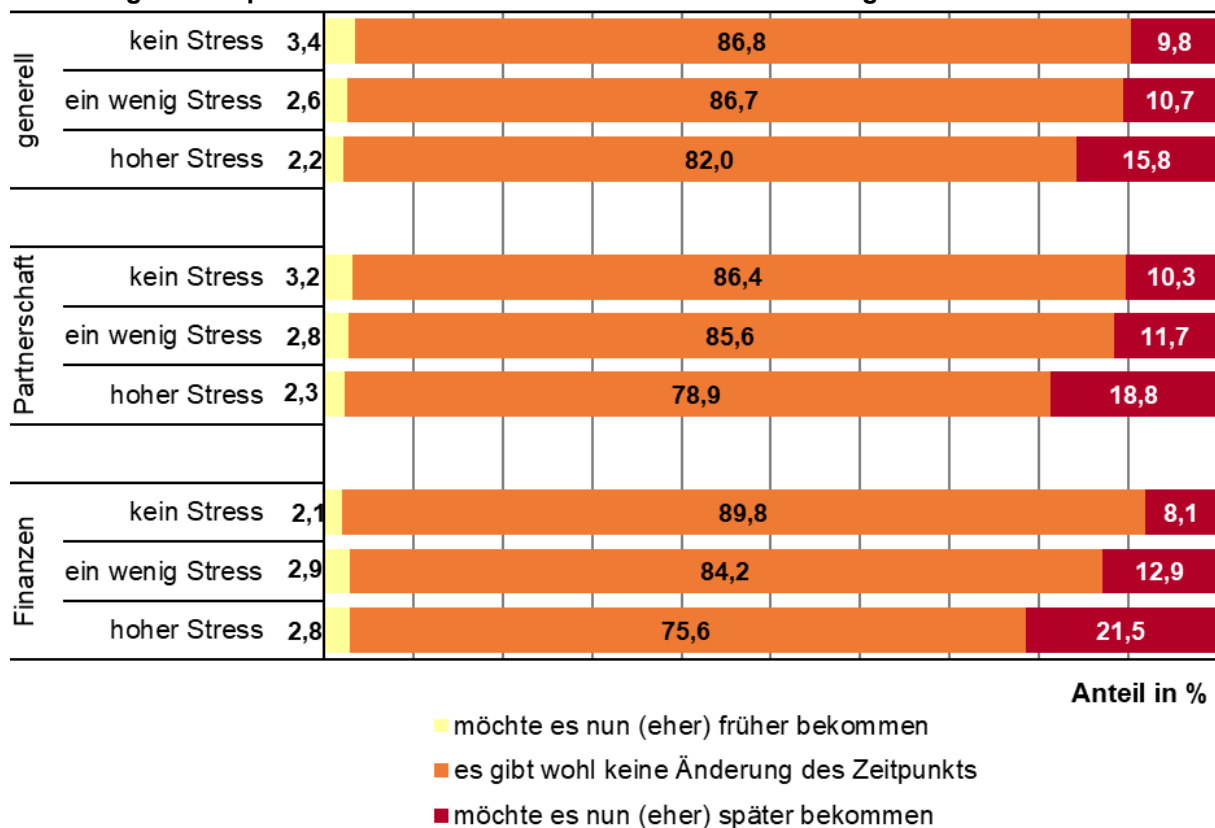
Abbildung 58: Zeitpunkt des nächsten Kindes nach erwarteter Änderung des Lebensstandards



Quelle: GGP 2023 – eigene Berechnung ÖIF; n=1.470

Ein hohes Stresslevel führt zu einer Verzögerung bei den Plänen zur Umsetzung des Kinderwunsches. Beim finanziellen Stress ist der Unterschied auch zwischen einem niedrigen und einem mittleren Niveau feststellbar, beim generellen Stress und jenem in der Partnerschaft jedoch nicht.

Abbildung 59: Zeitpunkt des nächsten Kindes nach Stressbelastung

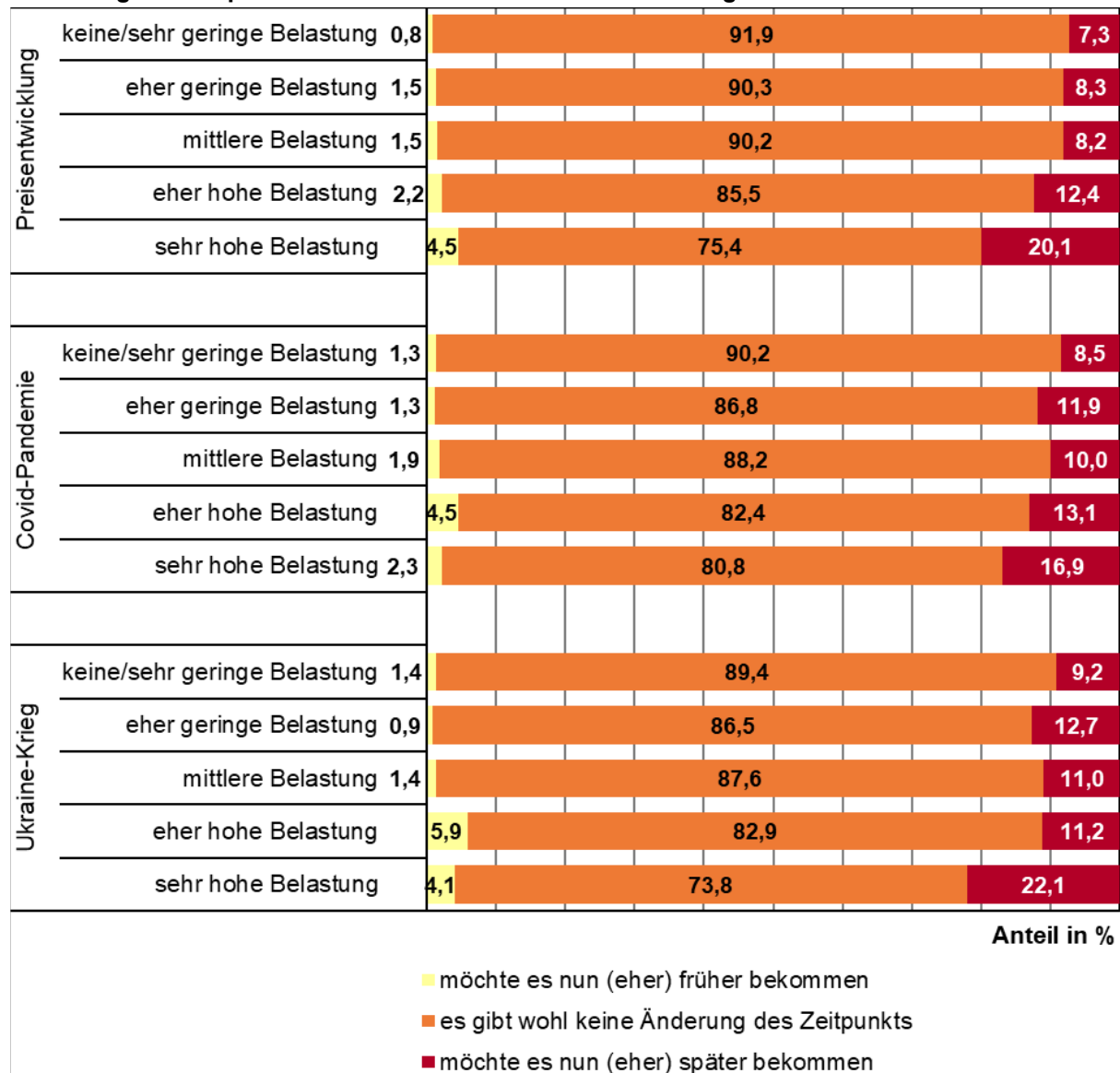


Quelle: GGP 2023 – eigene Berechnung ÖIF; n= 1.713/1.483/1.708

Mit der Belastung durch die Krisen steigt tendenziell der Anteil der Befragten, die die nächste Schwangerschaft nach hinten verschieben möchten. Dieser Krisen-Effekt ist aber erst bei einer sehr hohen Belastung deutlich ausgeprägt. Die aktuellen Effekte der Covid-Pandemie sind geringer als jene der Preissteigerungen und des Ukraine-Kriegs.

Rückblickend hatte die Covid-Pandemie in Österreich nur kurzfristig einen Einfluss auf die Umsetzung des Kinderwunsches. Zu Beginn der Pandemie war die Unsicherheit im Umgang mit Covid und dessen Folgen noch sehr hoch. Die Umsetzung des Kinderwunsches wurde etwas aufgeschoben, es kamen (mit 9-monatiger Verzögerung aufgrund der Schwangerschaftsdauer) vorübergehend weniger Kinder zur Welt. Das war ein eher kurzfristiges Aufschieben, etwas später wurde die Umsetzung nachgeholt und die Geburtenzahlen lagen vorübergehend über dem Niveau der Vorjahre (Geserick & Kaendl 2022).¹³

¹³ Der gewünschte und der reale Zeitpunkt von Schwangerschaften stimmt nicht immer überein, dies geht aus der Frage zur zurückliegenden Schwangerschaft mit dem jüngsten Kind hervor. Nur bei knapp zwei Drittel (64 %) war es der gewünschte Zeitpunkt. Für 14 % kam die Schwangerschaft später als geplant, für 9 % früher. Für weitere 13 % war die Schwangerschaft völlig ungeplant.

Abbildung 60: Zeitpunkt des nächsten Kindes nach Belastung durch Krisen

Quelle: GGP 2023 – eigene Berechnung ÖIF; n= 1.682/1.690/1.667

4.4.4 Sicherheit der planmäßigen Umsetzung des Kinderwunsches

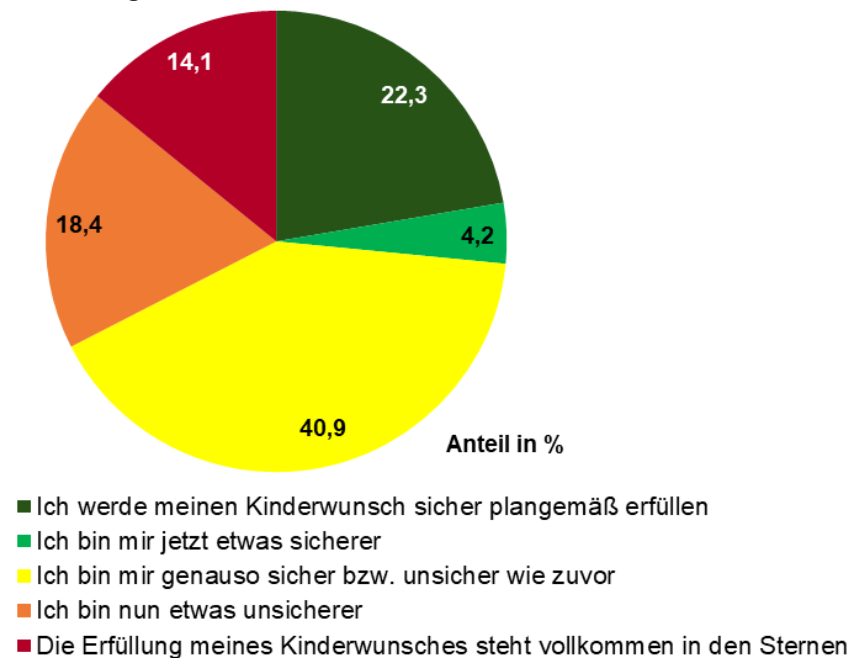
Die ideale Kinderzahl muss mit der als realisierbar angesehenen Zahl nicht übereinstimmen (siehe Tabelle 3), die grundsätzlichen Pläne nicht mit der realen Umsetzung. Daher wurde zusätzlich erfasst, ob man glaubt, diese Pläne umsetzen zu können.

Je nachdem, wie man auf die Frage antwortete, ob sich der Kinderwunsch wegen der Krisen änderte oder nicht, bekam man die Frage „Wie sicher sind Sie sich angesichts der globalen Krisen, dass Sie Ihren Kinderwunsch plangemäß erfüllen können?“ mit den Antwortmöglichkeiten „Ich werde meinen Kinderwunsch sicher plangemäß erfüllen“, „Ich bin mir jetzt etwas sicherer“, „Ich bin mir genauso sicher bzw. unsicher wie zuvor“, „Ich bin nun etwas unsicherer“ und „Die Erfüllung meines Kinderwunsches steht vollkommen in den Sternen“ bzw. die Frage „Wie sicher sind Sie sich angesichts der globalen Krisen, Ihren Kinderwunsch zu erfüllen?“ mit den Antwortmöglichkeiten „Ich denke, ich bin mir jetzt etwas sicherer“, „Ich bin mir genauso sicher bzw. unsicher wie zuvor“, „Ich bin nun etwas unsicherer“ und „Die Erfüllung meines

Kinderwunsches steht vollkommen in den Sternen“ gestellt. Wegen der inhaltlichen Ähnlichkeit der beiden Fragen wurden die Antworten zusammengefügt und gemeinsam ausgewertet. Es wurden nur Personen befragt, die noch Kinder bekommen möchten.

Für 41 % der Respondent:innen mit einem weiteren Kinderwunsch hat sich am Sicherheitsgefühl nichts geändert. Dies besagt lediglich, dass die Krisen keinen Einfluss hatten. Ob sie bei der Einschätzung der Realisierbarkeit weiterhin eher bis sehr sicher oder eher bis sehr unsicher sind, lässt sich aus der Frage nicht eindeutig ableiten. Eine Steigerung des Sicherheitsgefühls gab es kaum (bei 4 %), immerhin 22 % glauben aber, ihre Pläne sicher verwirklichen zu können. Bei 18 % stieg die Unsicherheit an, 14 % sind sich aktuell vollkommen unsicher.¹⁴

Abbildung 61: Sicherheit Kinderwunsch umzusetzen



Quelle: GGP 2023 – eigene Berechnung ÖIF; n=1.904

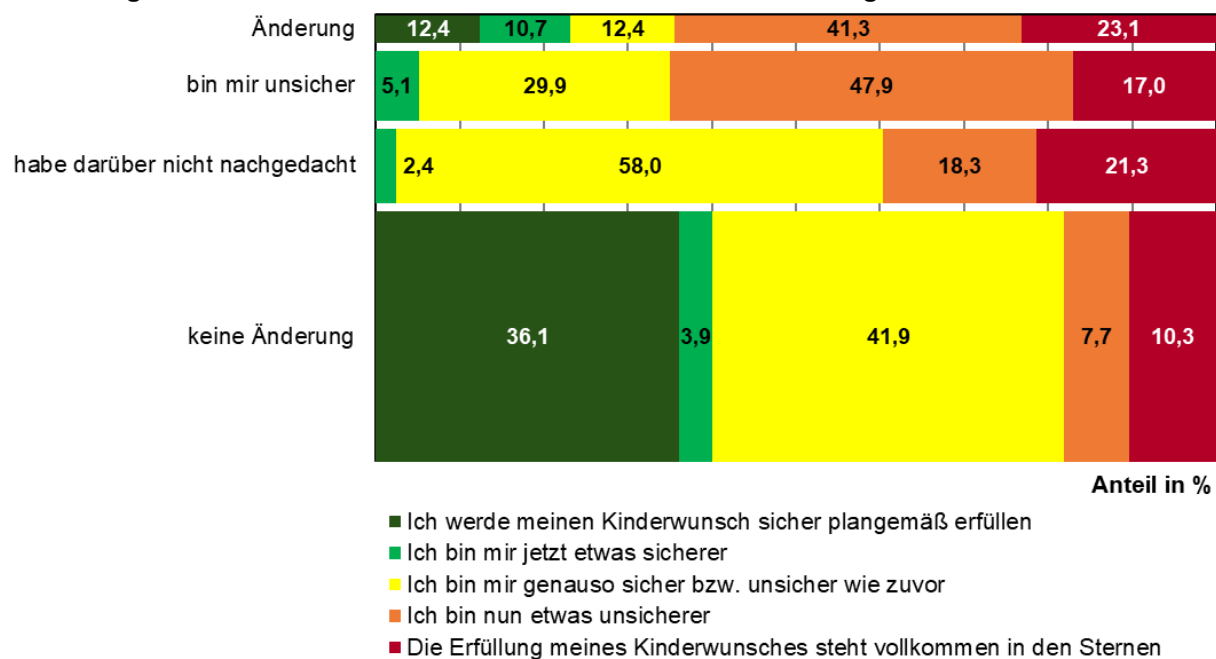
Befragte, die ihren weiteren Kinderwunsch trotz der Krisen unverändert beibehielten, sind sich am sichersten, diese schon länger bestehenden Pläne tatsächlich umsetzen zu können (36 %), bei weiteren 42 % hat sich am ursprünglichen Sicherheits- bzw. Unsicherheitsgefühl zumindest nichts geändert. Nur 10 % sind sich bei den Umsetzungsmöglichkeiten sehr unsicher, bei weitem 8 % ging das Sicherheitsgefühl etwas zurück. Dies ist deutlich weniger als bei allen anderen Befragten. Konkrete Änderungswünsche stehen in Zusammenhang mit Unsicherheit. Fast ein Viertel ist sich derzeit völlig unsicher, 41 % fühlen sich unsicherer als vor Ausbruch der Krisen. Immerhin 12 % sind sich sehr sicher, ihre neuen Pläne realisieren zu können. Ebenfalls nur 12 % sehen hier keine Veränderung, dies ist deutlich weniger als bei den übrigen Befragten.

¹⁴ Die Abgrenzung zwischen der Antwortkategorie „Ich bin mir genauso sicher bzw. unsicher wie zuvor“ und den Kategorien „Ich werde meinen Kinderwunsch sicher plangemäß erfüllen“ bzw. „Die Erfüllung meines Kinderwunsches steht vollkommen in den Sternen“ scheint nicht vollkommen trennscharf. Ist man sich aktuell vollkommen sicher bzw. vollkommen unsicher und war man dies bereits davor, könnten einige Befragte eine der beiden Extremkategorien gewählt haben, andere aber, dass sich bezüglich der Sicherheit nichts veränderte.

Befragte, die noch unsicher sind, ob sie ihren weiteren Kinderwunsch krisenbedingt verändern werden oder nicht, fühlen sich auch bei den Realisierungschancen unsicher. 48 % von ihnen fühlen sich jetzt etwas unsicherer, 17 % vollkommen unsicher. Die Richtung dieses Zusammenhangs ist jedoch nicht eindeutig. Wer sich unsicher ist, wie viele Kinder er/sie noch will, kann schwerer die Umsetzbarkeit einschätzen. Eine höhere Unsicherheit der Umsetzungsmöglichkeiten kann dazu führen, dass man nicht weiß, ob man die Pläne abändern soll oder muss.

58 % der Befragten, die über eine Planänderung zu weiteren Kindern noch nicht nachdachten, geben an, bei den Umsetzungschancen nun genauso sicher oder unsicher zu sein, wie vor Beginn der Krisen. Wer nicht über eine Veränderung des weiteren Kinderwunsches nachdenkt, hat vielfach auch die Änderungen bei den Verwirklichungsmöglichkeiten nicht im Fokus und wählt deshalb diese Antwortkategorie. Möglicherweise dachten einige von ihnen nicht über Änderungen des Wunsches nach, weil sie zuvor noch keine fixen Wünsche hatten. Für diese Befragten kann die Kategorie „Ich bin mir genauso sicher bzw. unsicher wie zuvor“ als einzige passende Antwortmöglichkeit erscheinen.

Abbildung 62: Sicherheit Kinderwunsch umzusetzen nach Änderung des Kinderwunsches



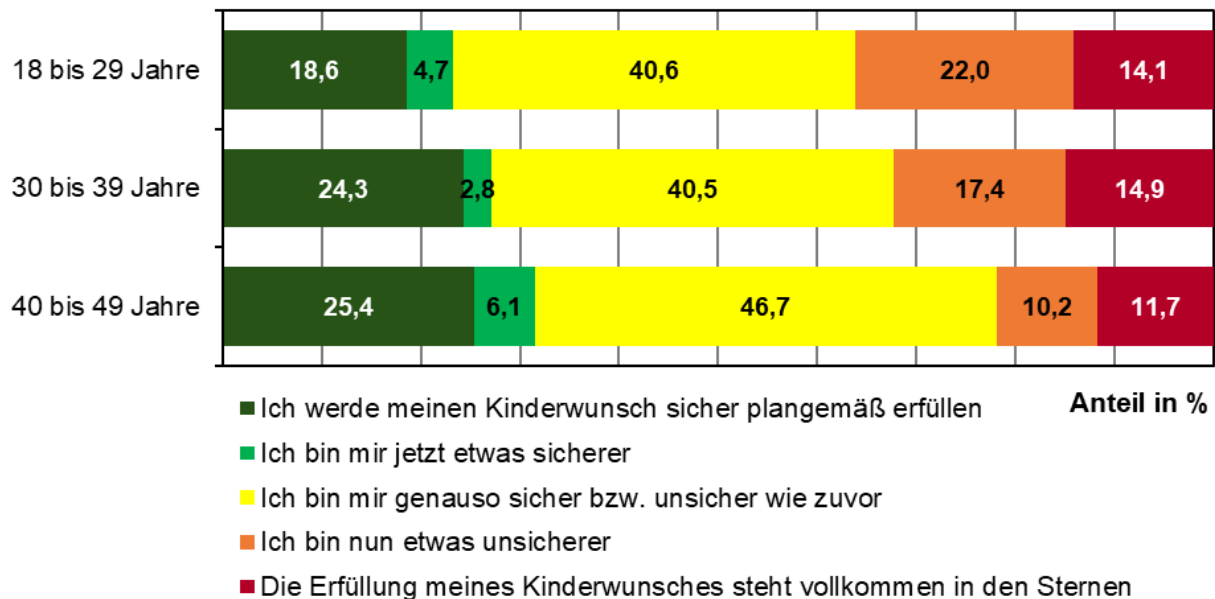
Quelle: GGP 2023 – eigene Berechnung ÖIF; n=1.904

Anm.: Die Höhe der Balken entspricht dem Anteil der Respondent:innen, die ihre Pläne zur Zahl weitere Kinder unverändert ließen, diese anpassten bzw. noch nicht über solche Änderungen nachdachten oder die noch nicht wissen, ob sie diese Pläne ändern werden.

Jüngere Befragte, die eher am Beginn der Kinderplanung stehen, sehen die Umsetzungsmöglichkeiten ihres Kinderwunsches pessimistischer als ältere Befragte, die sich in der Spätphase der Familienplanung befinden (Abbildung 63). Auch wenn hierzu nur Personen mit aufrechem weiteren Kinderwunsch befragt wurden, planen Ältere weniger weitere Kinder als Jüngere, das Unsicherheitspotenzial sinkt mit dem Alter. 22 % der unter 30-Jährigen fühlen sich jetzt unsicherer, ihre Pläne umsetzen zu können, unter den 40 bis 49-Jährigen sind es nur 10 %. Will man nur ein weiteres Kind, fühlen sich seit den Krisen 18 % unsicherer bei der Umsetzung, unter jenen, die noch vier oder mehr Kinder möchten, sind es 44 % (Abbildung 64). Auf der

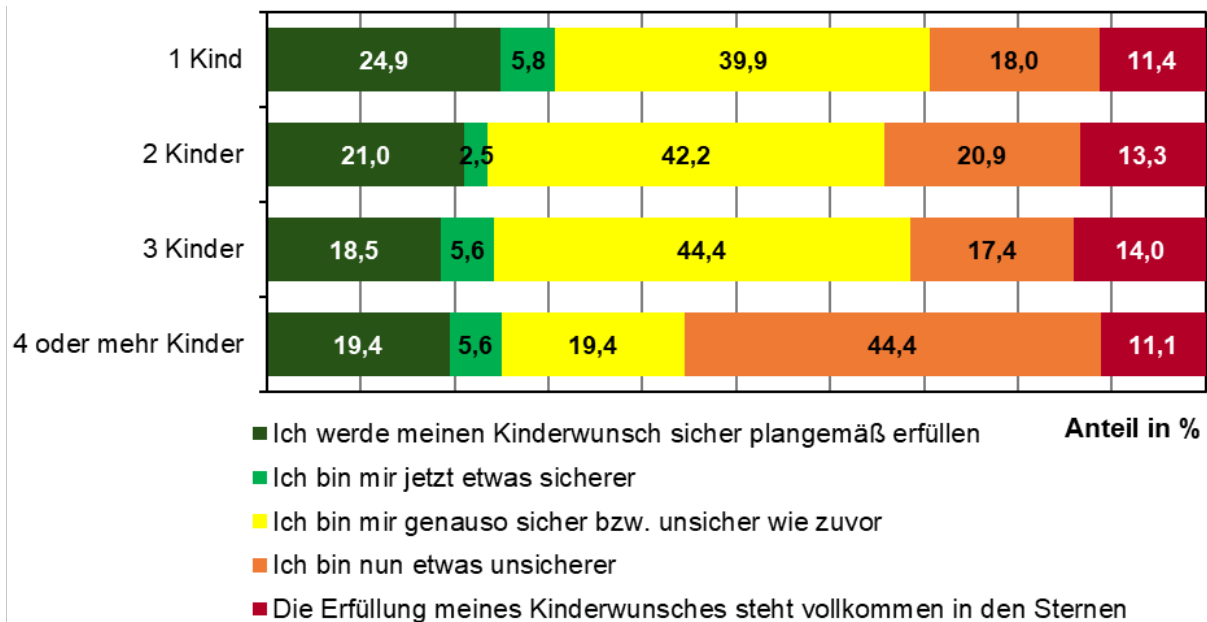
anderen Seite steigt der Anteil jener, die sich der Umsetzungschancen absolut sicher sind, mit dem Alter bzw. sinkt mit der Zahl der gewünschten weiteren Kinder.

Abbildung 63: Sicherheit Kinderwunsch umzusetzen nach Alter



Quelle: GGP 2023 – eigene Berechnung ÖIF; n=1.847

Abbildung 64: Sicherheit Kinderwunsch umzusetzen nach gewünschter Zahl weiterer Kinder

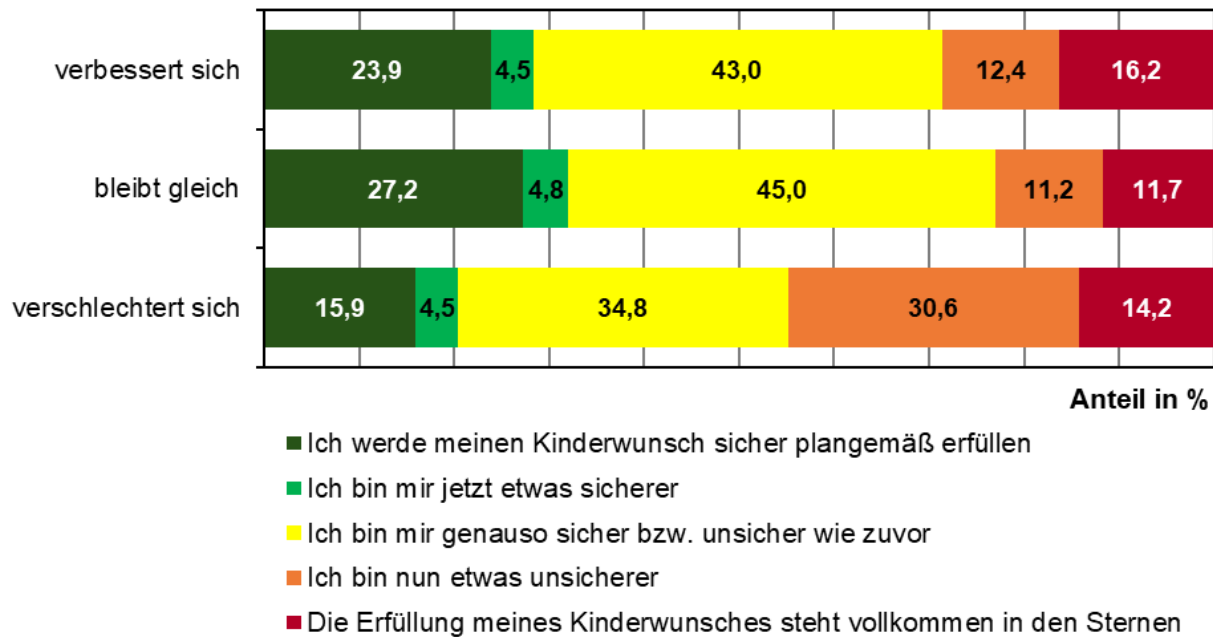


Quelle: GGP 2023 – eigene Berechnung ÖIF; n=1.315

Ein stabiler, gleichbleibender Lebensstandard wirkt sich positiv auf die Chancenbewertung aus. In diesem Fall ist man sich öfter (27 %) sehr sicher, die eigenen Kinderwünsche planmäßig umsetzen zu können, als wenn man Verschlechterungen befürchtet (16 %) bzw. Verbesserungen erwartet (24 %). Völlig ungewiss scheinen die Umsetzungsmöglichkeiten für 16 % derer, die eine Verbesserung auf sich zukommen sehen, gefolgt von jenen mit Verschlechterungsbefürchtungen (14 %) und jenen ohne erwarteter Veränderung (12 %). Damit deckt sich

das Bild bei den Chancen (Abbildung 65) mit jenen bei der Änderung der gewünschten Zahl weiterer Kinder (Abbildung 46) und der zeitlichen Kinderplanung (Abbildung 58).

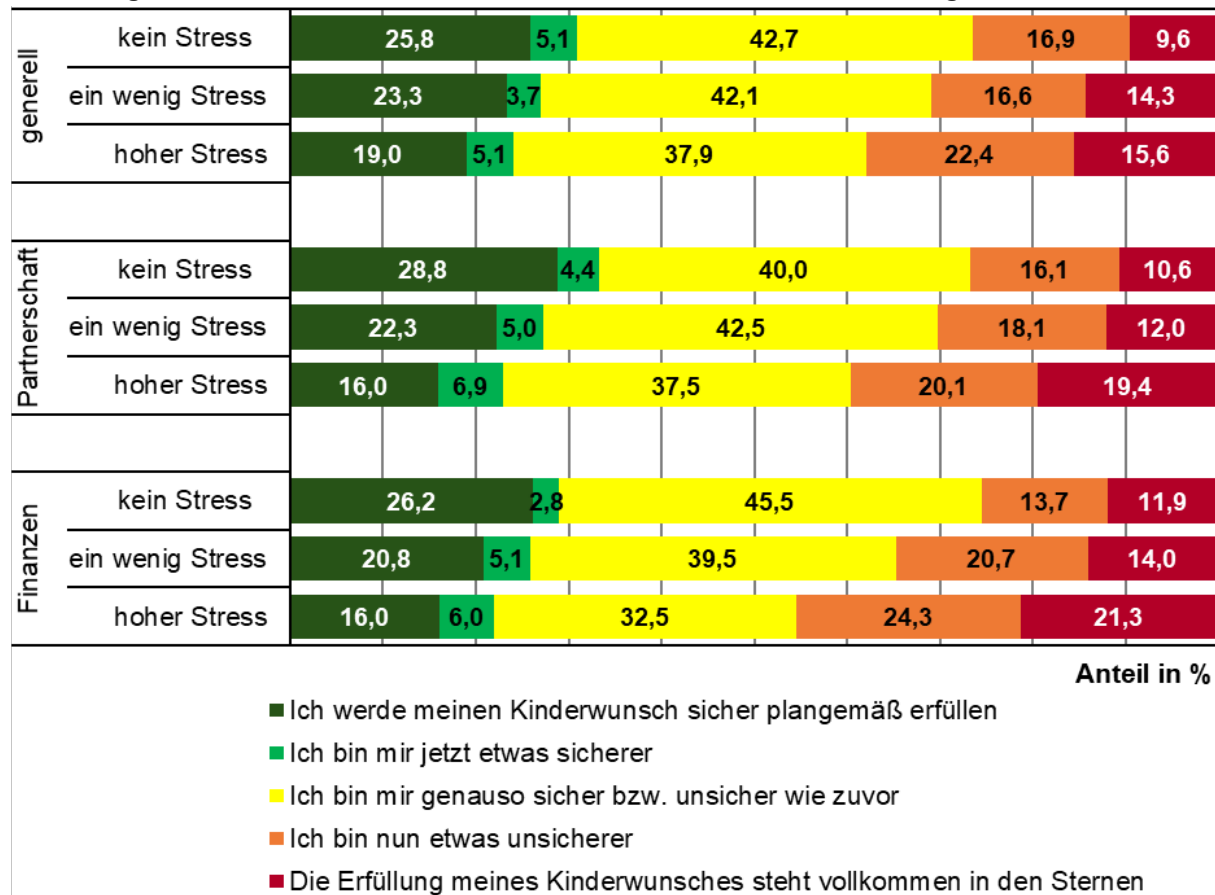
Abbildung 65: Sicherheit Kinderwunsch umzusetzen nach erwarteter Änderung des Lebensstandards



Quelle: GGP 2023 – eigene Berechnung ÖIF; n=1.867

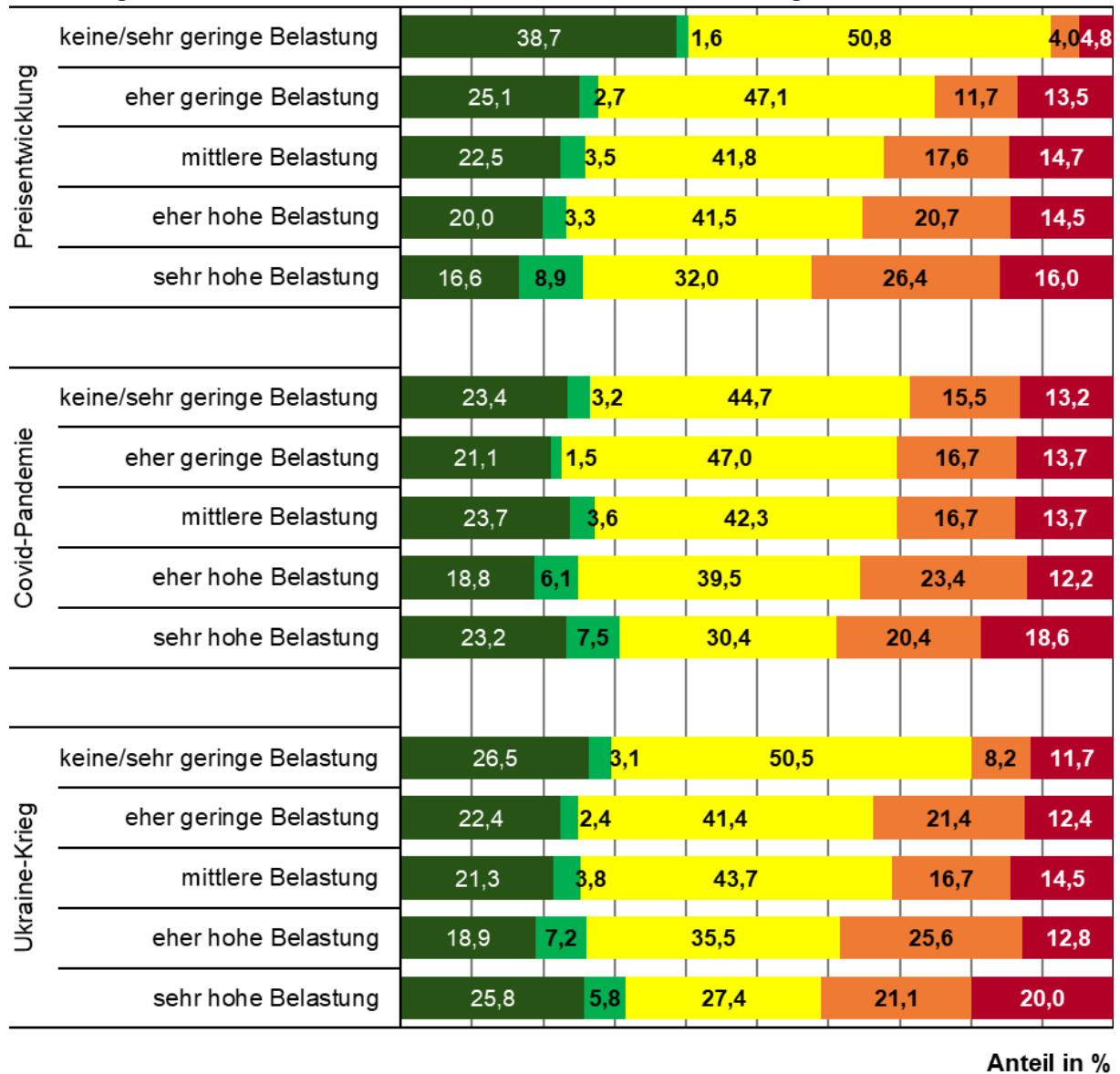
Die Höhe der Stressbelastung reduziert das Sicherheitsgefühl, den Kinderwunsch wie aktuell geplant verwirklichen zu können. Je höher das Stresslevel ist, desto öfter steht die Umsetzung in den Sternen und desto öfter sinkt die Sicherheit im Vergleich zur Vorkrisenzeit ab. Befragte ohne Stress sind sich öfter absolut sicher, ihre Kinderpläne umsetzen zu können als Befragte mit hohem Stress. Diese Tendenz gilt für alle drei erfassten Bereiche und dies in ähnlich starkem Ausmaß.

Wie bei der Stressbelastung wirkt sich auch die Belastung durch die Krisen negativ auf die subjektiv wahrgenommenen Umsetzungsmöglichkeiten aus. Auf der negativen Seite (sinkende Chancen oder völlige Unsicherheit) sind die Effekte bei allen Krisen existent, besonders stark bei der Preiserhöhung. Auf der positiven Seite (Umsetzung scheint sicher zu erfolgen) sieht man die Unterschiede ausschließlich bei der Preisentwicklung. Stellt die Inflation kein Problem dar, ist für 39 % die Umsetzung absolut sicher und für 5 % vollkommen offen, bei einer sehr hohen Belastung ist sie nur für 17 % sicher und für 16 % offen. Bei der Covid-Pandemie ist sie für jeweils 23 % weitgehend fix (keine bzw. sehr hohe Belastung) bzw. offen (13 % keine Belastung, 19 % sehr hohe Belastung, beim Ukraine-Krieg sind es 27 % bzw. 26 % (fixe Umsetzung) und 12 % bzw. 20 % (offene Umsetzung).

Abbildung 66: Sicherheit Kinderwunsch umzusetzen nach Stressbelastung


Quelle: GGP 2023 – eigene Berechnung ÖIF; n= 1.892/1.626/1.889

Durchgängig werden die Chancen öfter als sicher umsetzbar gesehen und seltener als extrem unsicher. Bei der Veränderung ist es umgekehrt. Hier wird erwartungsgemäß immer eher eine krisenbedingte Verschlechterung als eine krisenbedingte Verbesserung wahrgenommen.

Abbildung 67: Sicherheit Kinderwunsch umzusetzen nach Belastung durch Krisen

- Ich werde meinen Kinderwunsch sicher plangemäß erfüllen
- Ich bin mir jetzt etwas sicherer
- Ich bin mir genauso sicher bzw. unsicher wie zuvor
- Ich bin nun etwas unsicherer
- Die Erfüllung meines Kinderwunsches steht vollkommen in den Sternen

Quelle: GGP 2023 – eigene Berechnung ÖIF; n= 1.855/1.860/1.838

Letztlich bleibt auch die Frage nach der Einschätzung der Realisierungschancen eine subjektive Sichtweise. Ob diese Einschätzung realistisch ist oder nicht, lässt sich aus den GGP-Daten der aktuellen Welle nicht ableiten. Ob Befragte, die die Chancen zur Planumsetzung optimistischer und als sicherer einschätzen, ihre Pläne tatsächlich öfter umsetzen können und umsetzen werden als Befragte, die diesbezüglich pessimistischer bzw. unsicher sind, kann erst in einer Folgewelle des GGP analysiert werden.

5 Multivariate Modellierung

Abschließend soll der Frage nachgegangen werden, inwiefern die Zukunftserwartungen und -pläne der Befragten durch die Erfahrungen der Krisenzeiten beeinflusst wurden und wohl oft noch werden. Hierfür wurden – wie zuvor ausgeführt – Einschätzungsfragen gestellt, anhand derer die Befragten angeben konnten, ob sie optimistische, neutrale oder pessimistische Erwartungen für ihre unmittelbare Zukunft ausmachen. Vorerst wurden Einschätzungsfragen zur angenommenen Entwicklung

- des persönlichen Lebensstandards,
- der Erwerbschancen, sowie
- der persönlichen Weiterbildungsmöglichkeiten

gestellt. Hierbei zeigte sich, dass die Frage nach der angenommenen Entwicklung des Lebensstandards die am besten handhabbare Indikatorfrage darstellt, um anschließend deren Einfluss auf den Kinderwunsch zu erfassen. Hierbei werden gezielt nicht die allgemeinen Indikatoren des Kinderwunschs, sondern die spezifische Einschätzungsfrage, inwiefern die Krisenerfahrungen den subjektiven Kinderwunsch beeinflusst haben, herangezogen.

5.1 Erwartung zur Entwicklung des Lebensstandards

Die Entwicklung der Erwerbs- und Weiterbildungsmöglichkeiten erscheinen in erster Linie vom Alter der Befragten abzuhängen. Dies ist auch naheliegend: die Bildungschancen bestehen vorrangig in der Jugend und dem jungen Erwachsenenleben. Bildungsverläufe können auch erst später beginnen, dies kommt jedoch nicht so häufig vor. Auch die Erwerbs- und Karriereverläufe erscheinen in den ersten Arbeitsjahren steiler, mit zunehmendem Alter flachen die Karriereverläufe üblicherweise ab. Dies spiegelt sich auch in der Erwartungshaltung der Befragten wider.¹⁵ Es ist ersichtlich, dass die Erwartung, dass sich die Bildungs- oder Erwerbschancen noch steigern, mit dem Alter der Befragten, bzw. dem Alter ihrer Kinder zurückgeht. Kinderlose weisen auch im höheren Alter noch höhere, aber ebenfalls rückläufige Erwartungen aus. Bei Eltern ist hingegen ein deutlicher, kontinuierlicher Rückgang der positiven Erwartungen bei Konstanz der pessimistischen Aussichten auf niedrigem Niveau zu verzeichnen.

Anders verhält es sich bei den Erwartungen zur Entwicklung des Lebensstandards. Über 40 % der Eltern und 37 % der Kinderlosen vertreten pessimistische Erwartungen. Sie gehen davon aus, dass sich ihr Lebensstandard reduzieren wird. Auch hier ist eine altersgeleitete Zunahme der pessimistischen und eine Abnahme der optimistischen Zukunftserwartungen zu verzeichnen. Diese gut 40 % Pessimisten sind nun die Gruppe, die genauer analysiert werden soll.

Worin zeichnen sich die Personen, die negative Zukunftsaussichten hinsichtlich der Entwicklung ihres persönlichen Lebensstandards haben, besonders aus? Diese Frage wird anhand eines dafür geeigneten Regressionsverfahrens näher behandelt. Hierbei wird die Erwartungsneigung von Männern und Frauen anhand eines Grundmodells, das vor allem strukturelle

¹⁵ Vgl. Neuwirth (2023) S. 74ff

Kovariaten anführt, sowie eines erweiterten Modellansatzes, der darüber hinaus auch ausgewählte Erfahrungen der Krisenjahre beinhaltet, vergleichend aufgearbeitet (Tabelle 4).

Tabelle 4: "Mein Lebensstandard wird sich über die nächsten drei Jahre verschlechtern"

	Grundmodell						erweitertes Modell					
	alle		Männer		Frauen		alle		Männer		Frauen	
Konstante	0,590	****	0,509	****	0,742	*	0,678	*	0,558	*	0,840	
weiblich	1,062		1		1		1,030		1		1	
Alter: 18-24	0,553	****	0,585	**	0,533	***	0,478	****	0,487	**	0,463	***
Alter: 25-34	0,783	**	0,820		0,765	*	0,715	**	0,721	^	0,718	*
Alter: 35-49	0,900		0,992		0,823	*	0,920		1,011		0,847	~
Alter: 50-59 [r]	1		1		1		1		1		1	
niedrige Bildung	0,923		0,910		0,941		0,936		0,867		0,992	
mittlere Bildung [r]	1		1		1		1		1		1	
hohe Bildung	0,835	**	0,708	***	0,968		0,829	**	0,692	***	0,973	
keine Partnerschaft davor [r]	1		1		1		1		1		1	
eine Partnerschaft davor	1,100		1,215	~	0,984		1,059		1,311	^	0,861	
zwei Partnerschaften	1,042		1,045		1,017		1,023		1,093		0,927	
3+ Partnerschaften	1,502	**	1,870	**	1,070		1,425	*	2,336	***	0,660	^
dzt. in keiner Partnerschaft [r]	1		1		1		1		1		1	
zusammenlebend	1,058		1,225		0,885		0,984		1,041		0,902	
verheiratet	1,205	^	1,487	**	0,969		1,141		1,322		0,915	
LAT-Beziehung	1,069		1,204		0,900		1,003		1,039		0,895	
gleichgeschl. Partnerschaft	0,721		0,826		0,520	~	0,609	^	0,602		0,444	^
Herkunft: Österreich [r]	1		1		1		1		1		1	
Deutschland	0,932		1,007		0,884		0,889		1,011		0,810	
EU-Westeuropa	1,154		1,340		0,993		1,197		0,943		1,499	
EU-Mittel- und Osteuropa	0,771	**	0,707	^	0,810	~	0,661	**	0,723		0,618	**
Außerhalb EU	0,879		1,066		0,742	~	0,864		1,047		0,719	
keine Kinder [r]	1		1		1		1		1		1	
1 Kind	1,118		0,984		1,240	^	1,035		0,922		1,219	
2 Kinder	0,998		0,978		1,003		1,021		0,959		1,126	
3+ Kinder	1,025		0,993		1,073		1,064		0,980		1,225	
schlechtes Auskommen	2,757	****	2,742	****	2,812	****	1,978	****	1,840	****	2,212	****
mittleres Auskommen [r]	1		1		1		1		1		1	
gutes Auskommen	0,355	****	0,372	****	0,339	****	0,401	****	0,405	****	0,401	****
Vereinbarkeitskonflikte							2,559	****	3,277	****	2,024	****
Preisbelastung							2,070	****	2,509	****	1,698	****
Belastung durch Pandemie							1,198	*	1,391	**	1,064	
Belastung durch Krieg							1,338	***	1,275	^	1,473	***
zufrieden mit Erwerbsarbeit							0,799	**	0,743	**	0,855	~
hohe Lebenszufriedenheit							0,689	****	0,750	**	0,633	****
wohnt zur Miete							0,845	*	0,804	^	0,924	
zufrieden mit Wohnsituation							0,764	**	0,769	*	0,772	*
N df	5445 10		2318 9		3127 9		4081 18		1831 17		2250 17	
Wald pR²	389,25 0,087		172,62 0,091		259,3 0,087		427,25 0,134		226,33 0,151		252,17 0,128	

Logistische Regressionen; Odds Ratios

Signifikanzniveaus: ~ $p < 0.2$, ^ $p < 0.15$, * $p < 0.1$, ** $p < 0.05$, *** $p < 0.01$, **** $p < 0.001$

Hierbei ist vorab ersichtlich, dass die Befürchtung, der persönliche Lebensstandard könne innerhalb der nächsten drei Jahre sinken, von Männern wie Frauen insgesamt fast im gleichen Ausmaß vertreten wird. Dennoch zeigen sich durchaus Geschlechtsunterschiede bei einigen der identifizierten Einflüsse auf diese Erwartungshaltung.

Hinsichtlich der Altersgruppen sind noch gut vergleichbare Ergebnisse einsehbar: Die Chance, dass junge Erwachsene im Alter 18 bis 24 Jahre pessimistische Erwartungen hinsichtlich der Entwicklung ihres Lebensstandards äußern, ist etwa halb so hoch wie bei der Referenzgruppe der 50 bis 59-Jährigen. Dieses höchst signifikante Differential schleift sich mit zunehmendem Alter aus. Die Altersgruppe der 35 bis 49-Jährigen weist keine signifikanten Unterschiede zur Referenzaltersgruppe (50–59) aus.

Befragte mit hohen Bildungsabschlüssen¹⁶ weisen eine geringere Neigung zu pessimistischen Erwartungen hinsichtlich der Entwicklung ihres Lebensstandards aus. Bei genauerer Betrachtung wird aber ersichtlich, dass nur bei Männern hinreichende Signifikanz dieser Ergebnisse zu verzeichnen ist. Höhergebildete Frauen sind ähnlich pessimistisch wie Frauen mit Sekundarabschluss. Interessant erscheint auch, dass Personen mit niedrigerer Bildung ebenfalls etwas weniger pessimistisch erscheinen. Dies kann auch seine Ursache darin haben, dass die Mehrzahl der Personen mit lediglich Pflichtschulabschluss einen geringeren Lebensstandard aufweisen und allein deshalb einen zusätzlichen Rückgang etwas weniger befürchten. Die Unterschiede zur Referenzgruppe mit Sekundarabschluss sind jedoch statistisch nicht signifikant. Auffallend ist auch, dass sich die Erwartungen der Frauen wenig bis gar nicht über deren Bildungsstand unterscheiden – zumindest, wenn über die in der Regressionsgleichung angeführten Kovariaten kontrolliert wird.

Ein interessantes Geschlechterdifferential wird ersichtlich, wenn nach der Anzahl der vergangenen kohabitierenden Partnerschaften differenziert wird. Männer, die schon eine Partnerschaft zuvor hatten, scheinen etwas pessimistischer zu sein. Dieses Ergebnis ist jedoch statistisch nur schwach abgesichert. Männer mit zumindest drei vergangenen Partnerschaften weisen hingegen eine doppelt so hohe Befürchtung hinsichtlich einer Reduktion ihres Lebensstandards aus, als die Referenzgruppe der Männer mit keiner vergangenen Partnerschaft. Bei den Frauen sind im Grundmodell überhaupt keine signifikanten Unterschiede nach Anzahl vergangener Partnerschaften ersichtlich. Das erweiterte Modell, das auch Krisenerfahrungen der Befragten mitberücksichtigt, lässt sogar annehmen, dass Frauen mit zumindest drei vergangenen Partnerschaften geringere Befürchtungen hinsichtlich der möglichen Reduktion ihres Lebensstandards ausweisen. Obwohl Männer und Frauen mit zumindest drei vergangenen Partnerschaften eher selten vorkommen, weisen die stark differierenden Ergebnisse der Männer und Frauen auf Erfahrungsdifferentiale hinsichtlich bestehender Unterhaltsverpflichtungen hin.

Nicht nur bei den vergangenen, auch bei den zum Erhebungszeitpunkt bestehenden Partnerschaften sind geschlechtsbezogene Unterschiede in den Erwartungen ablesbar. Verheiratete Männer sind signifikanterweise ungleich pessimistischer als ungebundene Männer. Grund-

¹⁶ ISCED-Stufen 5 – 8; also alle mit abgeschlossener tertiärer Ausbildung zuzüglich Personen mit Meisterabschluss

sätzlich weisen Männer in Partnerschaft pessimistischere Erwartungen hinsichtlich der Entwicklung ihres Lebensstandards aus. Bei den Frauen scheint dies umgekehrt: Frauen ohne Partner scheinen hier etwas pessimistischer, dies ist jedoch statistisch nicht hinreichend signifikant.

Männer und vor allem Frauen in gleichgeschlechtlichen Partnerschaften erwarten weit weniger eine Reduktion ihres Lebensstandards als Personen in heterosexuellen Beziehungen. Dieses Ergebnis ist jedoch aufgrund der geringen Fallzahl statistisch nicht hinreichend abgesichert.

Durchaus heterogen, dafür nach Geschlechtern recht gleichförmig, dürfte der Einfluss der Herkunft der Befragten auf deren Erwartung der Entwicklung ihres Lebensstandards wirken: Personen aus Österreich und Deutschland sind in dieser Hinsicht wenig unterscheidbar. Auch Personen aus anderen westeuropäischen Ländern heben sich nicht sonderlich ab. Weniger pessimistisch erscheinen wiederum Personen aus Ost- und Mitteleuropa. Auch hier liegt die Vermutung nahe, dass ein geringeres Ausgangsniveau des jeweiligen Lebensstandards eher weniger eine weitere Verschlechterung annehmen lässt. Bei Personen, die von außerhalb der EU kommen, dürften Frauen weniger pessimistisch in die Zukunft blicken. Auch dieses Ergebnis ist aber statistisch nicht hinreichend abgesichert.

Bezüglich der Kinderzahl sind insgesamt nur wenig Variationen ausmachbar. Am ehesten kann der Eindruck erwachsen, dass Mütter höhere Befürchtungen in Bezug auf eine Verschlechterung des Lebensstandards ausweisen als Väter.

Höchst signifikant und gleichzeitig fast alarmierend erscheinen hingegen die Erwartungen der Entwicklung des Lebensstandards anhand der Frage, wieweit sich die Befragten ihre Lebenshaltungskosten zum Befragungszeitpunkt leisten konnten. Hier zeigt sich – und auch die Ergebnisse der Geschlechter sind hier gut vergleichbar – dass Personen, die jetzt schon schlecht mit ihrem Einkommen auskommen, zum doppelten Ausmaß befürchten, dass sich ihre Situation noch weiter verschlechtert. Umgekehrt gehen Personen, die bereits jetzt gut mit ihrer Einkommenssituation auskommen, weit eher davon aus, dass sich ihr Lebensstandard in Zukunft noch weiter verbessern wird. Dieses Ergebnis ist auch höchst signifikant.

Die folgenden Größen, allesamt zusätzliche Elemente des erweiterten Modells, wurden bewusst dichotomisiert¹⁷, um diesen Modellteil vergleichsweise einfach zu halten. Einige Befragte gaben an, regelmäßig unter Vereinbarungskonflikten zu leiden. Insbesondere die, die

¹⁷ Kovariate des erweiterten Modells:

- (1) „Vereinbarkeitskonflikte“ [0,1]: Maximum aus vier unterschiedlichen Arten von Vereinbarungskonflikten. (1. „Ich war so müde von der Arbeit, dass ich die notwendigen Hausarbeiten nicht mehr machen konnte.“ 2. „Weil ich so viel Zeit in meinem Beruf verbringe, war es schwierig für mich, meinen Pflichten in der Familie nachzukommen.“ 3. „Wegen der Hausarbeit kam ich zu müde zur Arbeit, um meine Aufgaben dort gut erfüllen zu können.“ 4. „Wegen meiner Pflichten in der Familie war es schwierig, mich auf meine Arbeit zu konzentrieren.“)
- (2) Krisenbelastung (1.Preisbelastung, 2.Belastung durch Pandemie, 3.Belastung durch Krieg) ursprünglich anhand 11-teiliger Likert-Skala erhoben, nehmen ab inklusive dem jeweiligen Medianwert den Signalwert 1 an.
- (3) Zufriedenheit (1. „zufrieden mit Erwerbsarbeit“; 2. „hohe Lebenszufriedenheit“; „zufrieden mit Wohnsituation“) wird über dem Medianwert der Signalwert 1 zugewiesen
- (4) „wohnt zur Miete“ direkt aus Wohnungstyp übernommen.

unter hohem Vereinbarungsdruck stehen, zeigen sich hinsichtlich ihrer Erwartungen bezüglich ihres künftigen Lebensstandards wesentlich pessimistischer, Männer noch deutlicher als Frauen. Die bislang erfahrenen Preissteigerungen lassen den Pessimismus, den bisherigen Lebensstandard nicht halten zu können, ebenfalls deutlich und signifikant steigen. Die erfahrenen Belastungen der Covid-Pandemie verursachen v.a. bei den Männern eine noch erkennbare Steigerung des Pessimismus, das Ausmaß sowie deren Signifikanz ist jedoch geringer. Bei Frauen ist dies statistisch nicht mehr hinreichend unterscheidbar. Anders erscheinen die Belastungen durch den Ukraine-Krieg. Hier dürfte die wohl vor allem emotionale Betroffenheit bei Frauen weit tiefgreifenderen Einfluss auf die Zukunftserwartungen haben als bei Männern.

Anders wirkt die Zufriedenheit mit der eigenen Erwerbsarbeit: Je zufriedener die Befragten mit ihrer Erwerbsarbeit sind, desto geringer die Befürchtung eines sich reduzierenden Lebensstandards. In die gleiche Richtung bei vergleichbarem Ausmaß und Signifikanz wirkt die allgemeine Lebenszufriedenheit: Je zufriedener, desto weniger Zukunftssorgen und umgekehrt. Auch die Zufriedenheit mit der persönlichen Wohnsituation wirkt genau in diese Richtung. Befragte, die zur Miete wohnen, scheinen hier auch ein wenig bessergestellt zu sein, sie weisen also geringere Befürchtungen hinsichtlich einer Reduktion ihres Lebensstandards aus.

5.2 Die wahrnehmbaren Änderungen im Kinderwunsch

Eben diese unterschiedlichen, teils krisenbedingten Einflüsse auf die Zukunftserwartungen – hier allein anhand der Erwartung einer möglichen Verschlechterung des Lebensstandards dargestellt – beeinflussen naheliegenderweise auch weitere Zukunftsplanungen. Grundsätzlich könnten sämtliche Indikatoren der mittelbaren Zukunftsplanung, wie sie im GGS erhoben wurden, ähnlich analytisch betrachtet werden, wie bereits bei der Erwartung zur Entwicklung des Lebensstandards dargestellt. Das Sondermodul des österreichischen GGS geht jedoch darüber hinaus: Unmittelbar nach den Einzelindikatoren zu den persönlichen Krisenerfahrungen kommt bewusst die Einschätzungsfrage: *„Hat sich angesichts der globalen Krisen Ihr Kinderwunsch (Anzahl der Kinder) geändert?“* Nach einigen konkretisierenden Indikatorfragen schließt noch die Frage *„Haben sich angesichts der globalen Krisen Ihre Pläne in Bezug auf den Zeitpunkt für ein (weiteres) Kind geändert?“*. Im Gegensatz zu den meisten Erhebungen in diesem thematischen Umfeld kann mit dem österreichischen GGS 2022/23 also nicht nur der bestehende Kinderwunsch analytisch behandelt werden, wobei gegebenenfalls auch Einflüsse von Krisenerfahrungen in die Analyse einfließen können, sondern die Befragten gaben auch ihre subjektiven Einschätzungen über das Ausmaß der Kriseneinwirkungen.

Im Folgenden werden die strukturellen sowie krisenbedingten Einflüsse auf Kinderwunsch und Verschiebung der Geburten dargelegt. Dabei werden bewusst durchaus vergleichbare Modelle wie in Tabelle 4 erörtert. Konkret sind die Modelle zur möglichen Reduktion des Kinderwunschs (Tabelle 5) sowie zur Verschiebung der Geburt des gewünschten Kindes (Tabelle 6) zueinander strukturgleich angelegt. Die nun folgende textliche Interpretation bezieht sich – in der Abfolge der Kovariaten in den Regressionstabellen – auf beide Zielvariablen.

Tabelle 5: Aufgrund der Krisenerfahrungen: weniger Kinder gewünscht.

	Grundmodell						erweitertes Modell					
	alle		Männer		Frauen		alle		Männer		Frauen	
Konstante	0,28	****	0,299	****	0,34	****	0,189	****	0,174	****	0,256	****
weiblich	1,335	***	1		1		1,325	**	1		1	
Alter: 18-24	0,881		0,64	*	1,155		0,764	~	0,549	*	1,042	
Alter: 25-34	1		1		1		1		1		1	
Alter: 35-44	0,59	****	0,627	**	0,53	****	0,51	****	0,595	**	0,413	****
niedrige Bildung	1,19		1,218		1,167		1,222		1,197		1,165	
mittlere Bildung [r]	1		1		1		1		1		1	
hohe Bildung	1,117		1,02		1,219	~	1,096		0,994		1,233	
Herkunft: Österreich [r]	1		1		1		1		1		1	
Deutschland	1,506	*	1,418		1,64	^	1,399		1,278		1,66	
EU-Westeuropa	1,234		0,996		1,418		0,962		0,523		1,588	
EU-Mittel- und Osteuropa	0,582	***	0,387	**	0,764		0,469	***	0,313	**	0,807	
Außerhalb EU	0,797		0,711		0,861		1,019		0,747		1,324	
keine Kinder [r]	1		1		1		1		1		1	
1 Kind	0,785	^	0,79		0,813		0,726	*	0,559	**	0,966	
2 Kinder	0,493	****	0,563	**	0,488	****	0,395	****	0,37	***	0,461	**
3+ Kinder	0,533	***	0,646		0,519	**	0,331	****	0,341	**	0,361	**
schlechtes Auskommen	1,903	****	1,965	****	1,881	****	1,293	^	1,068		1,577	**
mittleres Auskommen	1		1		1		1		1		1	
gutes Auskommen	0,434	****	0,557	*	0,343	****	0,436	****	0,547	*	0,298	****
Lebensstandard fällt							1,916	****	1,713	**	2,012	****
Vereinbarkeitskonflikte							1,511	^	2,274	**	1,116	
Preisbelastung							1,478	**	1,527	^	1,319	
Belastung durch Pandemie							1,367	**	1,751	**	1,067	
Belastung durch Krieg							1,678	***	2,202	****	1,292	
N df	3105	7	1264	6	1841	6	2014	12	923	11	1091	11
Wald pR ²	145,1	0,062	44,7	0,048	118,4	0,079	176,9	0,118	91,1	0,129	102,1	0,132

*Logistische Regressionen; Odds Ratios**Signifikanzniveaus: ~ p<0.2, ^ p<0.15, * p<0.1, ** p<0.05, ***p<0.01, **** p<0.001*

Insgesamt muss vorab berücksichtigt werden, dass die Fallzahl der bei der Analyse einer möglichen Reduktion des Kinderwunschs (Tabelle 5) wesentlich über der der möglichen Verschiebung der Realisierung (Tabelle 6) liegt. Dies liegt in erster Linie darin begründet, dass zahlreiche Befragte angaben, vor den Krisenjahren durchaus (noch) ein Kind gewünscht zu haben, diesen Wunsch aber im Verlauf der Krisenjahre revidierten. Wenn kein Kinderwunsch mehr besteht, kann selbstredend keine Verschiebung der geplanten Geburt mehr analysiert werden. Insgesamt konnten weniger als die Hälfte derer, die in Tabelle 5 hinsichtlich einer möglichen Reduktion des Kinderwunschs analysiert wurden, in die Postponement-Analyse¹⁸ einbezogen werden. Diese vergleichsweise geringen Fallzahlen beschränken auch das Komplexitätspotential der analytischen Modelle.

¹⁸ In Studien zur demographischen Entwicklung wird das Verschieben von gewünschten Geburten als „Postponement“ bezeichnet. War das Postponement bis vor kurzem als die treibende Kraft des Geburtenrückgangs gesehen, wird nun in so gut wie allen OECD-Ländern ersichtlich, dass auch ein zusätzlicher Rückgang der gewünschten Kinderzahl vorliegt.

Insgesamt kann davon ausgegangen werden, dass die kriseninduzierte Reduktion des Kinderwunsches stärker bei Frauen auftritt. Weibliche Befragte zeigen eine signifikant höhere Neigung zur Reduktion ihres Kinderwunsches (Tabelle 5). Gleichzeitig ist aber beobachtbar, dass Männer aufgrund der Krisenerfahrungen stärker eine Verschiebung der Realisierung der noch gewünschten Geburten ins Auge fassen. Dies ist aber statistisch weit schwächer abgesichert (Tabelle 6).

Im Gegensatz zur Analyse zur Erwartung eines möglichen Rückgangs des Lebensstandards, in die alle Befragten einbezogen wurden, beschränkt sich die Analyse der Reduktion des Kinderwunsches und der Verschiebung der gewünschten Geburten auf die fertile Altersspanne der Frauen. Zur Wahrung der Vergleichbarkeit gehen Männer wie Frauen in Altersstufen bis unter 45 in die Analysen ein.

Tabelle 6: Aufgrund der Krisenerfahrungen: Verschiebung der gewünschten Geburt

	Grundmodell						erweitertes Modell					
	alle		Männer		Frauen		alle		Männer		Frauen	
Konstante	0,173	****	0,138	****	0,201	****	0,133	****	0,101	****	0,143	****
weiblich	0,759	^	1		1		0,701	^	1		1	
Alter: 18-24	0,875		0,969		0,639	^	0,774		0,673		0,922	
Alter: 25-34	1		1		1		1		1		1	
Alter: 35-44	0,483	**	0,592	~	0,254	**	0,386	**	0,502	*	nv	
niedrige Bildung	0,961		0,8		1.182		0,49		0,636		nv	
mittlere Bildung [r]	1		1		1		1		1		1	
hohe Bildung	0,997		1.283		0,628	^	0,783		0,9		0,626	
Herkunft: Österreich [r]	1		1		1		1		1		1	
Deutschland	1.288		1.836		0,432		1.713		3.163		nv	
EU-Westeuropa	1.279		1.338		1.243		0,256		nv		1.277	
EU-Mittel- und Osteuropa	2.627	****	2.818	**	2.272	**	2.243	**	2.621	*	2.085	
Außerhalb EU	3.249	****	2.331	^	4.754	****	2.224	*	1.424		3.779	*
keine Kinder [r]	1		1		1		1		1		1	
1 Kind	0,525	**	0,684		0,331	***	0,563	*	0,524	^	0,766	
2 Kinder	0,265	***	0,401	^	0,147	**	0,0691	**	0,107	**	nv	
3+ Kinder	0,417	*	0,499		0,32	^	0,452		0,412		0,591	
schlechtes Auskommen	2.249	****	2.179	***	2.493	****	1.640	*	1.709	^	1.553	
mittleres Auskommen	1		1		1		1		1		1	
gutes Auskommen	0,421	***	0,542	^	0,276	***	0,532	*	0,778		0,221	***
Lebensstandard fällt							1.749	**	1.557	~	1.976	*
Vereinbarkeitskonflikte							2.242	*	2.839	*	1.609	
Preisbelastung							1.542	^	1.492		1.647	
Belastung durch Pandemie							1.058		1.217		0,801	
Belastung durch Krieg							0,857		0,971		0,722	
N df	1491	7	666	6	825	6	959	12	481	11	339	11
Wald pR ²	87,8	0,095	36,3	0,069	74,0	0,159	76,4	0,124	30,0	0,111	57,4	0,128

Logistische Regressionen; Odds Ratios

Signifikanzniveaus: ~ $p < 0.2$, ^ $p < 0.15$, * $p < 0.1$, ** $p < 0.05$, *** $p < 0.01$, **** $p < 0.001$

Bei Männern wie Frauen ist deutlich erkennbar, dass sie in der höheren relevanten Altersklasse (35–44) signifikant seltener ihren Kinderwunsch krisenbedingt reduziert haben als Personen in der Referenzaltersklasse (25–34). Insbesondere Frauen der oberen Altersklasse verschieben ihren verbliebenen Kinderwunsch naheliegenderweise weit seltener als Frauen der mittleren Altersgruppe.

Krisenbedingte Reduktionen im Kinderwunsch bzw. der Verschiebung des avisierten Geburtszeitpunkts scheinen über alle Bildungsschichten ähnlich verteilt zu sein. Höher gebildete Frauen scheinen ihren Kinderwunsch eher zu reduzieren, verschieben aber die gewünschten Kinder offenbar etwas seltener. Dennoch muss beachtet werden, dass die entsprechenden Koeffizientenwerte statistisch nur bedingt abgesichert sind.

Betrachtet man den Migrationshintergrund, so wird ersichtlich, dass lediglich Männer aus ost- und mitteleuropäischen EU-Ländern signifikant öfter ihren Kinderwunsch im Zuge der Krisen reduziert haben. Personen aus Deutschland dürften ihren Kinderwunsch etwas öfter als Österreicher:innen reduziert haben, dies ist jedoch nur bedingt abgesichert. Ähnlich sieht es bei den krisenbedingten Verschiebungen von Geburten aus: Es ist erkennbar, dass Männer und Frauen aus Ost- und Mitteleuropa sowie von außerhalb der EU deutlich häufiger aufschieben, als es die anderen ethnischen Gruppen schon tun.

Wenn bereits Kinder vorhanden sind, so scheint es, dass der noch verbleibende Kinderwunsch eher beibehalten wird. Es sind eher die Kinderlosen sowie Personen mit einem Kind, die den (zusätzlichen) Kinderwunsch revidieren. Natürlich muss einschränkend bemerkt werden, dass nur wenige Eltern mit zwei oder mehr Kindern noch einen zusätzlichen Kinderwunsch haben. Wenn dieser jedoch besteht, dürfte er deutlich stabiler sein als der von Kinderlosen oder Personen mit nur einem Kind. Auch bestätigt sich erneut, dass Kinderlose ihre gewünschte Erstgeburt viel eher aufschieben als Personen, die bereits zumindest ein Kind haben. Insbesondere Mütter dürften darauf bedacht sein, den Altersabstand zwischen den existierenden und den zusätzlich gewünschten Kindern nicht allzu groß werden zu lassen.

Der derzeitige materielle Status zeigt höchst signifikant, dass Männer wie Frauen mit schlechter materieller Ausstattung gut doppelt so häufig krisenbedingt auf das zuvor gewünschte Kind verzichten als Personen mit durchschnittlichem materiellen Status. Gut Verdienende und Wohlhabende verzichteten deutlich seltener auf zuvor gewünschte Kinder. Noch eindeutiger verhält es sich mit dem kriseninduzierten Aufschieben der nach wie vor gewünschten Geburten. Besonders bei Frauen ist eine starke Wohlstandsabhängigkeit der krisenbedingten Revision des Kinderwunsches sowie des Aufschiebens der Geburten ablesbar.

Der springende Punkt der vorliegenden Analyse eröffnet sich durch die Implementierung der zuvor analysierten Erwartungshaltung zur Entwicklung des persönlichen Lebensstandards über die nächsten drei Jahre: Über alle Befragten gerechnet lässt sich erkennen, dass die Befürchtung eines fallenden Lebensstandards die statistische Chance, dass der bestehende Kinderwunsch revidiert bzw. reduziert wird, beinahe verdoppelt wird. Dieses Ergebnis ist höchst signifikant abgesichert, bei Frauen etwas mehr als bei Männern. Der verbleibende Kinderwunsch erfährt bei befürchtetem Rückgang des Lebensstandards auch eine erkennbare Verschiebung nach hinten.

Bestehende Vereinbarkeitskonflikte unterstützen in Krisenzeiten vor allem bei Männern eine Reduktion des Kinderwunsches. Auch der verbleibende Kinderwunsch wird bei bestehenden Vereinbarkeitskonflikten mehr als doppelt so wahrscheinlich verschoben.

Die drei explizit angeführten Krisen (Teuerung, Pandemie und Krieg) zeigen einen nachweisbaren Effekt bei Männern: sie weisen eine Reduktion im Kinderwunsch aus. Weder Männer noch Frauen weisen aber statistisch signifikante Verschiebungen der avisierten Geburtstermine aufgrund der drei Krisentypen aus.

Insgesamt lässt sich sagen, dass die befürchtete Reduktion im Lebensstandard insbesondere für Frauen den stärksten Reduktionsgrund des Kinderwunsches darstellt. Auch die Verschiebung der Geburt nach wie vor gewünschter Kinder wird durch die befürchtete Reduktion im Lebensstandard induziert.

6 Zusammenfassung

Ziel der Studie ist, die Belastung der österreichischen Bevölkerung durch die Covid-Pandemie, den Ukraine-Krieg und die Preissteigerungen aufzuzeigen und deren Folgen auf die erwartete Entwicklung des Lebensstandards und auf mögliche Veränderungen des Kinderwunsches zu analysieren.

Folgt man bestehenden Arbeiten, so wird man gewahr, dass ein Großteil der bisherigen Studien auf ökonomisch fundierten Modellen beruht. Ein weitverbreiteter ökonomischer Ansatz zur Modellierung der Entscheidung, ein Kind zu bekommen, basiert auf der bahnbrechenden Arbeit von Becker (1960). Demnach entscheiden sich Menschen eher dafür, Eltern zu werden, wenn sie mehr verfügbares Einkommen haben, um die damit verbundenen Kosten der Elternschaft zu decken. Einkommenssteigerungen führen bei sonst konstanten Faktoren zu einem erhöhten Kinderwunsch, während steigende Kosten für die Kindererziehung die Nachfrage nach weiteren Kindern verringern. In der Situation erhöhter Arbeitsmarktrisiken, politischer Instabilität sowie hoher Inflation könnten die Agenten veranlasst werden, ihren mittelfristigen Kinderwunsch zu senken. Der Einfluss von hoher Inflation auf die Fertilität wird in einer Vielzahl an Studien jedenfalls nachgewiesen. Allerdings gibt es Unterschiede zwischen entwickelten Ländern und Entwicklungsländern. Auch ist erkennbar, dass insbesondere die Entwicklung der Wohnkosten einen dämpfenden Effekt auf die Fertilität hat. Diese Ansprechbarkeit der Fertilitätsrate gegenüber den Immobilienpreisen hat in den letzten Jahren, jedenfalls in den USA, zugenommen. Während höhere Immobilienpreise bei Mieter:innen zu einer Reduktion der Fertilität führen, steigt zumindest temporär die Fertilität von Eigentümer:innen mit ihren Hauspreisen, da diese sich nach den Hauspreissprüngen wohlhabender wähnen. Diese Ergebnisse legen nahe, dass Immobilienmärkte als Hintergrundfaktor wirken, der vielleicht noch nicht den Kinderwunsch per se, wohl aber dessen Realisierung moderiert. Auch ist erkennbar, dass hohe Inflation, insbesondere steigende Wohnkosten, aber auch Bildungskosten sich auch negativ auf die Anzahl der (Erst)Eheschließungen auswirken können.

Bereits in der Finanzkrise ab 2008 war beobachtbar, dass egalitäre Haushalte – also solche, in denen Männer und Frauen im selben Ausmaß erwerbstätig sind – stark zurückgegangen sind. Insbesondere, wenn die Frau einen niedrigen Bildungsstatus hat. Dies war und ist ab 2022 zwar nicht mehr so direkt ablesbar, die Tendenz ist aber erkennbar. Der Rückgang der egalitären Haushalte wird ebenfalls oft als fertilitätsdämpfend erachtet, besonders hinsichtlich der Folgegeburten.

Eingebettet in die Ergebnisse dieser internationalen Studien wurden die Fragestellungen zur erwarteten Entwicklung des Lebensstandards und, darauf aufbauend, zu möglichen kriseninduzierten Konsequenzen für den Kinderwunsch auf Basis des österreichischen Zusatzmoduls der aktuellen Welle des Generations and Gender Programme (GGP) aus den Jahren 2022 und 2023 untersucht.

Als besonders belastend erweist sich zum Erhebungszeitpunkt die Inflation. Sie war zu diesem Zeitpunkt besonders hoch und im Alltagsleben unmittelbar spürbar. Für mehr als die Hälfte der Befragten war sie eher oder sogar sehr belastend, für 19 % war sie nicht oder nur gering belastend. Der Höhepunkt der Covid-Pandemie und die damit verbundenen Einschränkungen

waren zu diesem Zeitpunkt vorüber, der Alltag hatte sich diesbezüglich weitgehend normalisiert. Dennoch gaben über 40 % an, durch die Pandemie immer noch stark belastet zu sein, ein Drittel empfand nur noch eine geringe Belastung. Der Ukraine-Krieg wurde am seltensten als stark belastend wahrgenommen (von rund einem Drittel), auch deshalb, weil dafür die unmittelbare persönliche Betroffenheit noch am geringsten ist.

Bei allen Krisen empfinden Frauen eine höhere Belastung als Männer. Das Belastungsniveau steigt mit der Zahl der Kinder bei allen Krisen an, bei der Preissteigerung fällt der Belastungsanstieg aber besonders deutlich aus. Alterseffekte sind nur gering und am ehesten bei den Preissteigerungen zu sehen. Hier sinkt die Belastung tendenziell mit dem Alter.

Der Ausblick auf die Entwicklung des Lebensstandards ist eher pessimistisch. Zwar glaubt rund die Hälfte (47 %), ihren jetzigen Lebensstandard in den kommenden drei Jahren aufrecht erhalten zu können, 40 % befürchten aber eine krisenbedingte Verschlechterung, bloß 13 % erwarten eine Verbesserung.

Jüngere Befragte, die am Beginn ihrer Familien- und Berufsplanung stehen, glauben zwar eher an eine Verbesserung der Lage als Ältere, allerdings sind auch unter ihnen mehr pessimistisch (30 % vermuten eine Verschlechterung) als optimistisch (25 % vermuten eine Verbesserung). Männer blicken etwas positiver in die Zukunft als Frauen; Befragte mit einem sehr hohen Bildungsabschluss (Studium) positiver als Befragte ohne Studienabschluss. Alleinerziehende haben besonders düstere Aussichten, von ihnen befürchtet mehr als die Hälfte (57 %) eine Verschlechterung.

Bedenklich sind die Zusammenhänge der aktuellen Lebensbedingungen mit den Zukunftsaussichten. Befragte, die mit dem derzeitigen Leben, der derzeitigen Wohnsituation und dem aktuellen Gesundheitszustand unzufrieden sind, befürchten mehrheitlich eine weitere Verschlechterung ihres Lebensstandards, an eine Verbesserung glauben nur sehr wenige. Sie sehen sich vielfach in einer Abwärtsspirale mit wenig Aussicht auf eine Trendwende.

Die unmittelbare Belastung durch die drei erfassten Krisen trübt die Zukunftsaussichten. Stellt beispielsweise die Inflation eine eher hohe Belastung dar, befürchtet rund die Hälfte eine Verringerung ihres Lebensstandards, bei einer sehr hohen Belastung sind es sogar zwei Drittel, bei einer sehr geringen Belastung hingegen nur 14 %.

Auch wenn die Belastung durch die Krisen hoch ist, sind eindeutige Planänderungen des Kinderwunsches eher selten. Nur 8 % geben an, ihren Kinderwunsch aufgrund der Krisen abgeändert zu haben, bei zwei Drittel gab es keine Veränderung, ein Viertel machte sich darüber noch keine Gedanken bzw. ist sich diesbezüglich noch unsicher. Die hohe Stabilität erklärt sich aus dem hohen Anteil jener, die ihre Kinderplanung und deren Umsetzung bereits abgeschlossen hatten; sie wollen unabhängig von den Krisen keine (weiteren) Kinder mehr bekommen. 57 % derer, die keine Planänderung hatten, wollten auch zuvor keine weiteren Kinder bekommen, sei es, weil sie schon ausreichend Kinder haben oder weil sie grundsätzlich kinderlos bleiben wollen (bzw. keine Kinder bekommen können oder konnten).

Die Zahl bereits vorhandener Kinder ist bei dieser Entscheidung relevant. Ist man noch kinderlos, reduzierten 22 % ihren weiteren Kinderwunsch (auf weniger oder auf gar keine Kinder),

rund zwei Drittel veränderten ihn nicht. Hat man bereits zumindest zwei Kinder, änderten rund 90 % ihre weiteren Wünsche nicht.

Jüngere Befragte, die am Beginn oder in der Frühphase der Kinderplanung und deren Realisierung stehen, reduzierten krisenbedingt öfter den weiteren Kinderwunsch als Ältere, die bei der Umsetzung schon weiter fortgeschritten waren oder die Phase schon komplett abgeschlossen hatten. Aufgrund der geringeren Zahl bereits vorhandener Kinder möchten die Jüngeren trotz der Krisen dennoch mehr weitere Kinder bekommen als Ältere, bei der insgesamt angestrebten, endgültigen Kinderzahl (der Summe aus bereits geborenen Kindern und noch geplanten Kindern) sind die Unterschiede jedoch deutlich geringer. Jüngere tendieren in ihren Plänen eher zu insgesamt zwei Kindern als zu einem oder zu zumindest drei Kindern als Ältere. Dabei ist zu bedenken, dass es sich bei den Jüngeren stärker um Pläne und bei den Älteren stärker um bereits tatsächlich realisierte Kinder handelt. Grundsätzliche Pläne und deren reale Umsetzung müssen nicht zusammenfallen, es können Abweichungen in beide Richtungen auftreten.

Es bestehen Zusammenhänge zwischen der Wohnsituation und der Kinderplanung. Lebt man in beengten Wohnverhältnissen (mehr Personen als Wohnräume in der Wohnung/dem Haus) wurde der weitere Kinderwunsch häufiger reduziert als bei großzügigeren Platzverhältnissen. Befragte in einer beengten Wohnsituation haben vielfach bereits jetzt mehr Kinder als andere. Die Kombination aus beidem führt dazu, dass sie weniger weitere Kinder möchten, insgesamt aber mehr Kinder haben (werden).

In rein deskriptiver Betrachtung noch uneindeutig scheinen die Effekte der erwarteten Änderung des Lebensstandards. Ein konstantes Niveau führt zu konstanten Plänen in der Kinderplanung, Veränderungen des Lebensstandards führen zu einem Rückgang des Kinderwunsches und dies sowohl bei einer erwarteten Verschlechterung als auch bei einer erwarteten Verbesserung. Bezieht man sich nur auf ursprünglich gewünschte Folgegeburten, werden die Zusammenhänge bereits eindeutiger. Bei einer befürchteten Verschlechterung will man öfter keine weiteren Kinder bzw. weniger weitere Kinder als bei einer erhofften Verbesserung; Befragte mit einem stabilen Ausblick liegen dazwischen. Auch hier wirkt die Zahl bereits vorhandener Kinder ein. Bei der endgültig angestrebten Kinderzahl sind die Unterschiede geringer, Respondent:innen mit einem voraussichtlich gleichbleibenden Lebensstandard werden insgesamt weniger Kinder haben als solche mit steigenden oder sinkenden Erwartungen.

Direkte Kriseneffekte sind bei den Änderungsplänen erkennbar. Je stärker die Belastung ausfällt, desto öfter verringert man die angestrebte, weitere Kinderzahl. Dies gilt sowohl für die Preissteigerungen als auch für die Covid-Pandemie und den Ukraine-Krieg, der Trend verläuft hierbei kontinuierlich in eine Richtung. Stellt die Preisentwicklung eine sehr geringe Belastung dar, verringerten 6 % ihren weiteren Kinderwunsch, bei einer mittleren Belastung taten dies 14 % und bei einer sehr hohen Belastung 28 %. Weniger eindeutig sind die Folgen für die Anzahl der weiteren, gewünschten Kinder. Bei einer mittleren Belastung durch die Inflation will man seltener keine weiteren Kinder und öfter zwei oder mehr weitere Kinder als bei einer niedrigen oder einer hohen Belastung. Bei der endgültig angestrebten Zahl ist der Verlauf wieder eindeutiger. Verspürt man eine geringe preisliche Belastung, wird man endgültig häufiger

keine oder nur ein Kind bzw. seltener drei oder mehr Kinder haben als bei einer hohen Belastung. Hier muss über die Richtung des Kausalzusammenhangs nachgedacht werden. Eine hohe Belastung kann die Folge vieler Kinder sein.

Als überaus stabil erweist sich die Zeitplanung bei der Umsetzung des Kinderwunsches. 85 % der Befragten mit einem aufrechten Kinderwunsch veränderten trotz der aktuellen Krisen ihren Zeitplan nicht, bei Veränderungen schiebt man den (geplanten) Zeitpunkt der Schwangerschaft meist auf (insgesamt 12 %), nur 3 % möchten ihr nächstes Kind nun früher bekommen. Jüngere schieben die nächste Schwangerschaft öfter auf als Ältere. Ein Aufschieben fällt ihnen leichter, da ihnen aus biologischer Sicht mehr Zeit zur Realisierung des weiteren Kinderwunsches bleibt. Will man nun weniger weitere Kinder bekommen als vor den Krisen, schiebt man den geplanten Zeitpunkt ebenfalls häufiger auf als bei einem konstanten Wunsch. Auch hier verbleibt durch die Reduktion mehr Zeit für den Beginn der nächsten Schwangerschaft. Die Krisen selbst verzögern erst bei einer sehr hohen Belastung den Zeitplan.

Bei allen diesen Fragen geht es um Pläne, nicht um die tatsächliche Umsetzung. Ob diese Pläne umgesetzt werden oder nicht, lässt sich erst in einer Folgewelle des GGP analysieren. Zum jetzigen Zeitpunkt lässt sich nur klären, wie realistisch es einem erscheint, die Pläne umsetzen zu können. 22 % sind sich absolut sicher, ihre (neuen) Vorstellungen planmäßig verwirklichen zu können, für 14 % erscheint dies vollkommen offen. 4 % sind sich bei den Umsetzungschancen nun sicherer als vor den Krisen, 18 % hingegen unsicherer. Weitere 41 % geben an, am Sicherheitsgefühl hätte sich nichts geändert, sie seien sich jetzt genauso sicher oder unsicher wie zuvor. Ob dies eine (eher) hohe oder eine (eher) niedrige Sicherheit ist, geht aus den Antworten nicht hervor. Zudem ist zu bedenken: Wer sich vor den Krisen absolut sicher war und es jetzt immer noch ist, konnte entweder die Antwort „absolut sicher“ oder „genauso sicher bzw. unsicher wie zuvor“ wählen. Gleiches gilt sinngemäß für jene, die sich absolut unsicher sind. Bei allen diesen Bedenken gilt: Jüngere sind sich unsicherer als Ältere, Befragte die viele weitere Kinder anstreben fühlen sich weniger sicher als solche, die nur ein weiteres Kind möchten. Eine Änderung der gewünschten weiteren Kinderzahl erhöht die Unsicherheit bei den Umsetzungschancen, Änderungen beim erwarteten Lebensstandard erhöht ebenfalls die Unsicherheit. Selbiges gilt für das Belastungsmaß durch die Krisen.

Die multivariaten Modelle lassen erkennen, dass die befürchtete Reduktion im Lebensstandard insbesondere für Frauen den stärksten Reduktionsgrund des Kinderwunsches darstellt. Auch die Verschiebung der Geburt der nach wie vor gewünschten Kinder wird durch die befürchtete Reduktion im Lebensstandard maßgeblich verstärkt.

7 Literaturverzeichnis

- Ainsaar, Mare (2019): Economic crisis, families, and family policy in the Baltic states, 2009–2014. *Journal of Baltic Studies*, 50:1, 59–77.
- Becker, Gary (1960): An Economic Analyses of Fertility. In: Demographic and Economic Change in Developed Coutries. Gary Becker (Hrsg.), Princeton: Princeton University Press, 209–231.
- Buber-Ennsner, Isabelle; Setz, Ingrid; Riederer, Bernhard (2024): Not Even a Pandemic Makes Them Change Their Family Plans: The Impact of COVID-19 on Fertility Intentions in Austria. *Population and Development Review*, 50:51, 277–302. <https://doi.org/10.1111/padr.12555>
- Chatrakul Na Ayudhya, Uracha; Prouska, Rea; Beauregard, T. Alexandra (2017): The Impact of Global Economic Crisis and Austerity on Quality of Working Life and Work-Life Balance: A Capabilities Perspective. *European Management Review*. Vol. 16, 847–862. <https://doi.org/10.1111/emre.12128>
- Cozzani, Marco; Fallesen, Peter; Passaretta, Giampiero; Härkönen, Juho; Bernadi, Fabrizio (2024): The Consequences of the COVID-19 Pandemic for Fertility and Birth Outcomes: Evidence from Spanish Birth Registers. *Population and Development Review* 50: S1, 153–176.
- Cesaroni, Francesca Maria; Pediconi, Maria Gabriella; Sentuti, Annalisa (2018): It's Always a Women's Problem! Micro-Entrepreneurs, Work-Family-Balance and Economic Crisis. *Administrative sciences* 8:74.
- Davalos, Eleonora; Morales, Leonardo Fabio (2017): Economic crisis promotes fertility decline in poor areas: Evidence from Colombia. *Demographic Research*, 37: 27, 867–888.
- Daysal, Meltem N.; Lovenheim, Michael F.; Siersbæk, Nikolaj; Wasser, David N. (2021): Home prices, fertility, and early-life health outcomes. *Journal of Public Economics* 198.
- Degner, Jeffrey (2019): Family Formation, Fertility, and Failure: A Literature Review on Price Increases and Their Impact on the Family Institution. *Quarterly Journal of Austrian Economics* 22:2.
- Dotti Sani, Giulia Maria (2018): The economic crisis and the changes in work–family arrangements in six European countries. *Journal of European Social Policy*, 28: 2, 177–193.
- Dörfler-Bolt, Sonja; Neuwirth, Norbert; Wernhart, Georg (2024): Auswirkungen multipler Krisen. In: Neuwirth, Norbert; Buber-Ennsner, Isabella; Fux, Beat (Hrsg.): Partnerschaft, Kinderwunsch und ökonomische Situation in herausfordernden Zeiten. Wien, 72–73.
- Geserick, Christine; Kaindl, Markus (2022): Corona und die Entwicklung von Paarbeziehungen. *ÖIF-Forschungsbericht* 44. Wien: ÖIF. <https://doi.org/10.25365/phaidra.309>

- Herbst, Claudia (2024): Kinderwunsch in Zeiten globaler Unsicherheiten. Über den Einfluss von Zukunftsängsten auf reproduktive Einstellungen. Masterarbeit. Paris Lodron Universität Salzburg.
- Hobson, Barbara; Fahlén, Susanne & Takács, Judit (2011): Agency and Capabilities to Achieve a Work-Life Balance: A Comparison of Sweden and Hungary. *Social politics*. 18, 168–198. <https://doi.org/10.1093/sp/jxr007>
- Jónsson, Ari Klængur (2018): Family policies, childbearing, and economic crises: The case of Iceland. *Demographic Research* 39:19, 561–592.
- Kaindl, Markus; Neuwirth, Norbert; (2025): Das österreichische Sondermodul im GGS. Dokumentation der Fragen und Antworten im österreichischen Sondermodul des GGS 2022/23 zu Stressempfinden und Krisenerfahrungen ÖIF-Working Paper 105. Wien: ÖIF. <https://doi.org/10.25365/phaidra.713>
- Kaindl, Markus; Schipfer, Rudolf Karl (2024): Familien in Zahlen 2024. Statistische Informationen zu Familien in Österreich. Wien: ÖIF. <https://doi.org/10.25365/phaidra.565>
- Kerney, Melissa S.; Levine, Phillip B. (2022): The Causes and Consequences of Declining US Fertility In: Melissa S. Kearney and Amy Ganz (Hrsg.). *Economic Policy in a More Uncertain World*. Washington: The Aspen Institute.
- Khattak, Sanam Wagma (2019): Fertility Determinants and Economic Uncertainty. *Journal of Social Sciences*, 13:3, 46–56.
- Lai, Sumeet; Singh, Rup; Makun, Kashmeer; Chand, Nilesh; Khan, Mohsin (2021): Socio-economic and demographic determents of fertility in six selected Pacific Island Countries: An empirical study. *PLoS ONE* 16:99: e0257570. <https://doi.org/10.1371/journal.pone.0257570>
- Lauster, Nathanael T. (2010). Housing and the proper performance of American motherhood, 1940–2005. *Housing Studies*, 25(4), 543–557.
- Li, Ang (2019): Fertility intention-induced relocation: The mediating role of housing markets. *Popul Space Place*. 2019:25: e 2265. <https://doi.org/10.1002/psp.2265>
- Lovenheim, Michael F.; Mumford, Kevin J. (2013): Do family wealth shocks affect fertility choices? Evidence from the housing market. *The Review of Economics and Statistics* 95:2, 464–475.
- Masuda, Mikito; Matsuura, Tsukasa (2023): COVID-19 on Total Fertility Rates: A Comparative Study of High-Income Countries. Discussion Paper No. 389. Tokyo: Institute of Economic Research. Chuo University.
- Matysiak, Anna; Sobotka, Tomáš; Vignoli, Daniele (2020): The *Great Recession* and Fertility in Europe: A Sub-national Analysis. *European Journal of Population* 37: 29–64.
- Neuwirth, Norbert (2023): Krisenauswirkungen – was erwarten Familien? In: Neuwirth, Norbert; Buber-Ennser, Isabella, Fux, Beat (2023).

- Neuwirth, Norbert; Buber-Ennser, Isabella; Fux, Beat [Hg.] (2023): Familien in Österreich – Partnerschaft, Kinderwunsch und ökonomische Situation in herausfordernden Zeiten. ÖIF – Universität Wien. Eigenverlag.
- Neuwirth, Norbert; Wurm, Lorenz (2025): What Are We Weighting For? On Sampling Strategies and Weighting Procedures applied for the Austrian GGS 2022/23. ÖIF-Working Paper 107. Wien: ÖIF. <https://doi.org/10.25365/phaidra.715>
- Seltzer, Nathan (2019): Beyond the Great Recession: labour market Polarization and ongoing fertility decline in the United States. *Demography* 66, 1463–1493.
- Sobotka, Tomáš; Skirbekk, Vegard; Philipov, Dimiter (2011): Economic recession and fertility in the developed world. *Population and Development Review*, 37:2, 267–306.
- Van Wijk, Daniël (2024): House prices and fertility: Can the Dutch housing crisis explain the post-2010 fertility decline? *Population, Space and Place*. 2024:30, <https://doi.org/10.1002/psp.2787>
- Vasić, Petar D. (2021): COVID-19 I RAĐANJE U SRBIJI - GRUBA PROCENA UTICAJA PANDEMIJE. *Demografija*. 18:19–38.
- VID (2018): European Demographic Datasheet 2018. Vienna Institute of Demography and IIASA/Wittgenstein Centre. Vienna. Available at <https://www.populationeurope.org>
- Washbrook, Elisabeth (2014): Do High Prices Deter Fertility: Evidence from England and Wales <https://www.bristol.ac.uk/cmm/research/housing/publications/do-high-prices-deter-fertility.html> (accessed February 25th, 2025)
- Wu, Tong (2024): Inflation and reproduction: the impact of inflation targeting on fertility in emerging economies. *China Population and Development Studies* 8, 337–355.
- Yi, Junjan; Zhang, Junsen (2010): The Effect of House Price on Fertility: Evidence From Hong Kong. *Economic Inquiry*, 48:3, 635–650.

Kurzbiografien der Autorinnen und Autoren

(in alphabetischer Reihenfolge)

Dr. Sonja Dörfler-Bolt

Soziologin

Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Österreichischen Institut für Familienforschung (ÖIF) an der Universität Wien mit den Schwerpunkten komparative Familienpolitikanalyse, Geschlechterrollen, Scheidung, Väterbeteiligung, Frauenerwerbstätigkeit, Familie und Migration.

Kontakt: sonja.doerfler-bolt@oif.ac.at

Dr. Markus Kaindl

Soziologe

Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Österreichischen Institut für Familienforschung (ÖIF) an der Universität Wien mit den Schwerpunkten quantitative Forschungsmethoden, Pflege, Generationenbeziehung, Kinderbetreuung, Vereinbarkeit von Erwerb und Familie, Kinderwunsch und Elternbildung.

Kontakt: markus.kaindl@oif.ac.at

Mag. Norbert Neuwirth (Projektleitung)

Ökonom

Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Österreichischen Institut für Familienforschung (ÖIF) an der Universität Wien mit den Schwerpunkten Demografische Entwicklungen, Kinderwunsch, Vereinbarkeit von Erwerb und Familie, Kinderarmut, Familienpolitische Maßnahmen. Er leitete das Generations and Gender Programme (GGP) in Österreich und war auch Koordinator des 6. Österreichischen Familienberichts.

Kontakt: norbert.neuwirth@oif.ac.at

Zuletzt erschienene Working Paper des ÖIF

Erhältlich als PDF über die ÖIF-Homepage <http://www.oif.ac.at/publikationen/working-paper/>

Kaindl, Markus; Neuwirth, Norbert (2025): Das österreichische Sondermodul im GGS. Dokumentation der Fragen und Antworten im österreichischen Sondermodul des GGS 2022/23 zu Stressempfinden und Krisenerfahrungen. ÖIF Working Paper 105. DOI: [10.25365/phaidra.713](https://doi.org/10.25365/phaidra.713)

Dörfler-Bolt, Sonja; Neuwirth, Norbert (2025): Homeofficenutzung von Eltern. Ein Instrument zur Optimierung von Vereinbarkeit und Partnerschaftlichkeit? ÖIF Working Paper 104. DOI: [10.25365/phaidra.636](https://doi.org/10.25365/phaidra.636)

Dörfler-Bolt, Sonja; Baierl, Andreas (2024): Entwicklung öffentlicher Ausgaben für Familien in 22 EU-Ländern Teil II. Europäischer Vergleich von Eckdaten bis 2019 sowie eine Fortschreibung für Österreich bis 2022. ÖIF Working Paper 103. DOI: [10.25365/phaidra.557](https://doi.org/10.25365/phaidra.557)

Geserick, Christine; Buchebner-Ferstl, Sabine (2024): Arbeitsteilung in gleichgeschlechtlichen Paarbeziehungen Auswertung im Rahmen des Generations and Gender Programme (GGP) 2023. Wien: ÖIF Working Paper 102. DOI: [10.25365/phaidra.486](https://doi.org/10.25365/phaidra.486)

Neuwirth, Norbert; Dörfler-Bolt, Sonja; Wurm, Lorenz (2024): Partnerschaftsstabilität in Zeiten multipler Krisen. Wie privat werden gesellschaftliche Herausforderungen? Wien: ÖIF Working Paper 101. DOI: [10.25365/phaidra.485](https://doi.org/10.25365/phaidra.485)

Wernhart, Georg; Wurm, Lorenz (2024): Akademiker:innen: Partnerschaft, Kinderwunsch und dessen Realisierung. Wien: ÖIF Working Paper 100. DOI: [10.25365/phaidra.484](https://doi.org/10.25365/phaidra.484)

Kaindl, Markus; Neuwirth, Norbert (2024): Living Apart Together. Eine Vorstufe zum Zusammenwohnen im gemeinsamen Haushalt oder eine langfristige Form der Partnerschaft? Wien: ÖIF Working Paper 99. DOI: [10.25365/phaidra.483](https://doi.org/10.25365/phaidra.483)

Dörfler, Sonja; Baierl, Andreas (2022): Entwicklung öffentlicher Ausgaben für Familien in 22 EU-Ländern. Europäischer Vergleich von Eckdaten bis 2017 sowie eine Fortschreibung für Österreich bis 2021. Wien: ÖIF Working Paper 98. DOI: [10.25365/phaidra.335](https://doi.org/10.25365/phaidra.335)

Neuwirth, Norbert; Lorenz, Theresa; Kaindl, Markus; Wernhart, Georg (2021): Auswirkungen des beitragsfreien Kindergartens auf die Erwerbstätigkeit der Mütter. Zum induzierten Arbeitsangebotseffekt der Elternbeiträge. Wien: ÖIF Working Paper 97. DOI: [10.25365/phaidra.313](https://doi.org/10.25365/phaidra.313)

Baierl, Andreas; Kaindl, Markus (2021): Ausgaben für Elementarbildung und Kinderbetreuung in Österreich. Wien: ÖIF Working Paper 96. DOI: [10.25365/phaidra.226](https://doi.org/10.25365/phaidra.226)

Kapella, Olaf; Lorenz, Theresa; Rille-Pfeiffer, Christiane; Schmidt, Eva-Maria; Wernhart, Georg (2022): Evaluierung des neuen Kinderbetreuungsgeldkontos und der Familienzeit – Zwischenbericht 2019. Wien: Working Paper 95. DOI: [10.25365/phaidra.326](https://doi.org/10.25365/phaidra.326)